

Handelsblatt

Olympia

Wie Russland mit eigenen Wettbewerben Außenpolitik betreibt.

▶ 12

Banken

Der Betrug mit Bankkarten und Konten nimmt deutlich zu.

▶ 28

Devisen

Wie sinnvoll ist die Geldanlage in Franken, Dollar und Pfund?

▶ 36

Management

Dorie Clark vermisst strategisches Denken bei Führungskräften.

▶ 24



Kamala Harris: Die Vizepräsidentin muss jetzt um die Nominierung ihrer Partei kämpfen.

Mit Harris gegen das Chaos

Wende im Wahlkampf: Die US-Demokraten könnten mit Kamala Harris an der Spitze einen Machtkampf vermeiden. Wichtige Spender sind erleichtert.

Wenige Stunden nach dem Rückzug Joe Bidens haben sich viele führende Politiker der Demokratischen Partei für eine Präsidentschaftskandidatur von Vizepräsidentin Kamala Harris ausgesprochen. Eine Mehrheit der Abgeordneten im Kongress stellte sich hinter Harris. Auch Präsident Biden hatte sie explizit empfohlen.

Damit steigen die Chancen für die Demokraten, trotz des kurzfristigen Rückzugs einen chaotischen Parteitag mit Kampfabstimmungen zu vermeiden. Üblicherweise bestimmen die US-Parteien ihre Kandidaten in aufwendigen Vorwahlen. Dass ein dort siegreicher Kandidat zurücktritt, kam in der jüngeren Geschichte der USA noch nie vor. Prominente Spender zeigten sich erleichtert über den schnellen Wechsel, der sich nun andeu-



Kamala Harris ist die richtige Person zur richtigen Zeit

Reid Hoffman
LinkedIn-Gründer

tet. „Kamala Harris ist die richtige Person zur richtigen Zeit“, sagte LinkedIn-Gründer Reid Hoffman, der Biden lange unterstützt hatte.

Harris ist in Deutschland keine Unbekannte. Regelmäßig besuchte sie die Münchner Sicherheitskonferenz. Dennoch ist vielen unklar, welche Politik von ihr zu erwarten wäre. Mit Ausnahme ihrer klaren Haltung beim Thema Schwangerschaftsabbrüche wisse man nicht so recht, wofür sie stehe, sagte Peter Wittig, der frühere deutsche Botschafter in den USA. „Das liegt auch an ihrer blassen Vizepräsidentschaft.“ Außenpolitisch habe sie keine Akzente setzen können oder dürfen, sagte Wittig. „Eins lässt sich sagen: Es ist eher unwahrscheinlich, dass sie in die riesigen transatlantischen Schuhe Bidens treten würde.“ Biden sei der „letzte große Transatlantiker“.

VW probt in China den Software-Neustart

Der Autobauer tauscht seine Bordsoftware in China aus. Andere Regionen könnten folgen.

Volkswagen will in China ab 2026 ein neues Betriebssystem auf seine E-Autos aufspielen und holt sich dafür Hilfe von seinem Chinapartner Xpeng. Beide Unternehmen unterzeichneten dazu ein Abkommen für eine neue Elektronikarchitektur, wie VW am Montag mitteil-

te. Chinachef Ralf Brandstätter sprach von einem „Meilenstein“ seiner „In-China-für-China“-Strategie. Wie das Handelsblatt aus Konzernkreisen erfuhr, soll der Deal als Blaupause für Volkswagens Softwarekooperation mit dem US-Autobauer Rivian gelten. ▶ 18

Varta will sich mit Schuldenschnitt sanieren

Aktionäre des Batterieherstellers dürften in dem Verfahren leer ausgehen.

Der angeschlagene Batteriehersteller Varta will sich mit einem harten Schnitt von seinen Schulden befreien. Dazu hat das Unternehmen am Sonntagabend ein vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren angemeldet. Auf Varta lasten Verbindlichkeiten von fast 500 Millionen

Euro. An einer Kapitalspritze könnte sich neben Großaktionär Michael Tojner auch der Sportwagenbauer Porsche beteiligen. Gläubiger sehen diesen Plan kritisch und haben eigene Vorschläge vorgelegt. Die Aktionäre würden in beiden Fällen leer ausgehen. ▶ 19



Märkte

Dax
18.428 Pkt.
+1,41 %

MDax
25.458 Pkt.
+0,45 %

TecDax
3.328 Pkt.
+1,32 %

E-Stoxx 50
4.905 Pkt.
+1,61 %

Dow Jones
40.384 Pkt.
+0,24 %

Nasdaq
17.915 Pkt.
+1,06 %

S&P 500
5.557 Pkt.
+0,95 %

Nikkei
39.599 Pkt.
-1,16 %

Euro/Dollar
1,0885 US\$
+0,03 %

Gold
2.388,86 US\$
-0,50 %

Öl
85,31 US\$
-1,35 %

Dax Gewinner

1 Infineon
+3,96 %
34,41 €

2 Bayer
+3,90 %
27,29 €

3 Dt. Bank
+3,14 %
15,48 €

Verlierer

1 Sartorius VZ.
-1,82 %
205,30 €

2 Merck
-0,30 %
149,15 €

3 Siemens Healthineers
+0,04 %
53,60 €

Stand: 17:00 Uhr

Fachkräftemangel

Steuerrabatt kostet 600 Millionen Euro

Der geplante Steuerrabatt für ausländische Fachkräfte würde im Jahr etwa 600 Millionen Euro kosten. Das zeigen Berechnungen des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) für das Handelsblatt. Mit dem Rabatt hofft die Bundesregierung, Fachkräfte aus dem Ausland anlocken zu können. Allerdings ist die Maßnahme umstritten. Arbeitgeberverbände halten den Abbau bürokratischer Hürden zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland für wichtiger, Gewerkschaften warnen vor Benachteiligung inländischer Facharbeiter. Ein Steuerrabatt für alle Arbeitnehmer wäre aber nicht finanzierbar, wie die Berechnungen zeigen. ▶ 8

Barrierefreiheit

Firmen riskieren Sperrung der Website

Vielen Firmen drohen bald drastische Strafen, wenn sie ihre digitalen Angebote nicht so verändern, dass auch Menschen mit Behinderung sie nutzen können. So sind nach einer Studie der Unternehmensberatung Accenture, die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt, knapp 90 Prozent aller Websites noch nicht barrierefrei. Dies ist jedoch ab Juli kommenden Jahres gesetzlich vorgeschrieben. „Im schlimmsten Fall kann die Marktüberwachung eine Website sperren“, warnt Accenture-Beraterin Anke Lenz. Außerdem entgehe den Unternehmen ein Marktpotenzial in Milliardenhöhe. ▶ 20

Tourismus

Hilton fordert Motel One heraus

Der für seine Luxushotels bekannte US-Konzern Hilton startet in Deutschland mit einer Budgetkette, die es in Amerika seit vergangenem Jahr schon auf 50 Standorte gebracht hat. Dies erfuhr das Handelsblatt exklusiv von Europachef David Kelly. Das erste von mehreren geplanten Häusern, die per Franchise-Vertrag unter der Marke „Spark“ geführt werden sollen, eröffne Ende des Jahres in Stuttgart-Sindelfingen, sagte er. Das Konzept ähnelt dem von Motel One, das auch Ketten wie Premier Inn oder Zleep als Vorbild dient. ▶ 28

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 4,50 €
Frankreich 4,20 € / 4,50 €
Großbritannien 4,00 GBP / 5,00 GBP
Schweiz 5,50 CHF / 6,50 CHF
Polen 23,00 PLN / 27,00 PLN

Shawn Thew/Pool/EPA/AP/dpa PR

Monatsabonnements:
Handelsblatt Print: 69,90 Euro
Handelsblatt Print + Premium: 79,80 Euro
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice
Tel. 0211 897 3602
kundenservice@handelsblatt.com

20230
4 190253 103507

PREIS 3,50 €

Handelsblatt G 02531

Thema des Tages

Neustart für die Demokraten So kurzfristig wurde lange keine Kandidatin mehr für das Amt des US-Präsidenten nominiert. Kann es Kamala Harris schaffen? ▶ 4

Republikaner Auf ihre Siegesgewissheit folgt Ernüchterung. Denn der personelle Neustart verschiebt das Momentum zu den Demokraten. ▶ 5

Chronik Mit seinem Verzicht hat Präsident Joe Biden selbst engste Mitarbeiter überrascht. Eine Rekonstruktion der Ereignisse. ▶ 6

Zusammenarbeit Bundeskanzler Scholz verliert mit Joe Biden seinen engsten Vertrauten auf internationaler Bühne. ▶ 7

Politik

Arbeitsmarkt 600 Millionen Euro Steuerrabatt: Der Plan der Ampel, ausländische Fachkräfte mit geringeren Steuern anzulocken, ist umstritten. ▶ 8

Landtagswahlen Ampel wird zur Belastung für den SPD-Wahlkampf im Osten. Die SPD kämpft vor drei wichtigen Landtagswahlen gegen miserable Umfragewerte. ▶ 9

Großbritannien Britischen Konservativen droht ein Führungsstreit. ▶ 10

Gesundheitswesen Was Patienten aus der Reform in NRW lernen können. ▶ 11

Olympia 2024 Als Alternative zu westlichen Wettkämpfen organisiert Moskau Sportwettbewerbe mit russlandfreundlichen Ländern. ▶ 12

Off the Record Brussels „Eurofighterin“ Strack-Zimmermann ist in Brüssel auf Bewährung. ▶ 13

Unternehmen

Volkswagen Neustart in China: Die VW-Software gilt dort als schwer verkäuflich, nun bekommen die ID-Modelle ab 2026 ein neues Betriebssystem. ▶ 18

Batteriehersteller Varta muss sich von Schulden befreien. Der angeschlagene Batteriehersteller kämpft ums Überleben. ▶ 19



20

Aktion Mensch

Barrierefreier Zugang
Viele Firmenwebsites könnten bald abgeschaltet werden.



12

Olympia
Wie Moskau versucht, den ausgeschlossenen Athleten eine Alternative zu bieten.

REUTERS



REUTERS

Volkswagen-Strategie
Die VW-Software gilt in China als schwer verkäuflich. Nun probt der Konzern dort den Neustart.

18

In dieser Ausgabe

| | | | | | | |
|---------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------|--------------------------------|----------------------------------|----------------------------|-------------------------------|
| Namensindex | Donilon, Mike6 | Laumann, Karl-Josef11 | Schäfer, Thomas23 | Woidke, Dietmar9 | Domino's Pizza20 | Novum-Gruppe26 |
| Aguila, Javier27 | Dunn, Anita6 | Lauterbach, Karl11 | Schmitz, Ralf27 | Zeit-Brandmeyer, Claudio28 | Dorint27 | Occidental Petroleum37 |
| Arzheimer, Kai9 | Dyballa, Stefanie36 | Lindner, Christian8 | Schneidemann, Herbert29 | | Fluence25 | Onsemi23 |
| Atkins, Victoria10 | Eikens, Bernd27 | Linnemann, Carsten8 | Scholz, Olaf7, 8, 9 | Unternehmensindex | GetYourGuide16 | Oriental Land Company27 |
| Badenoch, Kemi10 | El-Khoury, Hassane23 | Lowe, Gregg23 | Selenski, Wolodimir10 | AES25 | Goldman Sachs37 | Otto Group20 |
| Bale, Tim10 | Fahimi, Yasmin9 | Macron, Emmanuel7 | Shapiro, Josh5 | Allianz20 | Google24 | Porsche15, 18, 19 |
| Bergdolt, Daniela19 | Farage, Nigel10 | Maier, Georg9 | Shapps, Grant11 | AnimusX38 | HDI29 | Postbank21 |
| Beznoska, Martin9 | Gabriel, Sigmar15 | Medwedew, Daniil12 | Sheppard, Karin26 | Apple19 | Hilton26 | Rentokil39 |
| Biden, Jill6 | Habeck, Robert8 | Mittag, Jürgen12 | Simon, Stephan37 | Aspire26 | Hyatt27 | Rhion29 |
| Biden, Joe5, 6, 7, 14, 15 | Harris, Kamala5, 6, 7, 14, 15 | Moore, Wes5 | Sorahan, Neil23 | Audi18 | Hyundai23 | Rivian18 |
| Blackman, Bob10 | Heibel, Stephan38 | Mordaunt, Penny11 | Spörel, Tillmann28 | Bank of America37 | IHG26 | Ryanair23 |
| Blume, Oliver18 | Heil, Hubertus8 | Muirhead, Andrew22 | Steinbach, Jörg9 | Berkshire Hathaway37 | Infineon23 | Siemens25 |
| Böckeler, Jörg T.27 | Hennens, Dominik21 | Nebreda, Julian25 | Stenzel, Till25 | BMW23 | JP Morgan37 | Steigenberger27 |
| Brandstätter, Ralf18 | Hoppe, Peter36 | Newsom, Gavin14 | Tiffe, Achim5 | Boeing22 | KSW36 | STMicroelectronics23 |
| Bräuer, Volker21 | Hubertz, Verena9 | O'Leary, Michael23 | Togner, Michael15, 19 | Bosch23 | Leoni15, 19 | Target20 |
| Buffett, Warren37 | Jacobs, Elie5 | Pierer, Stefan15, 19 | Tranter, Scott5 | BYD19, 23 | Lindner26 | Tesla23 |
| Clark, Dorie24 | Jenrick, Robert10 | Pollich, Alexander19 | Trump, Donald5, 6, 7, 14 | Carnival27 | Lufthansa20 | Thundersoft18 |
| Cleverly, James10 | Johnson, Mike7 | Probst, Lothar9 | Tugendhat, Tom10 | Comdirect36 | Lufthansa Technik22 | Whitbread26 |
| Clinton, Bill7 | Kelly, David26 | Reck, Johannes16 | Vance, J. D.7, 14 | Commerzbank21 | Media-Markt-Saturn20 | Wolfspeed23 |
| Clinton, Hillary7 | Kelly, Frank6 | Ricchetti, Steve6 | Wang Yi10 | Continental23 | Mercedes-Benz23 | Xpeng18 |
| Cooper, Roy5 | Kirsch, Michael19 | Robotics, Horizon18 | Weil, Stephan11 | Deloitte27 | Meyer Werft27 | Zalando20 |
| Czekalla, Tobias29 | Köpping, Petra9 | | Whitmer, Gretchen5, 14 | Deutsche Bahn20 | Microsof24 | ZF23 |
| | Kuleba, Dmytro10 | | Wittig, Peter7 | Deutsche Bank20, 21 | Motel One26 | |
| | | | | Die Bayerische29 | Nio23 | |



Die wichtigsten News aus dem Handelsblatt-Korrespondentennetz



London

Den britischen Konservativen droht ein Führungsstreit. Bei den Tories geht es nach der Wahlniederlage um die eigene Zukunft. ▶ 10

Moskau

Für ausgeschlossene Olympiathleten organisiert Moskau Sportevents mit russlandfreundlichen Ländern wie Nordkorea. ▶ 12

Brüssel

„Eurofighterin“ Strack-Zimmermann soll im Europaparlament Vorsitzende des Verteidigungsausschusses werden. Ihr Nein zu von der Leyens zweiter Amtszeit ist da nicht unbedingt vorteilhaft. ▶ 13

Peking

Wegen ihrer mageren Software-Ausstattung gelten Autos von Volkswagen inzwischen in China als schwer verkäuflich. Ab 2026 verpasst der Autobauer den ID-Modellen dort ein neues Betriebssystem – mit Hilfe seines lokalen Partners Xpeng. Andere Marken des deutschen Konzerns könnten dem Beispiel folgen. ▶ 18

London

Der Gewinn von Ryanair bricht ein. Denn die Ticketpreise bei Europas größter Billigairline trotz hoher Nachfrage gesunken. ▶ 23

Barrierefreiheit Viele Firmenwebsites könnten abgeschaltet werden, wenn sie nicht digitale Produkte für Menschen mit Behinderung einfach zugänglich machen. ▶ 20

Deutsche-Bank-Konzern Die Postbank baut 120 Filialen um und will mehr Kunden für ihr digitales Angebot und mobiles Banking gewinnen. ▶ 21

Flugzeugbau So hilft Lufthansa Technik dem Krisenkonzern Boeing. Wer die Kabine des Dreamliners umbauen wollte, musste bisher zu Boeing gehen. Künftig darf das auch die Lufthansa-Tochter machen. ▶ 22

Halbleiter US-Konzern Onsemi schnappt Infineon Auftrag für VW weg. ▶ 23

Ryanair Gewinn bricht ein. Aber Ticketpreise bei Europas größter Billigairline bleiben trotz hoher Nachfrage niedrig. ▶ 23

Dorie Clark Die Professorin von der Columbia Business School sagt im Interview, wie Manager sich in der Transformation strategisch klug aufstellen. ▶ 24

Energie Sinkender Lithium-Preis befeuert Batterieboom: Der Markt für Stromspeicher kommt in Gang. Hersteller profitieren von hoher Nachfrage. ▶ 25

David Kelly Hilton macht Motel One Konkurrenz: Der US-Konzern startet mit der Budgetkette „Spark“ in Deutschland. ▶ 26

Finanzen

Phishing Betrug mit Karten und Konten wächst: Verbraucherschützer kritisieren die Sicherheitslücken von Banken. ▶ 28

Versicherung Kfz-Versicherer erhöhen Preise – Autofahrer haben kaum eine Wahl. ▶ 29

Arbeitsverhältnis KI braucht Überwachung: Maßnahmen im Personalwesen verlangen ein hohes Maß an sozialem Feingefühl. ▶ 30

Dollar, Franken, Pfund Wie sinnvoll ist die Geldanlage in Devisen? ▶ 36

Investments Buffett verkauft Aktien der Bank of America. Der Starinvestor war seit 2017 bei der zweitgrößten US-Bank investiert. ▶ 37

Dax-Umfrage Private Investoren setzen auf steigende Kurse. ▶ 38

Märkte Insight Goldene Börsenzeiten sind erst mal vorbei. ▶ 40

Meinung & Analyse

Joe Bidens Verzicht Der Rückzug kommt spät, aber vielleicht nicht zu spät für die Demokraten. Denn Trumps Republikaner überlassen ihnen die gesamte Mitte. ▶ 14

Eigentor für Gabriel Der frühere Vizekanzler beschimpft die junge Generation als faul. Eine Replik. ▶ 15

Sanierungsfall Varta Der Kampf der Gläubiger mit Großaktionär und Investor Porsche beginnt erst. ▶ 15

Gastkommentar



Wir sollten die qualifizierte Migration als eine einzigartige Chance für Deutschland und Europa begreifen.

Johannes Reck
Gründer und CEO von Getyourguide

▶ 16

Anzeige

SUSTAINABLE IMPACT AWARD 2024

Innovationstreiber Mittelstand: Wir suchen Deutschlands nachhaltigste Unternehmen 2024

Die grüne Transformation ist weiterhin die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Deshalb sucht der Sustainable Impact Award bereits zum vierten Mal nach mittelständischen Unternehmen, die bereits nachhaltige Konzepte in ihrem Geschäftsmodell erfolgreich umgesetzt haben.



In Sonderkategorie ebenfalls gesucht: **Wegweisende Impact-Start-ups**



IHRE VORTEILE ALS FINALIST

- Aufmerksamkeit** durch Sichtbarkeit in der WirtschaftsWoche
- Reputation im Markt** durch WirtschaftsWoche-Qualitätssiegel
- Zugang zum Netzwerk** für nachhaltiges Unternehmertum

Bewerben Sie sich jetzt in einer von fünf Kategorien: award.wiwo.de/sia



Hauptsponsor



Premium-Partner



Partner



Joe Biden mit Kamala Harris: Bidens Spenden lassen sich aus rechtlichen Gründen wohl leichter auf Harris übertragen als auf einen anderen Kandidaten.



Evan Vucci/AP/dba

US-Demokraten

Neustart mit Harris?

Die Vizepräsidentin gilt fast sicher als Nachfolgerin Joe Bidens als Spitzenkandidatin der Demokraten. Sie gewinnt an Rückhalt – und an Spendengeldern. Es ist eine Chance für die ganze Partei.

Astrid Dörner, Christoph Herwartz, Timm Seckel New York, Düsseldorf

Die Demokratische Partei schöpft dank Kamala Harris Hoffnung, die erneute Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten verhindern zu können. Führende Politiker der Demokraten sprachen sich am Sonntag und Montag dafür aus, die amtierende Vizepräsidentin als Spitzenkandidatin zu nominieren. Amtsinhaber Joe Biden hatte seine Kandidatur am Sonntag nach Zweifeln an seinem Gesundheitszustand und wegen sinkender Umfragewerte zurückgezogen.

Innerhalb weniger Stunden sammelte Harris Unterstützungsbotschaften von elf demokratischen Gouverneuren ein, außerdem von 33 der 47 demokratischen Senatoren sowie von 156 der 212 demokratischen Abgeordneten im Repräsentantenhaus. Der Nachrichtensender CNBC berichtete, Harris habe am Sonntag zehn Stunden am Telefon verbracht, um sich diesen Rückhalt zu sichern.

Auch Parteispender zeigten ihre Unterstützung deutlich: Harris sammelte in sieben Stunden 46,7 Millionen Dollar über die Organisation Act Blue ein, die sich für demokratische Kandidaten einsetzt. Zuletzt waren die Spenden nach Bidens verpatztem TV-Duell und weiteren öffentlichen Aussetzern gegen den rechten republikanischen Kandidaten „praktisch zum Erliegen gekommen“, sagt Syga Thomas, geopolitischer Stratege und CEO bei der Beratungsfirma Ensha Advisory Partners. Die Gelder kamen laut Act Blue vor allem

durch kleine Beträge zustande, an keinem anderen Tag in diesem Wahlkampf seien mehr Spenden eingesammelt worden. Zum Vergleich: Ex-Präsident Trump sammelte im gesamten Monat Juni 112 Millionen Dollar ein.

Großspender der Demokraten äußerten sich zudem öffentlich: „Kamala Harris ist die richtige Person zur richtigen Zeit“, sagte etwa LinkedIn-Gründer Reid Hoffman, der Biden lange unterstützt hatte. Er wolle nun noch mehr Geld für Harris zur Verfügung stellen, berichtete CNBC. Auch Milliardär George Soros und dessen Sohn Alex erklärten, sie wollten Harris finanziell unterstützen. Die Demokratische Partei wird nun nicht mehr auf das Thema Biden reduziert. Es ist ihre Chance auf einen Neustart in einem von vielen schon verloren geglaubten Wahlkampf.

Dass dieser gelingt, ist allerdings nicht selbstverständlich. Die Übergabe einer Präsidentschaftskandidatur ist in den USA kein eingeübter Prozess, könnte sogar rechtlich anfechtbar sein. Und die Kandidatin tut sich seit Jahren schwer damit, die Wähler zu begeistern.

Ein starkes Profil hat sie nicht. Harris ist relativ neu in der Bundespolitik. Erst 2016 wechselte sie von ihrem Posten als Generalstaatsanwältin Kaliforniens in den Senat. Dort war sie weniger Fachpolitikerin als Vertreterin ihres Bundesstaats. Ihre Bewerbung auf die Präsidentschaftskandidatur scheiterte.

Auch im Amt der Vizepräsidentin war sie eher glücklos. Biden übertrug ihr die Zuständigkeit für das Wahlrecht, doch konnte sie sich mit einer Reform nicht gegen die republikanische Mehrheit im

Kongress durchsetzen. Außerdem sollte sie die Zahl der unreguliert einreisenden Migranten senken.

In den USA sind die Probleme die gleichen wie in Europa: Die Grenzen lassen sich nicht lückenlos überwachen, Transitländer kooperieren zu wenig, eine Abschottung kostet allerdings Menschenleben. Eine Lösung hat Harris dafür bisher nicht gefunden.

Entsprechend ist ihr Beliebtheitswert momentan ähnlich schlecht wie jener von Joe Biden. Einige Spitzenpolitiker der Demokraten sind sogar Umfragen zufolge klar beliebter als Harris. Doch die Partei übt sich in Geschlossenheit: „Wir werden Kamala Harris in den kommenden zwei Wochen besser kennenlernen als in den vergangenen 20 Jahren“, sagte Ned Lamont, demokratischer Gouverneur des Bundesstaats Connecticut. Das Amt des Vizepräsidenten sei schlicht nicht darauf ausgelegt, sich in den Vordergrund zu drängen.

Dass nun trotzdem die Wahl schnell auf sie zu fallen scheint, hat zwei entscheidende Gründe:

Erstens lassen sich die Spenden, die Biden für seinen Wahlkampf bislang eingesammelt hat, wohl leichter auf Harris übertragen als auf einen anderen Kandidaten. Klare Regeln dafür gibt es nicht. Aber Juristen sehen ein Risiko darin, Spenden an jemanden zu übergeben, der bisher nicht angetreten war. Harris hingegen hatte sich als „Running Mate“ Bidens offiziell für eine weitere Amtszeit als Vizepräsidentin beworben.

Zweitens könnten die Demokraten ein Bedürfnis nach Stabilität haben. Der Wahlkampf wird hitzig geführt und von Gerichtsprozessen und dem

46,7

Millionen Dollar

Wahlkampfspenden hat Kamala Harris in nur sieben Stunden mobilisieren können.

Quelle: Act Blue

Attentat auf Donald Trump überschattet. Für weitere Experimente ist kein Raum. Je bekannter die Kandidatin ist und je berechenbarer, desto besser. Dass sie mit ihren Wahlkampfreden selten begeistern kann, könnte dabei zugunsten des größeren Zwecks ignoriert werden.

Den zweiten Punkt stützt die Tatsache, dass sich bis Montagnachmittag keine parteiinterne Konkurrenz zu Wort gemeldet hat. Ein echter Wettbewerb um die Kandidatur scheint nicht stattzufinden.

Diese schnelle Einigkeit könnte allerdings die Parteibasis verärgern. Immerhin hatte es schon breite Kritik daran gegeben, dass Biden seine Kandidatur sehr früh verkündet hatte und damit einen parteiinternen Wettstreit verhinderte, was nach seinem Rücktritt umso deutlicher als Fehler zu erkennen ist.

Harris hat das Momentum auf ihrer Seite. Es gibt jedoch Strömungen in und außerhalb der Partei, die einen transparenteren Prozess fordern, um Bidens Nachfolge zu bestimmen. Nancy Pelosi habe sich etwa noch vor Bidens Ausscheiden für einen offenen Prozess ausgesprochen, berichtet die Nachrichtenseite „Politico“. Dadurch sollen mehrere Kandidaten eine Chance bekommen, sich zu profilieren. Die ehemalige Sprecherin des Repräsentantenhauses gilt noch immer als eine der einflussreichsten Strippenzieherinnen in der Partei. Auch der frühere Präsident Barack Obama, unter dem Biden Vize war, sprach sich bislang nicht für Harris aus.

Bereits Anfang August könnten die Demokraten in einer virtuellen Abstimmung Harris nominieren. Der am 19. August beginnende Parteitag könnte zu einer Show werden, die ganz auf die Kandidatin zugeschnitten ist, wie es in den USA üblich ist. Das Szenario gilt vorerst als das wahrscheinliche. Sollte zuvor kein Kandidat eine eindeutige Mehrheit der mehr als 4000 Delegierten hinter sich vereinen können, kommt es zu einem „offenen“ Parteitag: einer Art Mini-Vorwahl, bei der die Kontrahenten die Delegierten überzeugen müssen. Ein solches Ereignis haben die Demokraten seit 1968 nicht mehr erlebt. Damals endete der Parteitag im Chaos – und die Wahl mit einem Sieg der Republikaner.

Klagen die Republikaner gegen den Nominierungsprozess der Demokraten?

An der Wall Street gibt es Sympathie für einen offenen Nominierungsprozess. „Wenn man einfach Harris durchwinkt, ändert sich an der schlechten Ausgangsposition der Demokraten wenig bis gar nichts“, sagt ein Investor in New York und verweist auf Harris' schlechte Umfragewerte in wichtigen Bundesstaaten.

Die Republikaner bereiten sich derweil darauf vor, den Nominierungsprozess rechtlich anzugreifen – behaupten sie zumindest. Die Heritage Foundation hatte bereits vor Monaten eine Übersicht zu Staaten veröffentlicht, in denen es aus ihrer Sicht Chancen für Klagen geben könnte. Darunter seien auch die wichtigen „Swing States“ Georgia und Wisconsin. Staaten wie diese werden nicht fest einer der Parteien zugeschrieben, die Mehrheiten wechseln.

Rechtsexperten sehen aber kaum eine Grundlage für eine Klage. Die US-Parteien seien schlicht nicht verpflichtet, überhaupt Vorwahlen abzuhalten, und könnten deshalb auch nicht rechtlich an deren Ergebnisse gebunden werden, schrieb Andy Craig vom liberalen Thinktank Rainey Center in einem Kommentar. Ben Ginsburg, der mehrere republikanische Kandidaten berät, sagte dem Nachrichtensender CNN: „Es obliegt dem Parteitag, einen Kandidaten zu nominieren. Die Rechtslage spricht dafür, dass Gerichte sich der Entscheidung der Parteien fügen und die Wahl den Wählerinnen und Wählern überlassen.“ Völlig offen ist bislang die Frage, wer Kandidat oder Kandidatin für die Vizepräsidentschaft wird. Im Gespräch sind unter anderem Josh Shapiro, der Gouverneur aus dem wichtigen „Swing State“ Pennsylvania, und Roy Cooper, Gouverneur aus North Carolina.

Republikaner

Für Trump eine Genugtuung – und ein Problem

Auf die Siegesgewissheit der Republikaner folgt Ernüchterung. Denn der personelle Neustart verschiebt das Momentum zu den Demokraten.

Annett Meiritz Washington

Es ist nicht so, als hätte es Donald Trumps Partei nicht geahnt. In den Siegesrausch auf dem Republikaner-Parteitag in Milwaukee vergangene Woche mischte sich bereits die Sorge: Was ist, wenn Joe Biden seine Kandidatur tatsächlich zurückzieht?

„Das wäre für uns gar nicht gut“, sagte eine republikanische Delegierte aus dem Swingstate North Carolina. An ihren Ohren glitzerten strassbesetzte Trump-Ohrhinge. „Im Moment läuft alles super, aber die Dinge können sich ändern.“

Der demokratische Gouverneur Roy Cooper aus ihrem Staat wird als möglicher „Running Mate“ von Kamala Harris gehandelt, sollte sie offiziell von den Demokraten zur Spitzenkandidatin nominiert werden. Und momentan sieht es stark danach aus.

Tatsächlich ist Bidens Rückzug von der Präsidentschaftskandidatur nicht nur für die Demokraten eine Zäsur, sondern auch für die Republikaner. Auf deren Siegesgewissheit – ein greiser Biden sei bei den Wahlen am 5. November leicht zu schlagen – könnte jetzt ein doppelter Absturz folgen: in den Umfragen und bei der innerparteilichen Stimmung.

Denn der personelle Neustart könnte die Demokratische Partei wiederbeleben, während die Republikaner mit demselben Spitzenkandidaten wie schon 2016 und 2020 antreten: Donald Trump. „Die Demokraten haben mit Kamala Harris und einem womöglich starken Vize die Chance, in wichtigen Swingstates die Wähler zu mobilisieren“, sagte Elie Jacobs, ein erfahrener politischer Stratege.

Der republikanische Gouverneur von New Hampshire, Chris Sununu, warnte seine Partei kürzlich: Umkämpfte Staaten würden ohne die Last von Bidens Altersschwäche für die Demokraten wieder leichter zu erobern sein. „Das gibt denen mehr Energie, keine Frage.“ Die Konkurrenz würde für ihren Mut zum Neustart besonders von Unentschlossenen belohnt werden, so Sununu.

Aber der Wahlkampf ist noch lang, und entschieden ist noch nichts – zumal der Vertrauensverlust der vergangenen Wochen und Monate tief sitzt. Die Demokraten müssen erst noch beweisen, dass sie sich ohne Streit durch die verbleibenden 106 Tage des Wahlkampfs manövrieren können.

Auf dem Papier hat Kamala Harris schon übernommen

Noch hat Harris den Nominierungsprozess nicht durchlaufen, doch ihre Spitzenkandidatur gilt zu diesem Zeitpunkt als sehr wahrscheinlich. Die Vizepräsidentin ist in einer schwierigen Rolle: Einerseits wird sie in demokratischen Reihen gerade wie eine Retterin behandelt, weil sie die Partei von einem quälenden Schwebezustand befreien könnte. Andererseits bringt sie auch viele Altlasten mit, denn in Umfragen ist sie zum Teil unbeliebter als Joe Biden.

Andere Top-Demokraten wie der Gouverneur von Maryland, Wes Moore, der Gouverneur von Pennsylvania, Josh Shapiro, oder die Gouverneurin von Michigan, Gretchen Whitmer, schnitten noch vor wenigen Tagen zumindest in Swing-Staaten besser ab als Harris. Doch ernsthafte Herausforderer haben sich bis-

lang nicht gemeldet, oder sie haben bereits erklärt, dass sie nicht antreten wollen.

Das Kalkül der Republikaner ist es deshalb: so früh und so aggressiv wie möglich zu attackieren. Praktisch ohne Zeitverzögerung starten sie nun eine Offensive gegen Harris. „Kamala war mit von der Partie. Sie hat Joes offensichtlichen geistigen Verfall vertuscht“, hieß es in einem Werbespot, der am Sonntag von einem Trump unterstützenden Spendenkomitee veröffentlicht wurde. „Kamala wusste, dass Joe den Job nicht machen konnte, also hat sie ihn gemacht. Und schauen Sie sich an, was sie erreicht hat: eine Invasion an der Grenze, eine Inflation außer Kontrolle und den Tod des amerikanischen Traums.“

Trump selbst hatte bereits am Samstag, noch vor Bidens offiziellem Rückzug, Harris auffallend häufig bei einer Wahlkampfveranstaltung thematisiert. Sein Spitzname für sie lautet „Laffin' Kamala“, eine Verballhornung von „laughing Kamala“, „lachende Kamala“. Trump sagte vor Tausenden von Anhängern: „Haben Sie sie jemals lachen sehen? Sie ist verrückt. An ihrem Lachen kann man viel erkennen. Sie ist einfach verrückt.“

Was Trump in diesen Stunden allerdings auch fühlen dürfte, ist Genugtuung. Schließlich hatte Biden Trump 2020 nach nur einer Amtszeit besiegt. Noch in der vergangenen Woche betonte Biden, er sei „am besten qualifiziert“, um Trump bei den Präsidentschaftswahlen zu besiegen. Nun zieht er sich zurück, während Trump weiter dabei ist.

Biden hatte 2020 gegen Trump mit dem Versprechen gewonnen, er wolle „die Seele der Nation“ retten und sich Trumps Nationalismus entgegenstellen. Kurz nach seinem Wahlsieg hatte Biden sogar aufgehört, Trump namentlich zu nennen. In seiner ersten Pressekonferenz als Präsident bezeichnete er seinen Vorgänger als „den anderen Typen“ – einen „Typen“, mit dem er nichts gemein haben wolle.

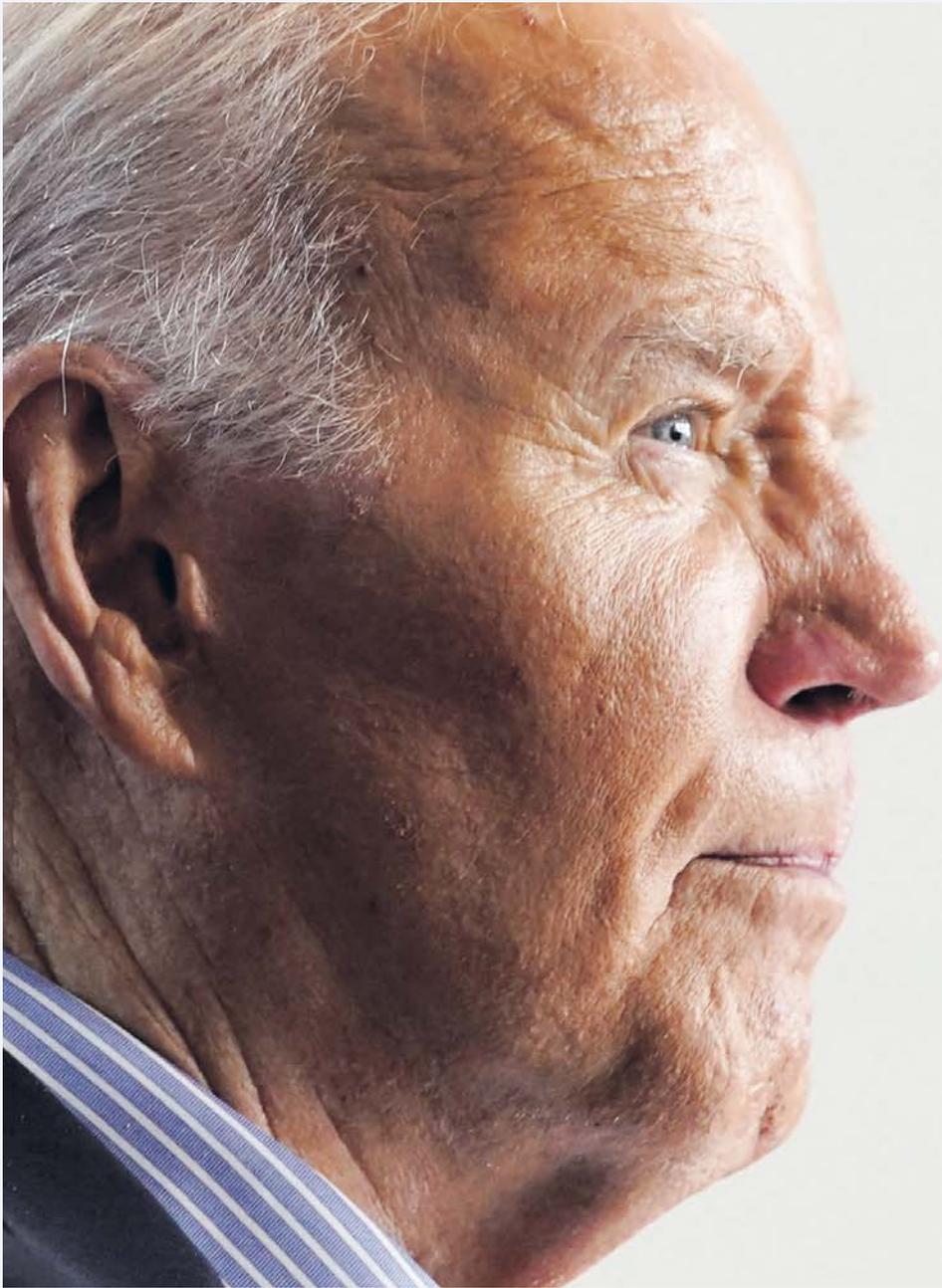
Tatsächlich aber wurde Bidens Amtszeit stark von Trump beeinflusst. In Sachen Protektionismus und Chinapolitik kopierte er viele „America first“-Ansätze seines Vorgängers.

Sollte Harris von ihrer Partei nominiert werden, wird sie sich im Zweikampf gegen Trump behaupten müssen. Bislang liegt sie in bundesweiten Umfragen knapp hinter ihm. „Ihre Beliebtheit auf nationaler Ebene spiegelt Bidens Beliebtheit wider – sie ist nicht großartig“, sagte der Wahlforscher Scott Tranter. „Ihr Vorteil ist jedoch, dass sie nicht den ganzen Ballast von Biden mit sich herumschleppt. Die Leute werden einen neuen Blick haben.“



REUTERS

Trump mit Running Mate Vance: So früh und so aggressiv wie möglich attackieren.



Rückblick

48 Stunden vor dem Rückzug: Protokoll einer folgenreichen Entscheidung

Mit seinem Verzicht hat Präsident Biden selbst engste Mitarbeiter überrascht. In seinem Ferienhaus am Atlantik arbeitete er mit zwei Beratern an der finalen Erklärung. Eine Rekonstruktion der Ereignisse.

REUTERS

Astrid Dörner, Felix Holtermann
New York, San Francisco

Auf einmal ist sie da, die Nachricht, die seit drei Wochen wie wohl keine zweite in den USA antizipiert wurde. Es sei „im besten Interesse meiner Partei und des Landes, wenn ich von meiner Kandidatur zurücktrete“, erklärte US-Präsident Joe Biden auf den Plattformen X und Instagram. Es ist Sonntag, 13.46 Uhr an der US-Ostküste, und obwohl viele Beobachter auf diese Ankündigung gewartet hatten, löst sie dennoch eine Art politisches Beben aus.

Es ist eine Entscheidung, „die historisch mit nichts vergleichbar ist“, sagt Frank Kelly, Geschäftsführer der auf politische Risiken spezialisierten Beratungsfirma Fulcrum Macro Advisors, dem Handelsblatt. Biden ist der erste amtierende Präsident seit Lyndon B. Johnson 1968, der auf eine mögliche Wiederwahl verzichtet.

Fast 30 Minuten später folgt ein zweiter Post, in dem sich Biden explizit dafür starkmacht, dass seine Vizepräsidentin Kamala Harris nun die Kandidatin der Demokratischen Partei werden soll.

Für kurze Zeit herrscht Verwirrung am frühen Samstagnachmittag: Sind die Posts echt? Oder ein Fake? Beobachter wundert, dass sie vom Privataccount Bidens abgesetzt werden, nicht vom offiziellen Präsidenten-Account. Auch das Weiße Haus und Bidens Wahlkampfteam können die Nachricht zunächst nicht bestätigen.

Noch am Freitag hatte sein Team erklärt, Biden werde kommende

Woche seinen Wahlkampf fortsetzen. Am Sonntag um 11.17 Uhr verschickte Bidens Wahlkampfteam noch eine E-Mail, in der sich mehrere Demokraten in den wichtigen Swingstates für den US-Präsidenten aussprachen.

Dann aber bestätigt unter anderem First Lady Jill Biden die Richtigkeit der Erklärung. Der Grund für die Verwirrung: Bidens engste Mitarbeiter wurden erst um 13.45 Uhr, also nur eine Minute vor dem Post, über die Entscheidung informiert, um „Leaks“ zu vermeiden, wie die „New York Times“ berichtete. Für den in den vergangenen Wochen zunehmend getriebenen wirkenden Präsidenten war das wohl die letzte Chance, die eigene Handlungsfähigkeit vollumfänglich zu bewahren und nach außen zu demonstrieren. So habe Biden seine Entscheidung „auf seine Weise“ verkündet und die Intrigen und undichten Stellen

vermeiden können, die seinen Wahlkampf in den vergangenen Wochen beschädigt hätten, sagt ein Insider.

Biden verbrachte das Wochenende nicht im Weißen Haus, sondern in seinem Ferienhaus in Rehoboth, am Atlantik im US-Bundesstaat Delaware. Der Präsident hat Covid und sich dort selbst isoliert. 48 Stunden ringt er mit der Entscheidung. „Ich brauche dich und Mike im Haus“, gibt Präsident Biden am späten Samstagnachmittag laut dem Bericht telefonisch durch. Am Apparat sind Steve Ricchetti, einer seiner engsten Berater, und Mike Donilon, sein Chefstrategie. Dann arbeitet das Trio bis spät in die Nacht an Bidens Erklärung – zugleich eine Art Vermächtnis des Präsidenten.

Donilon übernimmt dabei laut „New York Times“ die Aufgabe, mit Biden an dem Entwurf der Erklärung zu arbeiten. Ricchetti ist für die Planung der nächsten Schritte verantwortlich – unter anderem die wichtige Frage, wann die Mitarbeiter informiert werden sollten. Unklar ist, wann genau Vizepräsidentin Harris von Bidens Entscheidung erfährt – wohl erst am Sonntag, wie US-Medien berichten.

Wochenlang hatte Biden versucht, die Debatte von seinem Gesundheitszustand hin zu den Versäumnissen seines Rivalen Donald Trump zu lenken. Doch ohne Erfolg. Der Schock nach dem verpatzten TV-Duell gegen Trump sitzt tief, bei Wählern, bei Geldgebern und in der eigenen Partei. Und seit dem Attentat auf Trump hat der Republikaner noch einmal beim Stimmtrend zugelegt.

Nachdem seine Entscheidung steht, soll Biden seine Familie informiert haben, meldet der Nachrichtensender CNN. Seine Tochter Ashley und sein Schwiegersohn Howard seien am Sonntag nach Rehoboth gefahren, um in dieser aufwühlenden Zeit bei ihm zu sein.

Nur Minuten, bevor er sein Rücktrittsschreiben veröffentlicht, habe der Präsident seine Kommunikationschefin Anita Dunn informiert, wie die „New York Times“ berichtet. Der Präsident liest ihr den Brief vor und bedankt sich bei seinen Mitarbeitern für ihre Arbeit.

Biden ist niemand, der wichtige Entscheidungen überstürzt trifft. Lange habe er die Sachlage abgewogen, heißt es bei CNN, und sich Umfragewerte aus wichtigen Swingstates zeigen lassen. Und die Botschaft war eindeutig: Biden fiel immer stärker hinter seinen Herausforderer Trump zurück.

Langsam, aber sicher sei der Präsident „empfänglich“ geworden für Gespräche über seinen Rücktritt. Lange habe er gedacht: „Kamala kann nicht gewinnen.“ Am Ende habe sich seine Aussage in eine Frage gewandelt: „Glauben Sie, dass Kamala gewinnen kann?“, zitiert CNN einen hochrangigen Berater.

Auch Stunden nachdem Biden seine Entscheidung verkündet hat, bleibt Unsicherheit: So ist am Sonntagabend in Washington immer noch nicht klar, wann Biden sich nun an das Volk wenden will. Sein Leibarzt lässt mitteilen, dass es Biden nach der Covid-Infektion schon deutlich besser gehe. Doch wann der Präsident vor die Kameras tritt, um sich an die Nation zu wenden, bleibt

Wahlkampf 2008:
Senator Joe Biden wurde Running Mate von Präsidentschaftskandidat Barack Obama.



IMAGO/UP! Photo

vorerst offen – höchst ungewöhnlich, wie es bei Beobachtern heißt. Ein Berater nennt die Covid-Infektion, die ihn immer noch heiser klingen lasse, als Grund für die lange Verzögerung.

Die Republikaner konzentrierten umgehend darauf, Bidens gewünschte Nachfolgerin Kamala Harris anzugreifen – und dem Präsidenten die Eignung für seine verbleibenden Monate im Amt abzusprechen. Nur 45 Minuten nach Bidens Rückzug erklärte Trump auf seiner Plattform Truth Social, der 81-Jährige sei „nicht geeignet, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren, und er ist sicherlich nicht geeignet, das Amt auszuüben“. Auch andere führende Republikaner, darunter der Sprecher des Repräsentantenhauses Mike Johnson, erklärten wenig später, Biden sei nicht fit genug, um seine Amtszeit zu beenden. Johnson forderte Biden ausdrücklich zum Rücktritt auf. „Präsident Trump und ich sind bereit, Amerika zu retten, egal, wer an der Spitze der Demokraten steht“, schrieb Trumps Vize-Präsidentschaftskandidat J. D. Vance auf der Plattform X. Harris habe Bidens

”

Präsident Trump und ich sind bereit, Amerika zu retten, egal, wer an der Spitze der Demokraten steht.

J. D. Vance

Running Mate von Donald Trump

Klima- und Migrationspolitik mitgestaltet. „Sie ist für all diese Misserfolge verantwortlich.“

Bei den Demokraten herrschte Erleichterung, aber auch das Bemühen, Bidens Erfolge und seinen jahrzehntelangen Dienst in der Politik herauszustreichen. Die früheren Präsidenten Bill Clinton und Barack Obama betonten Bidens Verdienste. „Joe Biden ist einer der bedeutendsten Präsidenten Amerikas und ein guter Freund und Partner für mich. Heute wurden wir auch – wieder einmal – daran erinnert, dass er ein Patriot von höchstem Rang ist“, erklärte Obama. Doch während Clinton betonte, seine Frau Hillary und er „werden alles dafür tun, Kamala Harris zu unterstützen“, gab Obama keine entsprechende Unterstützungserklärung ab. „Ich bin außerordentlich zuversichtlich, dass die Führer unserer Partei in der Lage sein werden, einen Prozess in Gang zu setzen, aus dem ein hervorragender Kandidat hervorgehen wird“, schrieb Obama.

Harris soll sich im Vorfeld schon diskret die Unterstützung wichtiger Kongressmitglieder gesichert haben für den Fall, dass Biden zurücktritt, berichtete CNN. Das erkläre das starke positive Feedback, das die Vize-Präsidentin in kürzester Zeit bekam.

Doch ihr Weg wird nicht einfach werden. „Sie kommt in den Swingstates nicht gut an“, gibt ein Investor in New York zu bedenken, der auf ein breiteres Auswahlverfahren setzt. „Wenn man einfach Harris durchwinkt, ändert sich an der schlechten Ausgangsposition der Demokraten wenig bis gar nichts.“

Und während sich die Demokraten nach Bidens historischem Rückzug noch neu sortieren, ist eines am Sonntag aber sehr klar geworden: Es wird ein völlig anderer Wahlkampf werden als erwartet.

Transatlantische Beziehungen

Mit Biden verliert Scholz einen engen Kollegen

Zu kaum einem anderen Regierungschef ist das Verhältnis des Kanzlers so eng. Mit einer Präsidentin Kamala Harris müsste Scholz eine neue Ebene finden.

Martin Greive, Dana Heide Berlin

Als sich Joe Biden und Olaf Scholz vor Kurzem auf dem Nato-Gipfel trafen, saßen beide nahezu maximal weit voneinander entfernt. Der US-Präsident hatte an dem einen Kopfende des riesigen Tisches mit den 32 Regierungschefs Platz genommen, der Kanzler fast genau am anderen. Doch die Entfernung war nur dem Alphabet geschuldet, das die Nato-Staaten nach ihren Anfangsbuchstaben rund um den Tisch platziert. Eigentlich sind sich Scholz und Biden nah, sehr nah. Wenn der US-Präsident bald abtritt, geht auch Scholz' engster Vertrauter von Bord.

Während der SPD-Politiker bis heute mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron fremdelt, haben Scholz und Biden ein enges Verhältnis aufgebaut. Mehr noch: Der Kanzler hat an dem US-Präsidenten seine gesamte Ukrainepolitik ausgerichtet. Keine Waffenlieferung ohne die Zustimmung des US-Präsidenten, das ist Scholz' wichtigste Leitlinie seit Beginn des Krieges. Bidens mögliche Nachfolgerin Kamala Harris, die nun wohl als Präsidentschaftskandidatin für die Demokraten ins Rennen gehen dürfte, kennt Scholz im Vergleich zu Biden wenig. Zweimal hat der Kanzler sie am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz getroffen, einmal gemeinsam mit Biden. Selbst wenn der nächste Präsident der USA nicht Donald Trump heißen sollte: Auch mit Harris müsste Scholz erst eine Arbeitsgrundlage finden.

Zwar ist Harris in der Bundesregierung keine Unbekannte. Allerdings: Peter Wittig, der frühere deutsche Botschafter in den USA, sagt, mit Ausnahme ihrer Position zu Schwangerschaftsabbrüchen wisse man dennoch nicht so

recht, wofür sie stehe. „Das liegt auch an ihrer blässen Vizepräsidentschaft“, so Wittig. Außenpolitisch habe sie keine Akzente setzen können oder dürfen. Biden dagegen war einer der wenigen Politiker, die bei Scholz so etwas wie Bewunderung auslösten. Scholz impo-

”

Biden ist der letzte große Transatlantiker.

Peter Wittig

Ehemaliger deutscher Botschafter in den USA

niert, mit welcher Leichtigkeit Biden über nahezu alle Facetten der Weltpolitik sprechen kann, wie er einen progressiven Politikansatz gegen den immer stärker werdenden Populismus in den USA mehrheitsfähig machte. Beide eint zudem, eher ruhig und besonnen.

Für Scholz war Biden daher ein großer Glücksfall. Nicht nur weil er in dem 81-Jährigen eine Art Bruder im Geiste hatte und Biden die Wiederwahl Trumps verhindert hat. Auch als Russland 2022 die Ukraine angriff, wusste Scholz: Auf Biden kann er sich verlassen. Zwar legte auch Biden wie schon seine beiden Amtsvorgänger Trump und Barack Obama in seiner Außenpolitik verstärkt ein Augenmerk auf den Indo-Pazifik. Aber politisch groß geworden in Zeiten des Kalten Krieges wusste Biden um die Bedeutung der Partnerschaft mit Europa. „Biden ist der letzte große Transatlantiker“, sagt Wittig.

In allen Fragen zur Ukraine stimmten sich Scholz und Biden eng

ab. Als es etwa im Juni darum ging, ob die Ukraine westliche Waffen auf russischem Boden einsetzen darf, um dort Stellungen angreifen, wartete Scholz auf Bidens Zustimmung. Erst dann sprach auch er sich dafür aus. Am Rande des Nato-Gipfels Mitte Juli gab Biden dann bekannt, dass die USA erstmals seit Ende des Kalten Krieges zur Abschreckung Langstreckenwaffen in Deutschland stationieren würden, mit denen sie Russland tief im eigenen Hinterland angreifen könnten. Ein Jahr lang hatten beide Seiten die Entscheidung im Stillen vorbereitet.

Auch persönlich stimmte es zwischen Scholz und Biden. Kurz vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine traf Scholz als damals frisch gewählter Kanzler Biden zum Antrittsbesuch in Washington. Über die Jahre entwickelten beide einen immer engeren Draht. Scholz flog einmal nur für ein Arbeitstreffen in die USA.

Hinterher wurden nicht einmal die beiden Sicherheitsberater Jake Sullivan und Jens Plötner ausgiebig informiert, was Scholz und Biden unter vier Augen besprochen hatten. Als sich die beiden im Juni auf dem G7-Gipfel in Italien begegneten und Scholz an dem Tag Geburtstag hatte, initiierte Biden, dass ein Geburtstagsständchen für den Kanzler angestimmt wurde. So gebiete es die Tradition in seiner Familie, sagte der US-Präsident.

Als Biden nun seinen altersbedingten Rückzug von seiner Kandidatur bekannt gab, bezeichnete Scholz den US-Präsidenten als „meinen Freund“. Dank Biden sei „die transatlantische Zusammenarbeit eng, die Nato stark, die USA ein guter und verlässlicher Partner für uns“.

Harris war immer mit auf der Münchner Sicherheitskonferenz

Natürlich wäre aus Sicht der Bundesregierung eine Zusammenarbeit mit Harris deutlich leichter als mit Trump. „Für uns als Europäer wäre das gut“, sagt SPD-Außenpolitiker Nils Schmid zu einer möglichen Präsidentin Harris. „Sie hat als Politikerin der neuen Generation zwar nicht die langjährigen transatlantischen Beziehungen, wie Biden sie hatte. Aber man weiß, was man an ihr hat.“ Die Demokratin habe seit dem Krieg in der Ukraine die transatlantischen Beziehungen gepflegt. „Dass sie jedes Jahr bei der Münchner Sicherheitskonferenz dabei war, ist ein deutliches Zeichen der Kontinuität im transatlantischen Verhältnis.“

Der frühere US-Botschafter Wittig warnt allerdings vor zu großer Euphorie. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz habe Harris ihre Reden doch eher leidenschaftslos vorgetragen. Harris habe keine europäischen Wurzeln und sei politisch in Kalifornien groß geworden. „Vermutlich blickt sie viel stärker auf die asiatisch-pazifische Region. Das ist auch der unvermeidliche Megatrend der USA“, so Wittig. Das bedeutet: Auch mit einer Präsidentin Harris im Weißen Haus wird Europa eigenständiger werden müssen.



Ludovic Marin/AFP/dpa

Bundeskanzler Scholz, Präsident Biden im Juni in Frankreich: Gutes Verhältnis.



Arbeitsmarkt

600 Millionen Euro Steuerrabatt

Der Plan der Ampel, ausländische Fachkräfte mit geringeren Steuern anzulocken, ist umstritten. Neue Berechnungen zeigen jedoch: Die Kosten würden sich in Grenzen halten.

Martin Greive, Julian Olk Berlin

Die Bundesregierung will Deutschland mittels eines Steuerrabatts für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver machen. Politisch erhitzt die Maßnahme seit Tagen die Gemüter. Finanziell wäre sie aber mit überschaubaren Kosten verbunden. Das zeigen Berechnungen des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) für das Handelsblatt. Demnach dürften die Kosten eines solchen Steuerrabatts bei rund 600 Millionen Euro pro Jahr liegen.

Kanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) hatten Anfang Juli eine „Wachstumsinitiative“ vereinbart, um der lahmen Konjunktur neuen Schwung zu verleihen. Teil des Pakets waren auch Steueranreize für ausländische Fachkräfte. Nach Schätzungen von Ökonomen fehlen im Jahr 2030 bis zu fünf Millionen Fachkräfte, weil deutlich mehr ältere Arbeitnehmer in den Ruhestand gehen, als jüngere nachrücken.

In den ersten drei Jahren einer Arbeitsaufnahme in Deutschland sollen für ausländische Fachkräfte anfangs 30 Prozent des Bruttolohns steuerfrei sein. Im zweiten Jahr wären es 20 und im dritten Jahr zehn Prozent. Dem IW zufolge wären davon etwa 70.000 Personen pro Jahr neu betroffen.

Am Anfang lägen die Kosten bei rund 300 Millionen Euro pro Jahr. Nach drei Jahren, wenn die Zahl der neu einwandernden Fachkräfte stabil bliebe und die erste Welle noch den Rabatt von zehn Prozent bekommen würde, lägen die Kosten bei rund 600 Millionen Euro. Bei den Zahlen

handelt es sich um eine Schätzung, die vielen Unsicherheiten unterliegt, etwa wie hoch die Einkommen der Fachkräfte exakt sind oder wie viele Migranten Deutschland wieder verlassen.

Trotz der Unsicherheit zeigen die Berechnungen, wie viel günstiger diese Maßnahme im Vergleich zu einer anderen Idee ist, die derzeit ebenfalls diskutiert wird. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann etwa lehnt die Privilegierung ausländischer Fachkräfte ab. Er fordert: „Anstatt nur für einzelne Gruppen müssen die Steuern für alle runter.“

Allgemeiner Steuerrabatt würde bis zu 160 Milliarden Euro kosten

Doch eine Umsetzung des Steuerrabatts für alle Fachkräfte in Deutschland könnte sich die Bundesregierung nicht leisten. Würde der Rabatt in Höhe von 30 Prozent für alle Arbeitnehmer im Land gelten, also auch jene, die schon arbeiten, würde das den Staat laut IW rund 160 Milliarden Euro im Jahr kosten. Selbst ein Zehn-Prozent-Rabatt wäre immer noch mit Kosten in Höhe von 60 Milliarden Euro verbunden.

Günstiger als ein Steuerrabatt wäre eine allgemeine Senkung der Einkommensteuer. Aber auch das würde selbst bei einer teilweisen Gegenfinanzierung, etwa einem höheren Spitzensteu-



Die steuerliche Besserstellung für Mehrarbeit und ausländische Fachkräfte birgt gesellschaftlichen Zündstoff.

Yasmin Fahimi
DGB-Vorsitzende

ersatz, schnell zweistellige Milliardenlöcher pro Jahr in den Haushalt reißen. Angesichts der angespannten Haushaltslage würde sich die Frage stellen, wo das Geld dafür herkommen soll.

Schon der Abbau inflationsbedingter „schleichender Steuererhöhungen“ bis 2026 im Volumen von 23 Milliarden Euro war wegen knapper Kassen monatelang umstritten gewesen. Der Abbau der sogenannten „kalten Progression“ soll aber definitiv kommen, am Mittwoch wird das Bundeskabinett den entsprechenden Beschluss fassen.

Die Steuerrabatte stehen dagegen auf der Kippe. Vergangenen Mittwoch hat das Bundeskabinett die „Wachstumsinitiative“ der Ampel zwar grundsätzlich gebilligt. Aber ob auch der Steuerrabatt für ausländische Fachkräfte umgesetzt wird, ist inzwischen mehr als fraglich. Denn auch innerhalb der Bundesregierung gibt es Kritik. „Das gehört zu den Vorschlägen, die man sich genau auf dem Papier angucken muss“, hatte Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) erklärt. „Wenn es nach mir gegangen wäre, wäre es auch gar nicht drin gewesen.“

Es liege nicht am Steuerrecht, ob es gelinge, ausländische Fachkräfte zu gewinnen, sagte der Minister. Er wolle aber darauf warten, was der zuständige Finanzminister Lindner nun für einen



Hubertus Heil: Die Bundesregierung plant Steuerrabatte für ausländische Fachkräfte von bis zu 30 Prozent.

Getty Images, picture alliance/dpa, IMAGO/dreamstime, David Maupile/latif

konkreten Vorschlag in der Umsetzung mache. Allerdings gibt es in der SPD auch Unterstützer des Vorhabens. Fraktionsvizein Verena Hubertz, die wie Heil zum Netzwerk-Flügel bei den Sozialdemokraten gehört, befürwortet die Steuerrabatte. „Das ist ein pragmatischer Vorschlag, für den ich mich in ähnlicher Form schon lange stark mache“, sagte sie.

Ihr sei bewusst, dass es ungerecht wirke, wenn jemand am selben Arbeitsplatz aufgrund seiner Herkunft zeitlich befristet weniger Steuern zahlt, so Hubertz. „Aber wir befinden uns gerade in einer wirtschaftlich kriselnden Zeit. Und da braucht es andere Wege und Mittel, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen.“

Die Befürworter des Vorhabens stützen sich auf Erfahrungen in anderen Ländern, in denen es entsprechende Anreize gibt. Wirtschaftsminister Habeck sagte zuletzt: „Das mal zu probieren, die Leute dadurch nach Deutschland zu holen, ist den Versuch wert.“ So müssen gut verdienende Ausländer mit begehrten Qualifikationen in den Niederlanden in den ersten 20 Monaten 30 Prozent ihres Einkommens nicht versteuern, danach sinkt der Rabatt auf 20 und dann auf zehn Prozent. In Dänemark, Schweden oder Spanien zahlen Expats für einen gewissen Zeitraum eine niedrigere Einkommensteuer.

Die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Yasmin Fahimi, hält aber in diesem Fall nichts davon, andere Länder zu kopieren: „Die steuerliche Besserstellung für Mehrarbeit und ausländische Fachkräfte birgt gesellschaftlichen Zündstoff.“ Auch Arbeitgeberverbände sollen dem Vorschlag skeptisch gegenüberstehen. Im FDP-geführten Bundesfinanzministerium, wo die Idee für die Steuerrabatte geboren wurde, gibt man sich inzwischen deshalb zurückhaltend. Man suche jetzt das Gespräch mit allen Beteiligten, heißt es dort. Der Vorschlag sei ein wichtiger Baustein, um Deutschland attraktiver für Fachkräfte zu machen. Man werde aber nichts einführen, was niemand wolle.

IW-Ökonom Martin Beznoska hält die Rabbatte nicht für geeignet, um die Zahl der einwandernden Fachkräfte in Deutschland substanziell zu erhöhen. „Bürokratische Hürden wie das viel zu komplizierte und langwierige Visumverfahren sind gravierendere Zuwanderungshindernisse und führen dazu, dass Fachkräfte und Unternehmen keine Planungssicherheit für ihre Einreise haben.“

Landtagswahlen

Ampel wird zur Belastung für den SPD-Wahlkampf im Osten

Die SPD kämpft vor drei wichtigen Landtagswahlen gegen miserable Umfragewerte. Ausgerechnet die Politik im Bund erschwert den Weg aus dem Tief.

Dietmar Neuerer Berlin

Im Herbst werden in Sachsen, Thüringen und Brandenburg neue Landtage gewählt. Die drei Parteien, die Deutschland regieren, kommen in diesen Bundesländern auf teils katastrophale Umfragewerte. In Brandenburg, wo die SPD den Ministerpräsidenten stellt, liegt die Partei zwar noch knapp vor der CDU – jedoch fünf Prozentpunkte hinter der AfD. In den anderen Bundesländern spielt die SPD fast keine Rolle mehr, auch hier dominiert die AfD.

Auf Rückenwind aus der Bundespolitik können die Sozialdemokraten kaum hoffen. Die Ampel ist im Umfrage-Dauertief. Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke kann denn auch auf Wahlkampfhilfe aus Berlin verzichten. „Wir haben es in Brandenburg Gott sei Dank nie nötig gehabt, geborgte Prominenz einzufliegen“, sagte der SPD-Spitzenkandidat kürzlich. Tatsächlich ist es auch die Politik der Ampel, die den Wahlkämpfern im Osten zu schaffen macht.

Umstrittener Steuerrabatt für Ausländer

Auf wenig Zustimmung stoßen etwa die mit der sogenannten Wachstumsinitiative der Bundesregierung geplanten Steueranreize für ausländische Fachkräfte. Die Zugewanderten sollen nach Vorstellung der Koalition in den ersten drei Jahren nach ihrer Ankunft steuerlich entlastet und so langfristig an Deutschland gebunden werden. Im ersten Jahr werden 30 Prozent, im zweiten 20 und im dritten zehn Prozent des Bruttolohns steuerfrei gestellt.

Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) hält davon wenig. „Ob die steuerliche Begünstigung von ausländischen Arbeitnehmern tatsächlich zu den gewünschten Effekten führt, kann zumindest bezweifelt werden“, sagte er dem Handelsblatt. „Zudem dürfte die damit verbundene Besserstellung ausländischer Fachkräfte zu sicher nicht gewollten Debatten führen.“ Das

sieht der Thüringer SPD-Spitzenkandidat Georg Maier ähnlich. Solange die Menschen im Osten „deutlich unterdurchschnittlich verdienen und die Renten und Vermögen ebenfalls stark unter dem Bundesdurchschnitt liegen, sollte man solche Privilegien für Zuwanderer überdenken“, sagte er.

Dazu raten auch Experten. Der Steuerrabatt sei vor allem für die SPD ein Problem, „weil sie sich im Wahlkampf immer als Anwalt der kleinen Leute gibt“, sagte der Bremer Politikwissenschaftler Lothar Probst. Der Mainzer Politikwissenschaftler Kai Arzheimer ergänzt: „Das wird sich politisch kaum durchhalten lassen.“

Nicht eingelöste Versprechen in der Migrationspolitik

Bei der Asyl- und Migrationspolitik zeigt sich das ganze Dilemma der SPD. Der Bundeskanzler verfolgt seit einigen Monaten zwar eine harte Linie. Wer kein Bleiberecht habe, solle gehen. „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“, sagte Olaf Scholz im Oktober dem „Spiegel“. Im großen Stil wurde allerdings seitdem nicht abgeschoben.

Für die SPD könnte das zum Bumerang werden. „Es hat sich gerade bei ostdeutschen Wählerinnen und Wählern der Eindruck festgesetzt, dass SPD und Grüne die mit Zuwanderung verbundenen Probleme zu lange ignoriert und gelehnt haben“, sagte Politik-Professor Probst. SPD-Politiker Maier, der auch Innenminister in Thüringen ist, sieht allerdings kaum Möglichkeiten, jetzt noch gegenzusteuern. Die Menschen würden zwar erwarten, „dass wir Lösungen finden“, sagte er. „So kurz vor der Landtagswahl werden wir das Thema aber nicht ganz wegkommen. Es wird schwierig werden.“

SPD steckt in einem Ukraine-Dilemma

Parteiübergreifend werden der Ukrainekrieg und die militärischen Folgen mittlerweile als dominierendes überregionales Thema für die Landtagswahlen im September angesehen. „Man darf die

Sorge vieler Bürger nicht in den Wind schlagen, dass sich der Krieg möglicherweise ausweitete“, sagte die sächsische SPD-Spitzenkandidatin Petra Köpping jüngst dem Handelsblatt. Allerdings hat die Europawahl gezeigt, dass die Kanzlerpartei SPD bei dem Thema ein besonderes Problem hat.

Denn die Plakatierung mit dem „Friedenskanzler“ Scholz zog nicht, weil er gleichzeitig international einer der Haupttreiber für Waffenlieferungen an die Ukraine ist. Politikwissenschaftler Probst sieht die SPD auf einem „schwierigen Terrain“. „In Ostdeutschland misstrauen viele mehr den Amerikanern als den Russen“, erklärte er. „Die jahrzehntelange antiamerikanische Propaganda stößt dort heute noch auf fruchtbaren Boden.“ Zudem seien AfD und BSW „Pro-Putin-Parteien, die die Ängste der Bevölkerung vor einem Übergreifen des Ukraine Konflikts auf Deutschland verstärken“. Für die AfD zahlt sich das aus. Sie festigt ihre Dominanz im Osten.

Ampel überfordert Bürger beim Klimaschutz

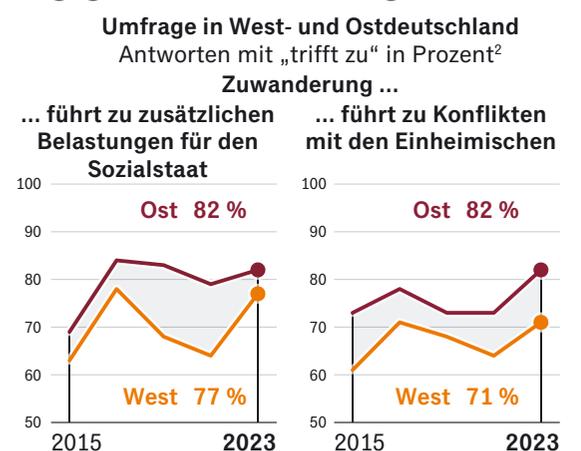
Seit Monaten warnen ostdeutsche Politiker von CDU und SPD, dass die Bevölkerung mit den klimapolitischen Zielen der Bundesregierung überfordert werden könnte. Für die Wahlkämpfer stellt auch das eine besondere Herausforderung dar, sagt Arzheimer. Denn alles, was mit der grünen Transformation zu tun habe und insbesondere die Abwicklung des Braunkohle Tagebaus und der Braunkohleverbrennung betreffe, werde eine für die Ampelparteien „schwierige Rolle“ spielen.

Die sächsische SPD-Spitzenkandidatin Köpping will deshalb im Wahlkampf die Erfolge der grünen Transformation stärker in den Vordergrund rücken. Etwa, dass Sachsen über 30 Milliarden Euro Investitionen bekomme – für Chipfabriken, neue Hochschulstandorte und einen neuen Bundeswehrstandort. „Dann wird auch klar: Die Untergangsszenarien der AfD haben keine Substanz.“

In Ostdeutschland überwiegt die Skepsis gegenüber Zuwanderung

Landtagswahlumfragen, Angaben in Prozent¹

| | Brandenburg | Sachsen | Thüringen |
|----------|-------------|---------|-----------|
| CDU | 18 % | 29 % | 22 % |
| SPD | 19 % | 7 % | 7 % |
| Grüne | 7 % | 7 % | 4 % |
| FDP | 3 % | - | 2 % |
| Linke | 5 % | 3 % | 14 % |
| AfD | 24 % | 30 % | 29 % |
| BSW | 17 % | 15 % | 20 % |
| Sonstige | 7 % | 9 % | 2 % |



1) Jeweils die aktuellste Umfrage, Stand: 17.7.2024; 2) Basis: 1.666 Befragte in Westdeutschland, 339 Befragte in Ostdeutschland, 2023

Friedensgespräche

Ukrainischer Außenminister reist nach China

Dmytro Kuleba will mit seinem Amtskollegen Wang Yi über den Krieg mit Russland sprechen.

Kiew. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba reist am Dienstag auf Einladung Chinas zu Gesprächen nach Peking. Dabei solle es um ein Ende des von Russland begonnenen Krieges und eine mögliche Rolle Chinas dabei gehen, erklärte das Außenministerium in Kiew am Montag.

Kuleba werde während der bis Donnerstag dauernden Reise mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi über die bilateralen Beziehungen sprechen. „Das Hauptthema der Diskussion wird die Suche nach Wegen sein, die russische Aggression zu stoppen, und Chinas mögliche Rolle bei der Schaffung eines stabilen und gerechten Friedens“, teilte das ukrainische Außenministerium auf seiner Website mit.

Kulebas Visite ist ungewöhnlich, da China allgemein als Russland nahestehend gilt. So hatten die Regierungen in Moskau und Peking nur wenige Tage vor Beginn der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 eine „grenzenlose Partnerschaft“ vereinbart.

Und obwohl China die russische Invasion nicht verurteilt hat und stattdessen dazu beiträgt, Russlands Kriegswirtschaft am Laufen zu halten, ist die ukrainische Regierung zurückhaltend mit ihrer Kritik an der Volksrepublik. Diese wiederum erklärt, ihre Beziehungen zu Russland seien auf der Basis der Bündnisfreiheit aufgebaut und richteten sich nicht gegen Dritte.

In den vergangenen Monaten sind mehrere Friedensinitiativen entstanden – denn Donald Trump hat für den Fall seines Wahlsiegs gedroht, die Hilfszahlungen der USA für die Ukraine einzustellen. So richtete die Schweiz im Juni auf Bitten der Ukraine einen Friedensgipfel aus, zu dem aber Russland nicht eingeladen war und an dem China nicht teilnahm. Im November soll es einen zweiten solchen Gipfel geben – womöglich diesmal mit Russland.



Auf ungewöhnlicher Mission: Dmytro Kuleba spricht in China über eine Lösung für den Krieg mit Russland.

China veröffentlichte am 23. Mai zusammen mit Brasilien einen separaten Sechs-Punkte-Friedensplan. Darin wird eine internationale Friedenskonferenz unterstützt, die von beiden Kriegsparteien anerkannt würde.

China und Brasilien gehören wie auch Russland zur BRICS-Gruppe der führenden Schwellenländer, die bei allen politischen und wirtschaftlichen Unterschieden das gemeinsame Ziel haben, ein Gegengewicht zur Dominanz des Westens und wirtschaftlich starker Länder wie die der G7 zu bilden.

Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski erklärte, nur die mächtigsten Länder der Welt seien in der Lage, den Krieg in seinem Land erfolgreich zu beenden. Als zwei dieser Länder nannte er China und die USA, die ein enger Verbündeter der Ukraine sind. China müsse bei der Lösung des Kriegs eine wichtige Rolle spielen, unterstrich Selenski. Reuters



Tory-Politikerinnen Atkins (li. o.) und Badenoch (li. u.), Reform-UK-Chef Farage im Parlament: Welcher Flügel setzt sich durch?

Großbritannien

Britischen Konservativen droht ein Führungsstreit

Bei den Tories geht es nach der Wahl Niederlage um die eigene Zukunft. Wird die Partei wieder mehr in die politische Mitte rücken und sich gegen den Rechtspopulisten Nigel Farage behaupten?

Torsten Riecke London

Als sich vor kurzem erstmals die neu gewählten Abgeordneten im Unterhaus des Palace of Westminster versammelten, war fast alles anders: Die auf 411 Mitglieder gewachsene Labour-Fraktion machte sich auf den Regierungsbänken breit, und die auf 121 Parlamentarier zusammenschmolzenen Konservativen kauerten sich gegenüber auf den Oppositionsbänken.

Geliebten ist nach der desaströsen Wahl Niederlage am 4. Juli der Dauerstreit bei den konservativen Tories über ihre künftige Richtung, der jetzt durch den Kampf um den Parteivorsitz noch verschärft wird. Parteiführung festlegen.

Gesucht wird ein Nachfolger für Rishi Sunak, denn der Ex-Premierminister wird den Parteivorsitz nach einer Übergangszeit abgeben. Dabei zeichnet sich ein Richtungskampf zwischen eher moderaten Tories der konservativen Mitte wie Tom Tugendhat, Victoria Atkins und James Cleverly auf der einen und Führungsfiguren der Rechten wie Priti Patel, Suella Braverman, Kemi Badenoch und Robert Jenrick auf der anderen Seite ab.

Verkompliziert wird die Kursbestimmung noch dadurch, dass die rechtspopulistische Reform-UK-Partei des Brexit-Architekten Nigel Farage erstmals mit fünf Abgeordneten im

Unterhaus vertreten ist. Der Überraschungserfolg von Farage verstärkt den Druck von rechts, konnte Reform UK den Tories doch zahlreiche Stammwähler abjagen und kam landesweit auf 14 Prozent der Stimmen. Die Mitglieder-Plattform „Conservative Home“ warnt bereits vor einer „Spaltung“ des rechtskonservativen Lagers.



Der Bürgerkrieg unter den Tories hat bereits begonnen, und es ist am besten, sie ihrem Schicksal zu überlassen.

Nigel Farage
Parteichef von Reform UK

Mitentscheidend für die Wahl eines neuen Parteichefs ist auch, welche Lehren die Tories aus der größten Niederlage in ihrer mehr als 100-jährigen Geschichte ziehen. Die frühere Wirtschaftsministerin Badenoch macht vor allem Ex-Premier Sunak für das Desaster verantwortlich. „Sunak hat sich entschuldigt“, sagt der Politikwissenschaftler Tim Bale von der Queen Mary University in London, „aber das Desaster geht nicht allein auf sein Konto.“

Braverman und Jenrick vom rechten Parteiflügel führen die Niederlage vor allem darauf zurück, dass die Tories nicht hart genug gegen Einwanderer vorgegangen seien. Dagegen sieht die ehemalige Gesundheitsministerin Victoria Atkins die Ursachen eher in einem Vertrauensverlust der Wähler, weil die Konservativen ihre Versprechen nicht gehalten hätten, das Gesundheitssystem und die wirtschaftliche Lage zu verbessern.

Bei der Analyse und Bewertung der Gründe, die zur Wahl Niederlage geführt haben, wird auch das Verfahren für die Wahl des nächsten Parteichefs eine wichtige Rolle spielen. Gesteuert wird der Auswahlprozess vom „1922 Komitee“ der Partei, das nach der Abwahl zahlreicher Mitglieder nun vom Parteiveteranen Bob Blackman geführt wird. Nach den bisherigen Regeln entscheidet die neue Unterhausfraktion in mehreren Wahlgängen über die beiden finalen Kandidaten. Das letzte Wort haben dann etwa 170.000 Parteimitglieder.

Der Parteiausschuss will dieses Verfahren jetzt offenbar ändern und noch vor Beginn der Sommerpause den Fahrplan für die Neubesetzung der Parteiführung festlegen. Geplant ist, dass die Bewerber bis Ende Juli offiziell ihre Kandidatur erklären müssen. Auf dem Parteitag der Tories Ende September könnte es dann zum Finale zwischen den vier Kandidaten mit dem stärksten Rückhalt kommen.



Bloomberg, REUTERS (2)

Dabei könnte es zum Bruch zwischen Fraktion und Parteibasis kommen: Während die moderaten Tories in der neuen Unterhausfraktion vermutlich eine Mehrheit haben, neigt die Parteibasis traditionell eher nach rechts. Hinzu kommt, dass die frühere Mehrheitsführerin im Parlament, Penny Mordaunt, und der Ex-Verteidigungsminister Grant Shapps, die die Partei zusammenhalten könnten, ihre Unterhausitze verloren haben und deshalb für die Parteispitze ausfallen.

„Der ehemalige Innen- und Außenminister James Cleverly wäre vermutlich ein guter Übergangskandidat, der die Partei einigen kann“, mutmaßt Politikwissenschaftler Bale. Cleverly rief seine Partei zur Einigkeit auf und warnte mit Blick auf die Rechtspopulisten von Reform UK davor, den Wählern „einfache Lösungen“ anzubieten. Die Partei sei dann erfolgreich, wenn sie möglichst vielen Wählern ein breites Angebot mache.

Viel Gehör findet er mit seinem Appell nicht. Braverman vom rechten Parteiflügel sagte, die liberalen Tories hätten die Partei „in den Ruin getrieben“. Kommt es zu dem von ihr gewünschten Rechtsruck, räumt Bale der früheren Wirtschaftsministerin Badenoch allerdings bessere Chancen ein als der polarisierenden Braverman. Die frühere Innenministerin plädiert offen für ein Bündnis mit Farage. Die Parteimitglieder sind in dieser Frage gespalten: Etwa die Hälfte ist für ein Bündnis mit Reform UK, die andere Hälfte ist dagegen.

Farage selbst will davon nichts wissen: „Der Bürgerkrieg unter den Tories hat bereits begonnen, und es ist am besten, sie ihrem Schicksal zu überlassen“, sagte Farage mit offensichtlicher Schadenfreude.

Nach Meinung von Parteienforscher Bale spielt auch die Zeit eine wichtige Rolle in dem Richtungsstreit: „Je länger die Tories die Führungsfrage offenlassen, desto größer ist die Gefahr, dass Farage mit seiner rechten Agenda dieses politische Vakuum füllt.“

Gesundheitswesen

Patienten müssen sich auf Einschnitte bei Krankenhäusern einstellen

Gesundheitsminister Lauterbach wird die Gesundheitsversorgung fundamental verändern. Was auf die Patienten zukommt, zeigen erste Erkenntnisse aus Nordrhein-Westfalen.

Britta Rybicki Berlin

Karl Lauterbach (SPD) will die Krankenhauslandschaft von Grund auf reformieren. Zu viele leere Betten in den Kliniken, zu hohe Kosten und teils schlechte Behandlung machen aus Sicht des Bundesgesundheitsministers eine Reform unausweichlich. Doch viele Menschen machen sich Sorgen, ob es in ihrer Region in Zukunft noch eine ausreichende Klinikversorgung gibt. Kaum ein Thema treibe die Bürger derzeit mehr um als die Krankenhausreform, sagte etwa jüngst Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD).

Einen Anhaltspunkt, was Patienten bevorsteht, geben erste Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen. Dort hat die von Lauterbach geplante Reform schon vor sechs Jahren begonnen, NRW war also so etwas wie das Versuchslabor für den Bund. Vor wenigen Tagen hat NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) erste Zwischenergebnisse der Reform bekannt gegeben.

Danach wurden viele Leistungswünsche von Kliniken abgelehnt, was zu erheblichen Einschnitten in der Krankenhauslandschaft in NRW führt. Aus Sicht von Laumann sind solche Einschnitte aber zum Wohle der Patienten. Denn viele Grundversorger böten sehr spezielle Behandlungen an, für die ihnen eigentlich die Erfahrung fehle. Und auch wenn die Zahl der Anbieter spezieller Behandlungen reduziert würde, soll eine flächendeckende Grundversorgung weitestgehend erhalten bleiben, verspricht Laumann.

Derzeit rechnen Krankenhäuser jede Operation pauschal ab. Dabei sind manche Eingriffe lukrativer als andere. Das hat aus Sicht Lauterbachs in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass Kliniken Operationen oder Therapien durchführten, die finanziell besonders lukrativ waren, obwohl ihnen zum Teil die nötige Erfahrung fehlte, da sie nur wenige Fälle im Jahr behandelten.

Um die Situation zu verbessern und den Kostendruck zu verringern, erhalten die Krankenhäuser künftig eine sogenannte Vorhaltepauschale. Sie soll eine stabilere und besser planbare Finanzierung ermöglichen. Diese Pauschale ist abhängig von der Leistungsgruppe, der das Krankenhaus zugeordnet ist. Welcher Leistungsgruppe eine Klinik angehört, entscheidet das Bundesland. Dazu stellen die Krankenhäuser einen Antrag beim Land.

NRW praktiziert dieses Modell schon seit einiger Zeit. Ergebnis: Zwischen 60 und 70 Pro-

zent aller Anträge der Krankenhäuser seien zunächst vom Land abgelehnt worden.

Bei den lukrativen Hüft- und Knieoperationen etwa gibt es deutlich mehr Bewerbungen als Zusagen. Für Hüftoperationen haben sich rund 235 Kliniken beworben, nur 126 wurden zugelassen. Für Knieoperationen haben sich 212 Kliniken beworben, ebenfalls nur 126 wurden zugelassen.

Knie- und Hüftoperationen kommen wegen der Alterung der Gesellschaft immer häufiger vor. Das zeigen auch Zahlen aus einem Bericht des Endoprothesenregisters: Im vergangenen Jahr wurde in Deutschland ein Höchststand erreicht. Noch nie wurden so viele Knie- und Hüftgelenke neu eingesetzt oder nachjustiert wie im vergangenen Jahr. Christian Karagiannidis, Arzt und Mitglied einer Regierungskommission für die Krankenhausreform, sagt dazu: „Es ist wirklich nicht notwendig, dass so viele Einrichtungen die Operationen durchführen.“

Ein engmaschiges intensivmedizinisches Netz bleibe aber flächendeckend erhalten, versichert Laumann. So sollen die allgemeine Chirurgie und die innere Medizin in sehr vielen Krankenhäusern zur Grundversorgung gehören. Auch das dichte intensivmedizinische Netz will Laumann bewahren, um zum Beispiel Schlaganfall- und Herzinfarktpatienten schnell versorgen zu können.

Das spiegelt sich auch im Antragsverfahren wider: Nur 30 Prozent der Anträge wurden abgelehnt. Bei Kliniken, die Schlaganfallpatienten versorgen, waren es sogar nur 19 Prozent. Auch die Allgemein Chirurgie und die innere Medizin sollen in sehr vielen Krankenhäusern zur Grundversorgung gehören.

111 Krankenhäuser haben sich um die Genehmigung für Krebsbehandlungen der Bauchspeicheldrüse beworben, nur 43 von ihnen werden tatsächlich diese Leistung anbieten dürfen. Bei den Behandlungen für Eierstockkrebs wurden von 111 Anträgen 34 genehmigt. Auch bei Leberkrebs werden drei Viertel der Anträge nicht berücksichtigt.

Die Versorgung von Schwangeren bleibt dagegen weitgehend unverändert. In größeren und spezialisierten Kliniken wurden jedoch auch hier 18 Prozent der Anträge abgelehnt.

Insgesamt hat das Land NRW 64 Leistungsgruppen für Krankenhäuser definiert. Ganz abschließend lässt sich die Reform in NRW allerdings noch nicht beurteilen. „Wie ausgeprägt der Zentralisierungsprozess ist, werden wir Ende des Jahres sehen“, sagt Karagiannidis. Mehr könne man ohne eine ausführliche Analyse derzeit nicht sagen.



Karl Lauterbach: Der Gesundheitsminister will, dass sich Krankenhäuser spezialisieren.

235

Kliniken in NRW wollen lukrative Hüftoperationen anbieten, nur 126 dürfen es.

Quelle: NRW-Gesundheitsministerium

Julian Stratenschulte/dpa/dpa-tm, Bernd von Jutrczenka/dpa



Olympia 2024

Moskaus alternative Sportwelt

Als Alternative zu westlichen Wettkämpfen organisiert Moskau Sportwettbewerbe mit russlandfreundlichen Ländern wie Nordkorea – und folgt so der Außenpolitik.

Mareike Müller Moskau

Das Fußballstadion Moskowsch am Rand des Moskauer Zentrums ist gut besucht, die Stimmung ausgelassen. Doch spätestens in der zweiten Halbzeit zeichnet sich ab, dass die russische Frauen-Nationalmannschaft das gegnerische Team aus Nordkorea kaum einholen kann. Drei junge Männer im russischen Fanblock klatschen sogar für die Gäste – und machen sich bei ihren Landsleuten unbeliebt. Eine Frau dreht sich zu ihnen um, herrscht sie an, sie sollten die Plätze wechseln. Je näher der Abpfiff, desto größer die Anspannung einiger Besucher. Das Freundschaftsspiel der Nationalmannschaften der russischen und nordkoreanischen Frauentams Mitte Juli macht deutlich, wie sehr sich Russlands Sportwelt gewandelt hat: Ausgeschlossen von internationalen Wettkämpfen wie den Olympischen Spielen, versucht Moskau, eine alternative Sportwelt zu etablieren.

Ebenfalls international soll sie sein, sportlich natürlich anspruchsvoll. Aber kann das überhaupt gelingen – oder scheitert schon der Versuch?

Die Entwicklung verläuft parallel zu Russlands außenpolitischer Ausrichtung: Immer stärker isoliert von westlichen Staaten in Politik und Wirtschaft vertieft Moskau nun Partnerschaften mit Ländern Asiens und des Globalen Südens: Staatspräsident Wladimir Putin trifft feierlich auf Staatsoberhäupter aus Indien, China, Vietnam – und lädt die nicht-westlichen Partner direkt auch zum Sport ein.

So hat Russland in diesem Jahr den Vorsitz im BRICS-Staatenbund (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), im Juni dieses Jahres fanden passend dazu die sogenannten BRICS Games im

russischen Kazan statt. Teilnehmen durften Athletinnen und Athleten aus den Mitgliedstaaten. Erstmals fand das Event 2016 statt, Russland trug die insgesamt sechs Spiele aus.

Die Olympischen Spiele selbst, in Russland traditionell Garant für hohe Einschaltquoten, werden in diesem Jahr erstmals seit Jahrzehnten nicht übertragen. Das hat für die russische Führung den Vorteil, dass politische Symbole oder Proteste während einer Live-Übertragung gar nicht erst gezeigt werden können: So brach im April 2022 der Sportsender Match-TV die Übertragung des Bundesligaspiels Borussia Dortmund gegen RB Leipzig ab, weil Plakate gegen Russlands Krieg gegen die Ukraine im Stadion zu sehen waren.

Das Kalkül dahinter reicht aber weit tiefer, ist der Professor für Sportpolitik Jürgen Mittag überzeugt: „Sport stellt für Russland ein wichtiges Vehikel dar, um den Zusammenhalt in der Bevölkerung zu stärken. Und wenn das ausfällt, weil man bei vielen Sachen nicht mehr mitmachen darf, muss dieses Vakuum neu gefüllt werden“, erklärt er. Mittag ist Politikwissenschaftler und Historiker, er forscht an der Deutschen Sporthochschule Köln im Bereich Sportpolitik. „Deshalb reagiert Putin mit der Intensivierung von innerrussischen Wettkämpfen, aber auch mit einer Art internationaler Gegenbewegung“, erklärt er.

Der Sport diene dem Regime einerseits, um nach außen „Stärke und Legitimität des Staates“ zu betonen, so Mittag. Noch wichtiger sei aber die „Innenwirkung“, mit der dieses Narrativ an die eigene Bevölkerung herangetragen werde, so Mittag. Mit den Olympischen Winterspielen 2014 und der Fußball-WM 2018 konnte Putin zwei Großereignisse bereits gezielt nutzen, um den

Rückhalt zu stärken. Der Sport sei „in einer zunehmend fragmentierten Gesellschaft ein Vehikel, das die Menschen zusammenbringt“. Das wisse Putin für sich zu nutzen.

Beim Fußballspiel gegen Nordkorea zeigt sich das unter anderem in Form von nationalistischen Gesängen, die eine Gruppe männlicher Fans im Stadion grölt. „Nur Russen und nur der Sieg“, lautet eine ihrer Parolen frei übersetzt. Dabei nutzen sie einen Begriff, der eine ethnische Gruppe beschreibt und nicht die Staatsbürgerschaft. „Alsu ist Tatarin, das macht überhaupt keinen Sinn“, sagt eine junge Zuschauerin genervt zu ihrer Begleitung. Alsu Abdullina, die zuletzt für Chelsea spielte, ist eine der beliebtesten Spielerinnen im russischen Team.

Der Sport und die Unterstützung dafür folgen dementsprechend nicht nur außenpolitischen, sondern auch innenpolitischen Entwicklungen, beobachtet Mittag: „Als zum Beispiel 2018 die Präsidentschaftswahl anstand, haben die Vorbereitungen auf die WM mit Sicherheit auch dazu gedient, die eigene Legitimation zu stärken.“

Die Athleten, die nicht an Olympia teilnehmen werden, weil das Internationale Olympische Komitee (IOC) sie nicht zugelassen hat oder sie nicht bereit sind, unter neutraler Flagge zu starten, entschädigt der russische Staat finanziell – möglicherweise als Anreiz, die Option des IOC gar nicht erst zu erwägen. Die 15 Einzelsportler, die dennoch starten wollen – darunter der Tennisspieler und US-Open-Sieger von 2021, Daniil Medwedew –, werden in Russland daher als „Verräter“, „Truppe von Obdachlosen“ oder „ausländische Agenten“ beschimpft, teilweise auch von offizieller Seite. Kritik an ihrer Teilnahme kommt aber auch von westlichen Nichtregierungsorganisationen und aus der Ukraine.

Friendship-Games auf 2025 verlegt

Dennoch dürften für sie die von Russland ausgerichteten Großereignisse kaum eine Alternative zu den Olympischen Spielen darstellen.

Dass Russlands sportpolitische Pläne nicht so einfach umzusetzen sind, zeigt ein weiteres geplantes Großereignis, das kurzerhand verschoben wurde: Die „World Friendship Games“ hätten in Russland im September stattfinden sollen, nur kurz nach den Olympischen Spielen in Paris. Wie auch die BRICS-Spiele sind diese keine eigene Erfindung Moskaus, sondern eine Neuauflage eines Turniers, das 1984 von verschiedenen sozialistischen Staaten als Boykottveranstaltung gegen die Olympischen Spiele in Los Angeles initiiert wurde. Anfang des Monats verlegte Russland das Revival aber kurzerhand ins kommende Jahr, um unter anderem eine möglichst große Zahl von Athleten dafür zu gewinnen.

Bei den Friendship Games handelt es sich laut Mittag im Vergleich zu den BRICS-Spielen um „ein wirklich aufwendiges Großereignis“, an dem bis zu 5000 Sportlerinnen und Sportler teilnehmen könnten – das würde in etwa der Hälfte der Teilnehmerzahl bei Olympia entsprechen. Darin erkennt der Wissenschaftler „den Anspruch, eine Art Konkurrenz- oder Alternativprojekt auf die Beine zu stellen“. Die erfolgreiche Umsetzung werde aber schwierig: „Angesichts der Traditionslinien und der Ausmaße von Olympischen Spielen wird es aber wohl nicht gelingen, ein zweites Olympia auf die Beine zu stellen.“

Spätestens mit dem dritten Tor für Nordkorea ist das Spiel im Moskauer Stadion entschieden, so deutlich sind die Spielerinnen ihren russischen Gegnerinnen überlegen. Die Möglichkeit für eine Revanche für das 0:3 stand da schon fest: Drei Tage später traten die Teams noch einmal gegeneinander an – und gingen 0:0 auseinander.

”

Sport stellt für Russland ein wichtiges Vehikel dar, um den Zusammenhalt in der Bevölkerung zu stärken.

Jürgen Mittag
Professor für Sportpolitik

Stadion Moskowsch:

Hier fand am 12. Juli das Freundschaftsspiel der Frauen Russland gegen Nordkorea statt.



Mareike Müller



Marie-Agnes Strack-Zimmermann: Hat sich den Unmut der EVP-Mitstreiter zugezogen.



Off the Record Brussels

„Eurofighterin“ Strack-Zimmermann ist in Brüssel auf Bewährung

FDP-Politikerin soll Chefin des Verteidigungsausschusses werden. Mit dem Nein zu von der Leyen dient sie gleich als Feindbild.

Für gewöhnlich müssen sich neue Abgeordnete im Europaparlament erst beweisen, bevor sie zu Höherem berufen werden.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann hingegen bekommt schon in ihren ersten Tagen in Brüssel einen der begehrten Posten als Ausschussvorsitzende. Am Dienstag soll die FDP-Politikerin zur neuen Chefin des Verteidigungsausschusses gewählt werden.

Diese Position hatte sie bisher schon im deutschen Bundestag inne, an ihrer Kompetenz besteht also kein Zweifel. Die 66-Jährige ist eine ausgewiesene Sicherheitsexpertin und hat sich einen Namen durch ihre bedingungslose Unterstützung der Ukraine gemacht. Als „Eurofighterin“ zog sie in den Europawahlkampf.

Doch verpatzte Strack-Zimmermann vergangene Woche ihren Start im Europaparlament, als sie zusammen mit den anderen vier FDP-Abgeordneten gegen eine zweite Amtszeit für Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) stimmte.

Die Entscheidung überraschte, schließlich ist von der Leyen eine der entschiedensten Verbündeten des ukrainischen Präsidenten im Westen. Eine bessere Kommissionschefin könnte sich die designierte Vorsitzende des Verteidigungsausschusses nicht wünschen.

Das Nein der FDP dürfte für Strack-Zimmermann noch Konsequenzen haben. Ihre Wahl zur Ausschussvorsitzenden ist zwar nicht gefährdet, weil der Posten der liberalen Renew-Fraktion zusteht und die Renew-Führung unter der Französin Valerie Hayer bei der FDP im Wort steht. Aber dass Strack-Zimmermann als Newcomerin gleich zu Beginn gegen die Parlamentsetikette verstieß, wird nicht so schnell

vergessen werden. Die ersten Feinde hat sie sich gemacht.

Schließlich bilden die Liberalen zusammen mit Christdemokraten und Sozialdemokraten die Unterstützerplattform für von der Leyen. Während es im Europaparlament keinen Fraktionszwang gibt, ist eine öffentliche Ablehnung in einer solchen Situation doch ungewöhnlich – zumal die FDP damit riskierte, dass von der Leyen durchfallen und das die EU ins Führungschao stürzen würde.

Entsprechend empört sind von der Leyens Parteifreunde von der Europäischen Volkspartei (EVP). Seit Tagen wettern sie über die unzuverlässigen Gesellen der FDP. „Nur noch peinlich“ seien die deutschen Liberalen, sagte der CDU-Abgeordnete Daniel Caspary. Selbst CDU-Chef Friedrich Merz mischte sich ein. Im Deutschlandfunk attackierte er Strack-Zimmermann persönlich: Sie scheine sich „zum Fürsprecher dieser Methode zu machen, ständig gegen den Strich zu bürsten“.

Strack-Zimmermanns Rechtfertigung, dass von der Leyen sich nicht klar genug zu ihren Plänen für den Verbrennermotor und zu EU-Gemeinschaftsschulden geäußert hatte, wirkte vorgeschoben – auch, weil Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) am gleichen Tag die neue Technologieoffenheit der Kommission in der Verbrennerdebatte begrüßt hatte.

Noch skurriler war die Erklärung, dass von der Leyen dank der Grünen ohnehin gewählt würde und auf die FDP-Stimmen gar nicht angewiesen sei. Sie bestätigte das Vorurteil über die FDP: dass die Partei am liebsten Opposition macht, selbst wenn sie Teil eines Regierungsbündnisses ist.

Einen Fehler wollte Strack-Zimmermann jedoch nicht erkennen, stattdessen beklagte sie sich ihrerseits über die „unsachliche Zusammenarbeit“ der EVP. Auch warf sie von der Leyen eine „Respektlosigkeit besonderer Art“ vor, weil die Kommissionschefin nicht auf einen Brief mit Fragen geantwortet hatte, den die FDP eine Woche vor der Abstimmung an sie geschickt hatte.

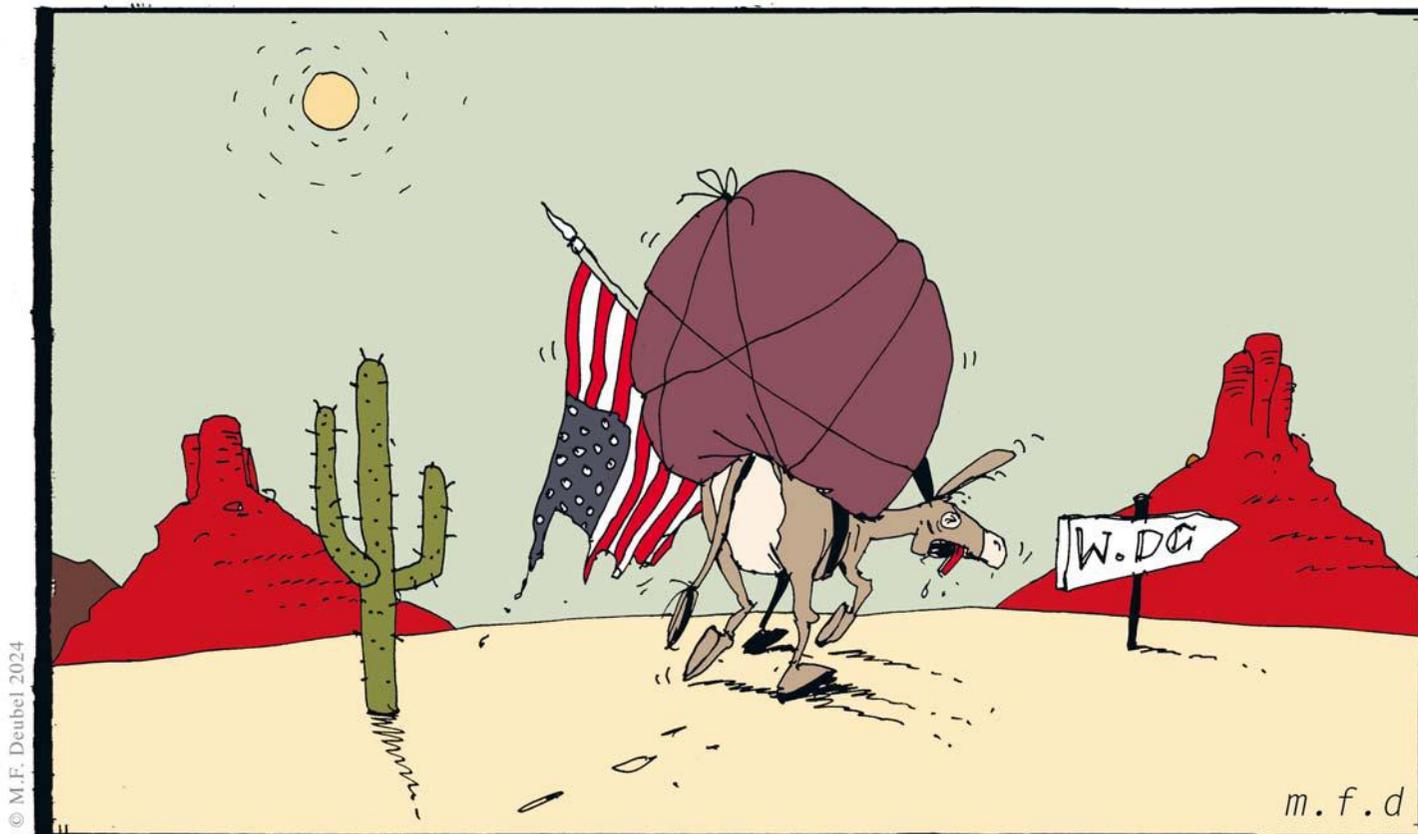
Mit ihrem ersten Akt als Parlamentarierin ist Strack-Zimmermann zumindest ihrem Image treu geblieben. Im Europawahlkampf hatte sie mit dem Slogan „Boah, die Alte nervt“ für sich geworben. Der Ausspruch wird dem Kanzlerberater Jens Plötner zugeschrieben und soll im vergangenen Jahr in interner Runde gefallen sein, nachdem Strack-Zimmermann mal wieder Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für dessen zögerlichen Ukrainekurs kritisiert hatte. Die Liberale hat das Zitat in ein Kompliment für sich umgedeutet.

Nach dem FDP-Alleingang von Straßburg wird Strack-Zimmermann nun mühsam Vertrauen wiedergewinnen müssen. Noch ist nicht klar, wie viel Macht sie künftig haben wird. Der Verteidigungsausschuss ist bislang nur ein Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses. Er soll im September zu einem eigenständigen Ausschuss aufgewertet werden, sobald feststeht, welche Kompetenzen der neue EU-Verteidigungskommissar haben wird.

Über das Aufgabenspektrum des neuen Rüstungskommissars entscheidet Ursula von der Leyen. Strack-Zimmermann hätte also ihren eigenen Machtzuwachs ausgerechnet der Person zu verdanken, deren zweite Amtszeit sie vergangene Woche noch verhindern wollte.



Der Autor **Carsten Volkery** ist Korrespondent in Brüssel. Sie erreichen ihn unter: volkery@handelsblatt.com



Joe Bidens Verzicht

Letzte Chance für einen Aufbruch

Der Rückzug des US-Präsidenten kommt spät, aber vielleicht nicht zu spät für die Demokraten.
Denn Trumps Republikaner überlassen ihnen die gesamte Mitte.

Es ist das fast zwangsläufige Ende einer Tragödie, die mit Würde wenig, mit amerikanischen Wahlkampfmechanismen dafür viel zu tun hat. US-Präsident Joe Biden blieb am Ende kaum eine Wahl, als auf seine Kandidatur für die Wahlen im November zu verzichten. Der Druck war zu groß. Innerhalb der vergangenen Wochen waren die demokratischen Parteigrößen vorsichtig auf Distanz gegangen, auch aus Respekt vor der Lebensleistung ihres Präsidenten. Dennoch waren ihre Signale unmissverständlich, auch Ex-Präsident Barack Obama legte Biden den Verzicht nahe. Denn zu viel steht für die Demokraten auf dem Spiel: Neben der Präsidentschaft geht es auch um die Mehrheiten im Kongress.

Die Überforderung und die Gebrechlichkeit des 81-jährigen Präsidenten waren zuletzt offensichtlich. Die Serie an Ausfällen seit der TV-Debatte mit seinem republikanischen Herausforderer Donald Trump konnte niemand mehr ignorieren. Ebenso wenig die Energie und Geschlossenheit, mit der die Republikaner nach ihrem Parteitag in Milwaukee in den Endspurt dieses so weltbedeutenden Wahlkampfes gehen. Dass es dann doch so quälend lange gedauert hat, bis sich Biden zu dieser Entscheidung durchringen konnte, mag in dem Pflichtgefühl gegenüber den Parteitage delegierten begründet gewesen sein, die im August in Chicago auf den Conventions für Biden stimmen sollten. In jedem Fall grenzte die Überzeugung, nur er könne Trump schlagen, an Hybris. Diesen Glauben hatte er am Ende für sich exklusiv.

Ob die Chancen für Vizepräsidentin Kamala Harris oder einen der anderen möglichen demokratischen Kandidaten wie Gavin Newsom oder Gretchen Whitmer nun wirklich entscheidend besser stehen als für Biden, weiß niemand. Die natürliche Nachfolge wäre die Vizepräsidentin. Sie agierte lange Zeit aber ebenso unauffällig wie glücklos. In den verbleibenden drei Monaten des Wahlkampfes müsste sie über sich selbst hinauswachsen. Ob sie das kann, ist die entscheidende Frage.



Jens Münchrath leitet das Meinungsressort. Sie erreichen ihn unter: muenchrath@handelsblatt.com

Aus Sicht der Demokraten bleibt die jetzige Operation ein Wagnis gigantischen Ausmaßes. Niemals in der jüngeren amerikanischen Geschichte wurde so kurz vor den Präsidentschaftswahlen ein Kandidat ausgewechselt. Niemals in der jüngeren Geschichte wurde jemand Kandidat, ohne die für das amerikanische Wahlsystem so typischen Strapazen und Reifeprüfungen der Vorwahlen durchgemacht zu haben. Dennoch ist eine neue Kandidatin oder ein neuer Kandidat wahrscheinlich die letzte Möglichkeit, so etwas Aufbruchstimmung zu erzeugen. Die Entscheidung muss daher schnell fallen, möglichst noch vor dem Parteitag Mitte August in Chicago. Die womöglich größte Chance: In ihrem schon fast religiös anmutenden Rausch geben sich die Republikaner so siegesgewiss, dass sie freimütig die Mitte komplett räumen. Denn Trump wählte mit J. D. Vance nicht etwa eine gemäßigte Ergänzung als Vize, sondern eine radikale, lediglich jüngere Kopie seiner selbst.

Dass es überhaupt so weit kommen konnte, haben sich die Demokraten selbst zuzuschreiben. Eigentlich wollte Biden nur eine Amtszeit regieren. Zweifel an seinem gesundheitlichen Zustand und seinen kognitiven Fähigkeiten hätten ihn darin bestärken sollen. Stattdessen haben weder Parteiführung noch Biden selbst es für notwendig erachtet, eine Nachfolge aufzubauen. Dieses Versäumnis wird auf Bidens politischem Erbe lasten. Das ist tragisch, denn seine Präsidentschaft war alles andere als

schlecht. Und seine Leistung steht im Gegensatz zu seinen katastrophalen Popularitätswerten. Biden hat sein Land gut durch die Coronapandemie gebracht. Außenpolitisch war er, was sein Krisenmanagement im Ukrainekrieg und im Nahostkonflikt angeht, vor allem für Europa ein unverzichtbarer Partner.

Zudem hat Biden so etwas wie eine wirtschaftspolitische Vision entwickelt. Sie fand ihren Ausdruck in Gesetzen wie dem weltweit beachteten Inflation Reduction Act. Diese Politik war zwar nicht unumstritten, erzeugte aber doch eine erstaunliche Aufbruchstimmung. Die amerikanische Volkswirtschaft als Ganzes steht heute wesentlich robuster da als die europäische und inzwischen auch die chinesische Konkurrenz.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger ist Biden ein redlicher Präsident. Kurz nach dem Attentat auf seinen Herausforderer rief er Trump an und entschuldigte sich für den Satz, den er zuvor im Wahlkampf geäußert hatte: „Wir müssen Trump ins Visier nehmen.“ So viel Anstand darf man von Donald Trump nicht erwarten. Die Kraft allerdings, es mit einem Kandidaten aufzunehmen, der sich selbst für einen Auserwählten hält und den seine Parteikollegen spätestens seit dem misslungenen Attentat auch so sehen, fehlt Biden. Ob die neue Kandidatin oder der neue Kandidat diese Kraft findet in der knappen Zeit, die dafür bleibt – davon hängt nicht nur die Zukunft der amerikanischen Demokratie ab, sondern auch ein Stück weit die des Westens.

Das Momentum liegt klar bei den Republikanern. Sie sind eine Partei, die Reflexion durch Personenkult, Kritikfähigkeit durch Huldigung und Rationalität durch Glaubenssätze ersetzt – und damit erstaunlichen Erfolg hat. Joe Biden hat in seinem langen politischen Leben viele Kämpfe geführt – und viele gewonnen. Der Kampf, den er nicht gewinnen konnte, war der gegen die Zeit. Den aber kann ebenso wenig Donald Trump gewinnen.

► Bericht Seite 4

Gen Z

Eigentor für Gabriel

Der frühere Vizekanzler beschimpft die junge Generation als faul. Eine Replik.

Pünktlich zu Beginn des Sommerlochs sind mal wieder wir jungen Leute schuld an allem. Zumindest daran, dass die Konjunktur stagniert, Unternehmen keine Fachkräfte mehr finden und überhaupt Deutschland im Abstieg begriffen ist. So klingt es beim ehemaligen Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD). Er verband jüngst Generationen-Bashing mit sozialistischer Ethik und schrieb auf der Plattform X: „Oben wie unten: leisten wollen immer weniger etwas. Nur über die oben lässt sich schwerer herziehen.“

Der 64-Jährige führte aus: „Wer wohlhabend ist, macht auf Kosten von Mama und Papa nach der Schule erst mal ein ‚Sabbatical‘ und danach eine Vier-Tage-Woche.“ Dahinter steckt kein Karrieretipp, sondern Gabriels Version von „O tempora, o mores!“ – seht her, wie Zeiten und Sitten verrohen.

Doch Gabriels Worte sind ein Eingeständnis, die Zeiten nicht mehr zu verstehen und die jungen Leute erst recht nicht.

An dieser Stelle daher ein kurzer Erklärungsversuch. Nicht alle jungen



Teresa Stiens ist Reporterin im Ressort Wochenende. Sie erreichen sie unter: stiens@handelsblatt.com

Leute sind faul. Nicht alle jungen Leute sind fleißig. Sie sind aber, wie alle Menschen, ein Produkt ihrer Umwelt und der Strukturen, in die sie hineinwachsen.

Es sind Strukturen, die Menschen wie Sigmar Gabriel mitgeschaffen haben. Strukturen, in denen er selbst für die paar Sitzungen seines Aufsichtsratsmandats mehr Vergütung erhält als die Vollzeit arbeitende Pflegekraft auf der Neugeborenenstation. Unter jungen Menschen hat sich eine große Skepsis gegenüber diesem System breitgemacht.

Viertagewoche oder Sabbatical sind auch ein Versuch, sich von diesem System nicht vereinnahmen zu lassen. Wer sich gerade nicht in Lohn-

arbeit befindet, liegt nicht unbedingt faul in der Hängematte. Wir nehmen uns die Zeit zu hinterfragen, welchen Sinn die Arbeit hat, die wir verrichten sollen, und nehmen dafür Lohn einbußen in Kauf.

Weniger arbeiten zu wollen mag auf den ersten Blick egoistisch erscheinen. Wir könnten aber auch der Generation Überstunde vorwerfen, ihr eigenes materielles Wohlergehen über das des Planeten gestellt zu haben. Blind gearbeitet zu haben, ohne sich zu fragen, welchen Mehrwert diese Arbeit der Gesellschaft eigentlich genau bringt.

All das könnte ich Gabriel und den Babyboomern vorwerfen. Tue ich aber nicht. Es läge mir fern, Lebensentscheidungen anderer Menschen zu kritisieren.

Trotzdem an dieser Stelle noch ein gut gemeinter Ratschlag. Lehrkräfte werden überall gebraucht. Sigmar Gabriel ist gelernter Gymnasiallehrer. Vielleicht könnte er seine Aufsichtsratsmandate niederlegen und sich stattdessen dem Schuldienst zur Verfügung stellen. Das wäre mal eine Leistung.

Außenansichten

Neue Zürcher Zeitung

Zum Rückzug von Joe Biden schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“:

Biden unterstützt nun seine Vizepräsidentin Kamala Harris als Nachfolgerin. (...) Aus rechtlichen und technischen Gründen ist es am einfachsten, wenn sie kandidiert. Ihr Name steht bereits auf dem Biden/Harris-Ticket, für welches Geldgeber bisher insgesamt 231 Millionen Dollar gespendet haben. (...) Doch trotz des „Endorsement“ von Joe Biden ist die Kandidatur von Kamala Harris nicht in Stein gemeißelt; Biden kann den von ihm freigelassenen Delegierten nicht vorschreiben, für wen sie am demokratischen Parteitag stimmen sollen. (...) Wenn es den Demokraten gelingt, eine valable Kandidatur in nützlicher Frist aufzustellen, dann werden die Karten in diesem Wahlkampf neu gemischt. Vor einem Monat sah es aus, als ob zwei alternative Erzfeinde nochmals gegeneinander antreten würden. Die Demokraten müssen nun, unfreiwillig, eine Alternative suchen. Insbesondere für die amerikanischen Wähler der jüngeren Generation sind das gute Nachrichten.

PRÁVO

Nach den IT-Ausfällen durch ein fehlerhaftes Update für eine Sicherheitssoftware schreibt die Zeitung „Pravo“ aus Tschechien:

Die IT-Ausfälle waren nicht das Ergebnis eines Cyberangriffs. Man muss sich nur vorstellen, was ein gut durchdachter Angriff eines zu allem entschlossenen Akteurs hätte anrichten können. Denn die IT-Systeme waren nicht einmal in der Lage, einem im Grunde zufälligen Softwarefehler standzuhalten. (...) Der britische Computerexperte Nigel Shadbolt meint, dass man die Widerstandsfähigkeit durch Diversifikation steigern könnte, indem man sich nicht von einem IT-System abhängig macht, sondern mehrere zur Verfügung hat. (...) Der große technische und wirtschaftliche Aufwand einer solchen Lösung dürfte ein Problem darstellen. Gibt es für einen solchen Schritt angesichts der starken Monopolisierung im IT-Bereich überhaupt eine Bereitschaft? (...) Eines ist jedenfalls sicher: Einmal mehr konnten wir uns davon überzeugen, wie zerbrechlich die digitale Welt ist. Ganz kann man sich auf sie nicht verlassen.



Die polnische „Rzeczpospolita“ sieht Anzeichen, dass Russland wie die angegriffene Ukraine zu Gesprächen bereit sein könnten:

Das Verhalten der ukrainischen Führung erklärt sich aus einer veränderten Stimmung am Dnipro. Schon 44 Prozent der Ukrainer denken, dass es Zeit ist für Verhandlungen mit Russland (35 Prozent sind dagegen, 21 Prozent haben keine Meinung). Nein, das heißt nicht, dass die Ukrainer kapitulieren (...). Es ist eher die Einsicht, dass die militärische und finanzielle Hilfe des Westens nicht ausreicht, um einen spektakulären Sieg auf dem Schlachtfeld zu erzielen. Niemand am Dnipro redet mehr von einer Offensive oder wenigstens von einem Halten der Positionen. Auch (Russlands Präsident Wladimir) Putin hat seine Rhetorik gegenüber der Ukraine verändert, und vieles deutet darauf hin, dass er nicht stark genug ist, die gesamte Ukraine zu besetzen. Er befürchtet eine Revolution, wenn er eine totale Mobilmachung verkündet. Seine Mittel sind nicht unbegrenzt, sonst müsste er Artilleriemunition nicht aus Nordkorea besorgen. All das zeigt, dass Friedensverhandlungen mit dem Kreml nur noch eine Frage der Zeit sind.

Varta

Gau für Kleinaktionäre

Der Kampf der Gläubiger mit Großaktionär und Investor Porsche beginnt erst.

Seit drei Jahren gibt es das Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz (StaRUG). „Das Ding ist als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet“, sagte Sanierungsexperte Hans-Joachim Ziems einmal im Gespräch mit dem Handelsblatt – bis er dessen Vorteile im Fall des Autozulieferers Leoni zu schätzen lernte. Ob das auch den Verantwortlichen beim Batteriehersteller Varta gelingen wird, ist noch offen.

Leoni soll als Blaupause dienen. Im Zuge des Verfahrens stellte der Großaktionär Stefan Pierer 120 Millionen Euro frisches Kapital zur Verfügung und übernahm einen Teil der Bankschulden. Die Gläubiger verzichteten auf rund 700 Millionen Euro. Die freien Aktionäre gingen wegen eines Kapitalschnitts komplett leer aus. Das StaRUG ermöglicht das.

Die Kleinanleger stehen auch jetzt bei Varta als Verlierer fest. Genau genommen waren sie das auch schon vorher. Denn sie haben auf den einstigen Börsenliebling gesetzt, als sich die Selbstüberschätzung im Erfolg schon abzeichnete.



Martin Buchenau ist Korrespondent in Stuttgart. Sie erreichen ihn unter: buchenau@handelsblatt.com

Keiner auf der Welt war vor zehn Jahren besser bei Knopfbatterien für Headsets und Hörgeräte als Varta. Der deutsche Hersteller war für Apple unverzichtbar. Das Unternehmen wurde mit Fördermillionen von Bund und Land überschüttet.

Als Apple Varta fallen ließ und günstigere Lieferanten bevorzugte, begannen die Probleme. Gleichzeitig wollte Varta Antriebsbatterien für Elektroautos auf den Markt bringen. Das war mehr als eine Nummer zu groß.

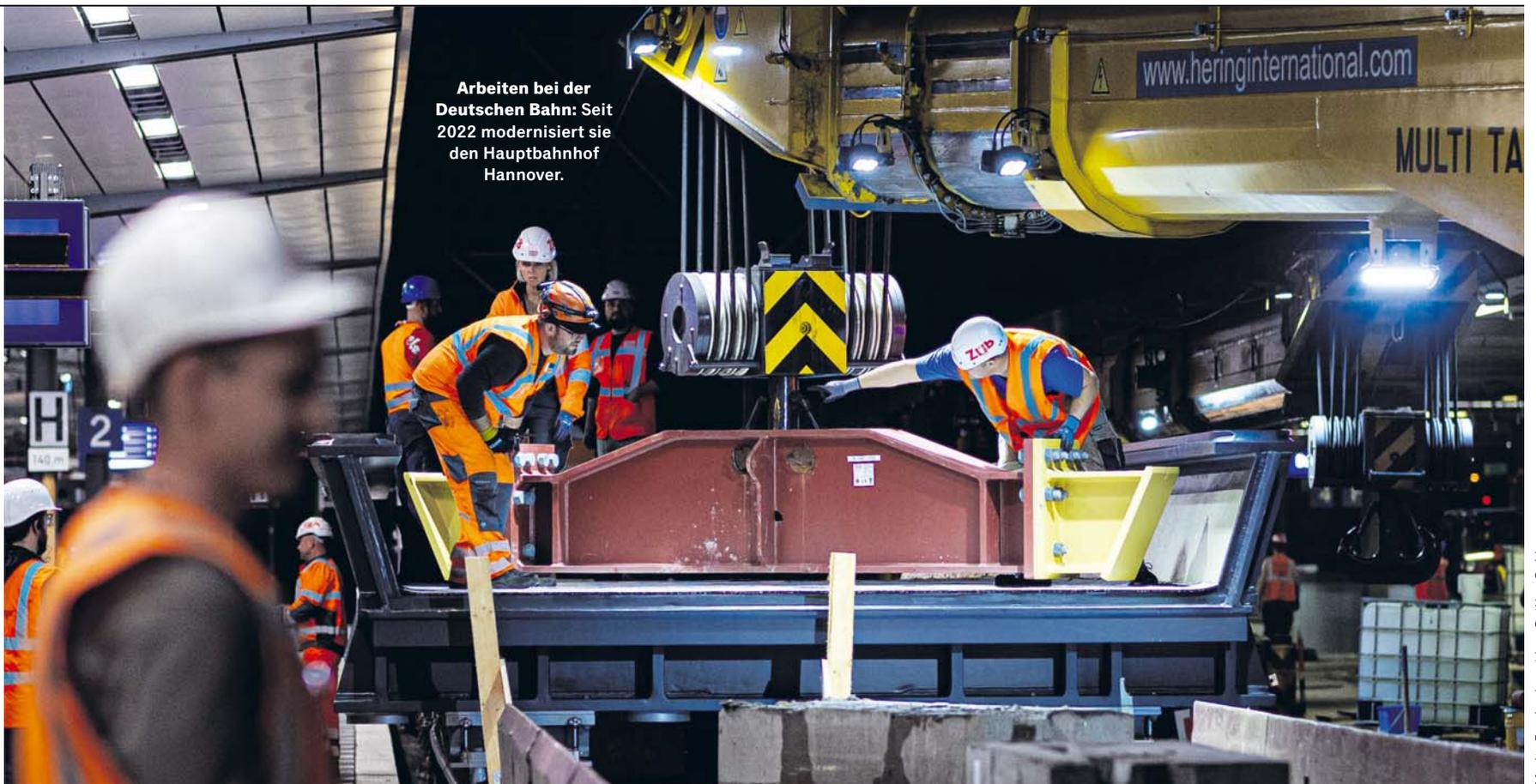
Dazu kommt mit Michael Tojner ein österreichischer Investor, der zwar seit 2007 bei Varta investiert ist, aber mit Börsengang und Anteilsverkäufen ein Vermögen ge-

macht hat und immer auch als Aufsichtsratschef eine eigene Agenda verfolgt. Vernünftige Kleinanleger lassen von so einer Konstellation die Finger.

Jetzt beginnt das große Hauen und Stechen zwischen Großaktionär Tojner und dem „Weißen Ritter“ Porsche auf der einen Seite und den Gläubigern auf der anderen. Wer investiert wie viel und wer verzichtet in welchem Maß auf sein verliehenes Geld? Beide Seiten sind aufeinander angewiesen. Verweigern sich die Gläubiger, geht Varta in die Insolvenz.

Varta hingegen braucht 75 Prozent Zustimmung der Gläubiger zum Sanierungsplan. Anders als bei Leoni sind die bislang nicht in Sicht. Vor allem die Banken wollen eine wie auch immer geartete Beteiligung an der dann neuen und entschuldeten Varta, um ihre Verluste eines Tages vielleicht wieder wettmachen zu können. Wie bei Leoni müssen viele hinter der Sanierung stehen. Aber anders als Leoni mit seinen Kabelbäumen ist Varta nicht systemrelevant für die Autoindustrie.

► Bericht Seite 19



Mortitz Frankenberg/dpa, GetYourGuide

Handelsblatt
— Gastkommentar —

Steuerrabatte für ausländische Fachkräfte sind besser als ihr Ruf

Es kann für deutsche Steuerzahler nur von größtem Interesse sein, dass sich qualifizierte Migranten für Deutschland entscheiden. Die Aussicht auf gutes Gehalt ist global das wichtigste Entscheidungskriterium. Von **Johannes Reck**

Die Ampelkoalition hat den Vorschlag unterbreitet, ausländischen Fachkräften temporäre steuerliche Anreize zu gewähren. Daraufhin folgten Tage der Entrüstung über die vermeintliche soziale Ungerechtigkeit gegenüber deutschen Steuerzahlern. Statt sich an der vermeintlich schlechten Idee der Steuerrabatte abzuarbeiten, sollten wir aber vielleicht besser den Kern der Debatte verstehen: Warum bleiben so viele offene Stellen für hochqualifizierte Fachkräfte in Deutschland unbesetzt?

Im Berliner Online-Reiseunternehmen Getyourguide, das ich mitgegründet habe, arbeiten heute knapp 1000 Mitarbeiter, die meisten in hochspezialisierten Berufen wie Softwareentwicklung, Data Science, Produktmanagement oder Design. Mehr als 90 Prozent dieser Fachkräfte stammt nicht aus Deutschland und mussten für Getyourguide nach Berlin ziehen. In unserem Büro trifft man auf einen bunten Mix von Menschen aus anderen Staaten der Europäischen Union (EU), Indien, Brasilien, dem Nahen Osten sowie den USA und dem Vereinigten Königreich. Diese Diversität ist eine Tugend, die aus der Not heraus geboren wurde: In Deutschland gibt es viel zu wenige Fachkräfte für Softwareunternehmen.

Der demografische Wandel und der enorme Digitalisierungsdruck auf unseren Staat, den Mittelstand und die Dax-Konzerne verschärfen den Engpass. Unser ohnehin überfordertes Bildungssystem kann diese Lücke bei Weitem nicht schließen. Es ist unstrittig, dass in der kommenden Dekade ein deutlicher Anstieg der qualifizierten Migration ein wichtiger Hebel zur Milderung des Problems sein wird. Ihrem schlechten Ruf zum Trotz hat

die Ampel begonnen, im Bereich der qualifizierten Migration unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Technologiezentren im Silicon Valley oder in London zu stärken. Der erste wichtige Schritt war die Reform der Mitarbeiterkapitalbeteiligungen, die es jungen deutschen Unternehmen ermöglicht, Aktien an ihre Mitarbeiter auszugeben und sie am Erfolg teilhaben zu lassen.

Auch das neue Einwanderungsgesetz ist ein wichtiger Meilenstein. Diesen eingeschlagenen Weg müssen wir mutig weiter beschreiten und unser Land attraktiv für die klügsten Köpfe machen. Mittelfristig gehören die Verbesserung unseres Schul- und Bildungssystems, mehr Kitaplätze, der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und die Schaffung von deutlich mehr Wohnraum in urbanen Ballungsgebieten dazu.

All diese Maßnahmen werden realistischere eher über einen Zeitraum von einer Dekade umsetzbar sein. Genau diese Zeit haben wir nicht mehr, um in Deutschland eine umfassende Wende zu mehr Wirtschaftswachstum hinzubekommen. Deshalb sollten wir kurzfristig die Migrationsprozesse entbürokratisieren und digitalisieren. Ebenso ist es sinnvoll, steuerliche Anreize für Fachkräfte zu bieten, um sie für deutsche Unternehmen zu gewinnen.

Diesen Vorschlag der Bundesregierung mit dem Argument der sozialen Gerechtigkeit zu torpedieren, ist kurzsichtig. Die Fachkräfte, die wir in Deutschland dringend brauchen, haben die Wahl, ob sie in San Francisco, London, Zürich oder Berlin arbeiten. Ihre Fähigkeiten und ihr Know-how sind international höchst gefragt.



Der Autor

Johannes Reck
ist Gründer und CEO von
Getyourguide.

Andere Länder bieten genau solche steuerlichen Anreize, während in Deutschland Fachkräfte größtenteils den Spitzensteuersatz zahlen und wichtige Beitragszahler in unserem Sozialsystem sind. Natürlich sind die Lohnaussichten nicht das einzige Kriterium bei der Standortwahl. Basierend auf meiner Erfahrung von Hunderten Gesprächen mit Fachkräften aus der Technologiebranche, ist und bleibt es jedoch das wichtigste Entscheidungskriterium. Deshalb ist es im höchsten Interesse des deutschen Steuerzahlers, dass qualifizierte Migranten sich für Deutschland entscheiden. Wir sollten ihnen den roten Teppich ausrollen, anstatt eine Neiddebatte anzuzetteln.

Dies führt zum Kern der Debatte: Was ist gerecht? Für mich ist eine starke Wirtschaft der Treibstoff im System der sozialen Gerechtigkeit. In Deutschland haben wir jahrzehntelang von der Substanz gelebt, einen großen Sozialstaat aufgebaut und kaum Unternehmertum und Innovation gefördert. Wenn wir jetzt nicht bereit sind, pragmatische Kompromisse einzugehen, um das Wirtschaftswachstum wieder in Schwung zu bringen, wird das Ergebnis nicht mehr soziale Gerechtigkeit, sondern eine immer größere soziale Spaltung sein.

Wir sollten die qualifizierte Migration als eine einzigartige Chance für Deutschland und Europa begreifen. Wenn wir es schaffen, die klügsten Köpfe der Welt von unserem liberalen und offenen Gesellschaftsmodell zu überzeugen und ihnen starke Anreize bieten, zu uns zu kommen, dann wird uns das helfen, aus der momentanen Stagnation herauszukommen und einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort aufzubauen.

Weil Fakten noch nie so wichtig waren.

Immer auf den Punkt informiert mit Deutschlands wichtigstem
Medium für Wirtschaft und Finanzen.

Jetzt informieren:
vorteil.handelsblatt.com/fakten



Oder nehmen Sie direkt Kontakt zu uns auf:
0211 887-1550, business-solutions@handelsblattgroup.com

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Lazar Backovic, Sabine Gusbeth
 Düsseldorf, Peking

Deutschlands größter Autohersteller Volkswagen hat am Montag neue Details zur Kooperation mit seinem chinesischen Partner Xpeng bekannt gegeben. Damit stellt er wichtige Weichen für die problembehaftete Software-Strategie des Dax-Konzerns.

Die beiden Autohersteller wollen bis 2026 zusammen eine neue Elektronikarchitektur entwickeln, die die bestehenden Betriebssysteme aller Elektroautos der Marke Volkswagen in China ablöst. Die neue Software soll auch in gemeinsamen Fahrzeugen von VW und Xpeng zum Einsatz kommen, deren Marktstart ab 2026 anvisiert ist.

Von der neuen Elektronikarchitektur verspreche man sich nicht nur, die eigene Wettbewerbsfähigkeit in China zu stärken, erklärte der zuständige China-Vorstand Ralf Brandstätter. Insgesamt will VW mithilfe der Xpeng-Kooperation ein Drittel der Entwicklungszeit und bis zu 40 Prozent der Kosten reduzieren.

Wie das Handelsblatt aus Konzernkreisen erfuhr, könnte das Vorgehen in ähnlicher Form mit anderen Partnern auch in der westlichen Hemisphäre Schule machen. „Der Xpeng-Deal ist eine Blaupause für die gesamte Softwarestrategie des Konzerns“, heißt es von einem hochrangigen Manager.

Um Tempo zu machen und den Anschluss zur Konkurrenz nicht zu verlieren, setzt Konzernchef Oliver Blume anders als sein Vorgänger Herbert Diess verstärkt auf Kooperationen. In China gehört neben Xpeng auch Horizon Robotics im Bereich des automatisierten Fahrens und Thundersoft für das Infotainment zu den derzeitigen Partnern. Im Westen hat der VW-Konzern kürzlich die Gründung eines Fünf-Milliarden-Dollar-Joint-Ventures mit dem US-Elektro-Pick-up-Hersteller Rivian angekündigt. Auch hier steht die Entwicklung einer gemeinsamen Elektronikarchitektur im Vordergrund.

Die neue Architektur für den chinesischen Markt wird im konzerneigenen Entwicklungszentrum in Hefei entwickelt. Angeführt wird das Projekt von VWs kriselnder Softwareeinheit Cariad. Volkswagen behält die Kontrolle über den Programmcode, kann aber gleichzeitig von Xpings Know-how in Sachen Software profitieren. Xpeng hat in dem Feld unter Chinas E-Autobauern einen guten Ruf.

Die Software der Fahrzeuge gilt als eine der größten Baustellen für den Konzernvorstand um CEO Blume. Bislang ist Cariad dafür zuständig, Software und Hardware von Lieferanten in die Betriebssysteme des VW-Konzerns zu integrieren. Weil es dabei in den vergangenen Jahren immer wieder Verzögerungen gegeben hatte, wurde der Produktionsstart strategisch wichtiger Autos wiederholt nach hinten verschoben. So sollte beispielsweise der elektrische Macan, den der Sportwagenbauer Porsche dieses Jahr auf den Markt gebracht hat, ursprünglich bereits Ende 2021 vorgestellt werden. Auch Audi musste den Marktstart seines in diesem Jahr präsentierten Elektro-SUV Q6 e-tron mehrmals verschieben.

VW-Rivian-Architektur soll in 36 Monaten fertig werden

Der Volkswagen-Konzern hat 700 Millionen Dollar in Xpeng investiert und hält 6,85 Prozent an dem Start-up. Beide Unternehmen entwickeln bereits eine Fahrzeugplattform für den chinesischen Markt, der Schritt jetzt vertieft die Partnerschaft. Xpeng und VW hatten bereits im April ein Betriebssystem für China ab 2026 in Aussicht gestellt, aber keine Details zu Technologie und Zuschnitt genannt.

Wie die Unternehmen nun erklärten, soll die neue Elektronikarchitektur namens „China Electronic Architecture“ (CEA) mit weniger Steuergeräten auskommen als aktuelle Elektro-



Autoindustrie

Volkswagen probt in China den Neustart

Die VW-Software gilt in China als schwer verkäuflich. Nun bekommen die ID-Modelle dort ab 2026 ein neues Betriebssystem – mithilfe des heimischen Partners Xpeng.

nikarchitekturen. Damit lassen sich künftig einfacher als bislang Updates drahtlos „over the air“ aufspielen. Zudem gelten die Architektur und Anwendungen als weniger fehleranfällig, wenn weniger Rechner verbaut sind.

VW arbeitet mit dem US-Partner Rivian an einer Software nach dem gleichen Prinzip. Konzernchef Blume hatte vor Investoren erste Fahrzeuge aus dem Deal für „Mitte der zweiten Hälfte des Jahrzehnts“ angekündigt. In Konzernkreisen ist von 36 Monaten für ein gemeinsames Betriebssystem die Rede.

Eines der Fahrzeuge, die als erste von der Software-Allianz mit Rivian profitieren sollen, ist demnach der Porsche-Siebensitzer mit dem Arbeitstitel „K1“, der frühestens ab 2027 in Leipzig vom Band laufen soll. Dieser steht technisch auf der in diesem Jahr gelaunchten Fahrzeugplattform PPE, auf der auch der E-Macan und der Q6 e-tron basieren. Später soll ein Upgrade der Rivian-Software auch in Autos der konzernweiten Einheitsplattform SSP laufen.

Allerdings hatte das Management nach Informationen des Handelsblatts aus Konzernkreisen zuletzt mehrere geplante Produktanläufe der SSP nach hinten geschoben. Zuerst hatte das „Manager Magazin“ darüber berichtet.

Volkswagens größte Märkte

Zahl der ausgelieferten Fahrzeuge des VW-Konzerns

| Region | Auslieferungen im ersten Halbjahr | | Änderung in Prozent |
|-------------------------------------|-----------------------------------|------------------|---------------------|
| | 2023 | 2024 | |
| Europa | 1.896.700 | 1.932.500 | ↗ +1,9 % |
| China | 1.451.900 | 1.345.100 | ↘ -7,4 % |
| Nordamerika | 458.700 | 495.200 | ↗ +7,9 % |
| Südamerika | 221.300 | 255.300 | ↗ +15,4 % |
| Afrika* | 172.400 | 175.400 | ↗ +1,7 % |
| Asien-Pazifik / Rest der Welt | 171.000 | 144.500 | ↘ -15,5 % |
| Gesamt | 4.372.000 | 4.348.000 | |
| Auslieferung von E-Autos nach China | 62.400 | 90.600 | ↗ +45,2 % |

HANDELSBLATT

*inkl. Naher Osten • Quelle: Unternehmen

Mit den neuen Elektronikarchitekturen will Volkswagen erste Schritte in Richtung eines softwaredefinierten Fahrzeugs gehen, bei dem der Programmcode und nicht mehr Motorisierung und Karosserie des Fahrzeugs am Anfang der Entwicklung stehen. Diesen Anspruch propagieren Autobauer weltweit schon seit Längerem, konnten ihn aber bislang nur ansatzweise in die Realität umsetzen.

Die Deals mit Xpeng in China und Rivian sind auch ein Teileingeständnis, dass die der-



ID.Unyx, VW-Konzernchef Blume: Der Marktanteil im wichtigsten Auslandsmarkt China ist geschrumpft.

zeitigen Softwarearchitekturen nur bedingt wettbewerbsfähig sind. „Ohne hohe Rabatte kriegen wir die Autos so in China nicht mehr verkauft“, heißt es von einem Manager.

Der VW-Konzern hatte auf seinem wichtigsten Absatzmarkt nach eigenen Angaben 1,35 Millionen Fahrzeuge an Kunden ausgeliefert, etwa sieben Prozent weniger als im Vorjahr. Bei den Elektroauto-Auslieferungen konnte der Konzern mit gut 90.000 Fahrzeugen zwar deutlich zulegen. Allerdings liegt der Konzern damit chinaweit bei reinen Elektroautos bei um die drei Prozent Marktanteil. Bereits 2023 hatte die Marke Volkswagen erstmals seit Jahrzehnten ihre Marktführerschaft in China verloren, die meisten Autos verkauft in China aktuell der lokale Hersteller BYD.

Um die Zeit bis zur nächsten Softwaregeneration zu überbrücken und Marktanteile zurückzugewinnen, hatte VW am Mittwoch in Hefei den Marktstart des ID.Unyx gefeiert. Dieser basiert allerdings noch nicht auf der neuen China-Plattform und hat auch noch die alte Elektronikarchitektur an Bord.

Nicht nur die Kernmarke VW kämpft in China mit Problemen. Der Absatz der Luxus-Tochter Porsche ist auf dem wichtigen Markt im ersten Halbjahr um ein Drittel eingebrochen. Unter chinesischen Händlern war angesichts des Absatzeinbruchs der Unmut über das Management gewachsen. Wie am Samstag bekannt wurde, tauscht der Konzern deshalb den China-Chef aus. Michael Kirsch soll durch den bisherigen Porsche-Deutschland-Chef Alexander Pollich ersetzt werden.

Volkswagen AG, Bloomberg

Martin Buchenau, Axel Höpner
Stuttgart, München

Der finanziell angeschlagene Batteriehersteller Varta will mit einem radikalen Schnitt seine hohe Verschuldung in den Griff bekommen. Das Unternehmen aus Ellwangen hat daher am Sonntagabend ein vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren angemeldet. Die fast 500 Millionen Euro schwere Schuldenlast müsse deutlich reduziert werden, dazu sei frisches Kapital von knapp 100 Millionen Euro nötig, sagte der als Sanierer an Bord geholt Vorstandschef Michael Ostermann.

Einer von zwei konkurrierenden Vorschlägen sei eine gemeinsame Kapitalspritze des bisherigen Großaktionärs Michael Tojner sowie des Sportwagenbauers und Varta-Kunden Porsche und weiterer Investoren. Der andere komme von den Gläubigern. Welche Lösung zum Tragen komme, sei noch offen, sagte Ostermann. „Am Ende ist mir wichtig, dass wir eine gute Lösung für Varta haben.“ Die bisherigen Aktionäre würden in beiden Fällen leer ausgehen.

Anleger reagierten mit einem Ausverkauf. Zum Handelsstart am Montag brachen die Aktien um fast 80 Prozent auf ein Rekordtief von 2,10 Euro ein. Freitag waren die Anteile der Aktionäre noch 440 Millionen Euro wert.

Wie kam es zu der Schiefelage?

Der traditionsreiche Konzern steckt seit Längerem in der Krise. Die Nachfrage nach kleinen Lithium-Ionen-Knopfzellen etwa für Kopfhörer schwankt stark, und die Nachfrage nach Energiespeichern für den Strom aus Solaranlagen war Unternehmensangaben zufolge zuletzt unerwartet „erheblich“ eingebrochen. Varta hatte sich bei den Knopfzellen komplett auf den Großkunden Apple etwa durch eine Werks-erweiterung ausgerichtet. Auch beim Einstieg in das Geschäft mit Antriebsbatterien für Autos hatte sich Varta mit einem Auftrag für Porsche übernommen.

Was ist ein StaRUG-Verfahren?

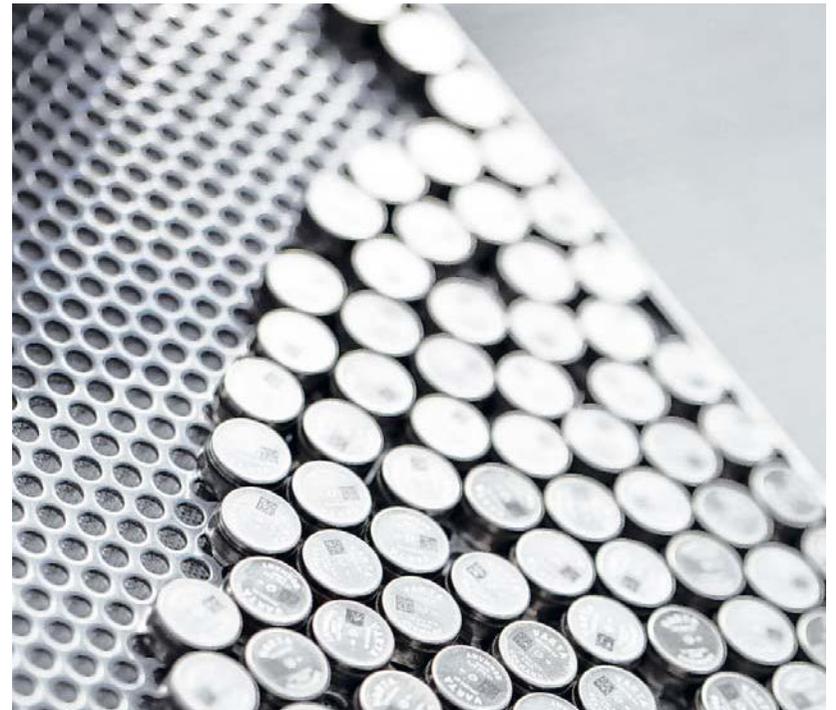
Das Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz (StaRUG) gibt es seit drei Jahren. Mit dem Verfahren soll verhindert werden, dass ein operativ lebensfähiges Unternehmen in die Pleite rutscht. Dabei kann der Widerstand einzelner Gläubiger, aber auch der Aktionäre ausgehebelt werden. Umstritten ist das Gesetz, weil die Aktionäre mit einem Totalverlust dastehen können.

Als Musterbeispiel sehen die Berater von Deloitte den Fall Leoni an: Für die Autoindustrie galt der angeschlagene Bordnetzspezialist als systemrelevant. Im Zuge des Verfahrens stellte Großaktionär Stefan Pierer 120 Millionen Euro frisches Kapital zur Verfügung und übernahm einen Teil der Bankschulden. Die Gläubiger verzich-

Batteriehersteller

Varta muss sich von Schulden befreien

Der angeschlagene Batteriehersteller kämpft ums Überleben. Derzeit liegen zwei Rettungspläne vor. Die Aktionäre dürften leer ausgehen.



Varta-Knopfzellen: Die Nachfrage nach Batterien des Unternehmens schwankt stark.

teten auf rund 700 Millionen Euro, freie Aktionäre gingen leer aus.

Was bedeutet das für Aktionäre und Gläubiger?

Die Varta-Aktionäre würden nach beiden Vorschlägen ihre Anteile verlieren. „Das ist ein Schlag gegen die Aktionärskultur“, sagte Daniela Bergdolt, Geschäftsführerin der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, dem Handelsblatt. Der Gesetzgeber müsse Schutzmaßnahmen zugunsten der Kleinanleger in das Verfahren einbauen.

Aber auch die Gläubiger müssen einen Großteil ihrer Gelder abschreiben. Bei einigen regt sich deshalb Widerstand. Die Möglichkeit, nach dem Kapitalschnitt weiter am Unternehmen beteiligt zu sein, bliebe dem bisherigen Mehrheitsaktionär Tojner und Porsche vorbehalten. Dies widerspreche einer fairen Gleichbehandlung, heißt es aus Gläubigerkreisen. Der Plan der Kreditgeber sieht daher vor, dass Schulden gegen Anteile an einer neuen Varta getauscht werden Ihre Vorschläge, die bereits seit einiger Zeit vorlägen, seien bisher nicht ausreichend gewürdigt worden, hieß es in den Kreisen.

Welche Rolle spielt Porsche?

Porsche soll der „weiße Ritter“ sein, also ein Investor, der Geld in ein angeschlagenes Unternehmen steckt. Der Sportwagenbauer steht für eine gewisse Finanzkraft und könnte andere Investoren motivieren, sich auch zu beteiligen. Noch laufen die Gespräche. Für die VW-Tochter geht es vor allem um die großen Lithium-Ionen-Batteriezellen, die im nächsten Porsche 911 GTS verwendet werden sollen. Porsche hatte bereits signalisiert, die Mehrheit an der Varta-Tochter V4Drive zu übernehmen, die Autobatterien bislang ausschließlich für Porsche herstellt.

Was sagt Großaktionär Tojner?

Michael Tojner hält rund 50 Prozent der Anteile an Varta und ist auch Aufsichtsratschef. Er sieht ein Sanierungsverfahren als einzige Möglichkeit, dem Unternehmen eine positive Perspektive zu geben. Wichtigstes Ziel sei es gewesen, die Schuldenlast zu reduzieren. Um neue Marktfelder zu erschließen und die laufende Geschäftstätigkeit zu stabilisieren, reiche die Versorgung des Unternehmens mit zusätzlichem Kapital nicht aus. „Diese Entscheidung ist mir harten Einschnitten verbunden – auch ich verliere im Zuge der nun gestarteten Sanierung den gesamten Aktienwert“, sagte Tojner.

Varta war für ihn allerdings lange ein gutes Geschäft. Seine Unternehmensgruppe, zu der auch noch die Aluflexpack AG und Montana Aerospace gehören, erzielte 2023 knapp zwei Milliarden Euro Umsatz.

Wie geht es bei Varta weiter?

Es dürfte ein hartes Ringen zwischen Tojner und Porsche einerseits sowie Banken und Hedgefonds andererseits geben. „Ich bin angetreten, Varta zu retten. Das ist mir eine Herzensangelegenheit“, erklärte Firmenchef Ostermann. Eine hohe zweistellige Milliardensumme sei die Voraussetzung dafür, dass Varta von den Gutachtern eine positive Fortführungsprognose bekomme. Diese wiederum sei die Basis, um eine Insolvenz zu vermeiden.

Tojner würde laut dem Plan gut die Hälfte beisteuern und damit die Mehrheit behalten, der Rest könnte von Porsche kommen. Damit wäre das Unternehmen bis 2027 durchfinanziert. Bis das Sanierungskonzept umgesetzt sei, werde es mindestens bis in die zweite Augushälfte dauern, erklärte Varta. Mit Agenturmaterial

Florian Kolf, Michael Scheppe Düsseldorf

Deutsche Unternehmen verschenken im digitalen Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen ein Umsatzpotenzial in Milliardenhöhe. So sind nach einer Studie der Unternehmensberatung Accenture, die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt, knapp 90 Prozent aller Websites nicht barrierefrei. Das heißt, sie sind für Menschen mit Behinderung nicht oder nur schlecht zugänglich.

„Wer seine digitalen Angebote nicht barrierefrei zugänglich macht, dem entgeht ein riesiges Kundenpotenzial“, mahnt Accenture-Beraterin Anke Lenz. Menschen mit Behinderung repräsentierten in der EU eine Kaufkraft von 2,3 Billionen Euro pro Jahr. Allein in Deutschland haben 12,4 Millionen Menschen eine Behinderung. Sie sind beispielsweise darauf angewiesen, dass sich ein Onlinebanking rein mit der Tastatur bedienen lässt oder dass sich im Webshop die Schriftgröße verändern lässt.

Zusätzlich drohen den Unternehmen bald empfindliche Strafen, wenn sie ihren digitalen Vertrieb nicht barrierefrei gestalten. In knapp einem Jahr tritt das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) in Kraft, das klare Mindeststandards vorschreibt, die auch überprüft werden. „Im schlimmsten Fall kann die Marktüberwachung eine Website sperren, wenn sie nicht barrierefrei ist“, warnt Inklusionsexpertin Lenz.

Bei einer Umfrage des Handelsblatts unter großen Handels-, Touristik und Finanzunternehmen räumten viele Konzerne ein, dass sie derzeit noch nicht die künftig vorgeschriebenen Standards erfüllen. Das gilt etwa für digitale Angebote von Media-Markt-Saturn, der Deutschen Bahn oder der Deutschen Bank.

Die Otto Group bezeichnet die Umsetzung als „sehr aufwendiges Mammutprojekt“, weil man eine so große Organisation erst einmal in die Lage versetzen müsse, Fehler und Barrieren auf den digitalen Angeboten zu erkennen – und dann zu beseitigen. Auch Zalando spricht von einem „komplexen Projekt“, an dem der Händler zusammen mit externen Beratern arbeitet.

Die Allianz teilt mit, sie arbeite „seit Längerem und mit Hochdruck daran“, die Homepage barrierefrei zu gestalten. Für die Unternehmen ist das Vorhaben mit hohen Kosten verbunden. So hat die Lufthansa für die Umstellung einen Millionenbetrag veranschlagt.

Nur ein Fünftel der Webshops ist zumindest teilweise barrierefrei

Ein Schlaglicht darauf, wie viel für die Unternehmen noch zu tun ist, wirft ein aktueller Test der Organisation „Aktion Mensch“ zusammen mit Google. Geschulte Tester haben dabei die 71 meistbesuchten Shopping-Portale auf Barrierefreiheit untersucht – mit teils ernüchternden Ergebnissen. So ist nur ein Fünftel der untersuchten Webshops zumindest in Teilen barrierefrei.

Eine große Hürde: Die meisten Seiten sind nicht vernünftig ausschließlich mit der Tastatur anstelle der Computermaus zu bedienen. Dies ist jedoch für viele Menschen mit Behinderung eine Grundvoraussetzung, um ein digitales Angebot nutzen zu können. Bei der Bedienung mit Tasta-



Mindeststandards für Barrierefreiheit

Viele Firmenwebsites könnten bald abgeschaltet werden

Alle Unternehmen sind bald gesetzlich verpflichtet, digitale Produkte für Menschen mit Behinderung einfach zugänglich zu machen. 90 Prozent bieten das bisher nicht. Ihnen drohen hohe Strafen. Laut Experten gehen zudem Milliardenumsätze verloren.

tur ist häufig nicht erkennbar, auf welchem Element der Seite sich der Nutzer gerade befindet. Auch eine falsche oder unlogische Tab-Reihenfolge macht es für Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen unmöglich, sich durch die Webshops zu navigieren. Sogenannte Screenreader, die blinden Menschen Webseiten vorlesen, sind dann nicht nutzbar.

Dabei sei es doch im eigenen Interesse der Anbieter, dies zu ändern, wundert sich Christina Marx von der „Aktion Mensch“. Sie nähmen nicht nur in Kauf, dass sie potenzielle Kunden

90

Prozent aller Websites sind für Menschen mit Behinderung nicht oder nur schlecht zugänglich.
Quelle: Accenture-Studie

ausschließen. „Von einem einfachen und komfortablen Zugang zu Websites profitieren alle“, betont sie.

Dazu kommt: Wenn eine Website barrierefrei ist, schneidet sie bei der Sichtbarkeit für Suchmaschinen deutlich besser ab.

Thomas Müller, Experte für Webdesign bei der Agentur Accenture Song, rät: „Unternehmen sollten besser heute als morgen eine Bestandsaufnahme machen, wo sie stehen.“ Ein Angebot barrierefrei zu machen, greife häufig tief in die Struktur der Website ein. „Das bedeutet einen Aufwand, den Unternehmen auf keinen Fall unterschätzen dürfen“, betont er.

Was Unternehmen droht, die die Vorgaben nicht einhalten, zeigt ein Blick in die USA. Dort ist Barrierefreiheit von Websites durch den „Americans with Disability Act“ schon lange Vorschrift – und Klagen von Betroffenen gehören entsprechend zum Alltag.

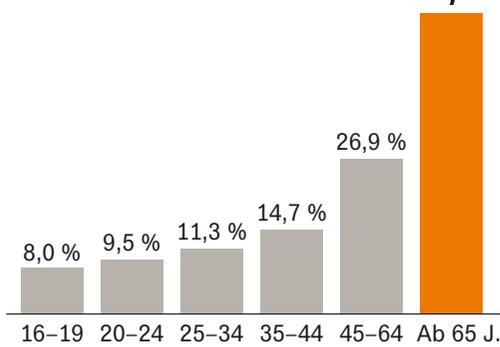
So musste beispielsweise der Supermarktbetreiber Target zwölf Millionen US-Dollar zahlen, weil seine Website für Behinderte nicht komplett zugänglich war. Auch Domino’s Pizza wurde von einem Blinden verklagt, weil er online keine Pizza ordern konnte. Insgesamt gab es in den USA im vergangenen Jahr nach einem Report von UsableNET, einem Anbieter der Unternehmen bei der Umsetzung dieses Themas unterstützt, über 4600 entsprechende Gerichtsverfahren – eine Verdopplung der Fälle seit 2018.

„Unternehmen sollten nicht darauf vertrauen, dass Verstöße nicht entdeckt werden“, warnt Beraterin Lenz. Denn nicht nur Betroffene, sondern auch Verbände und sogar Konkurrenten können

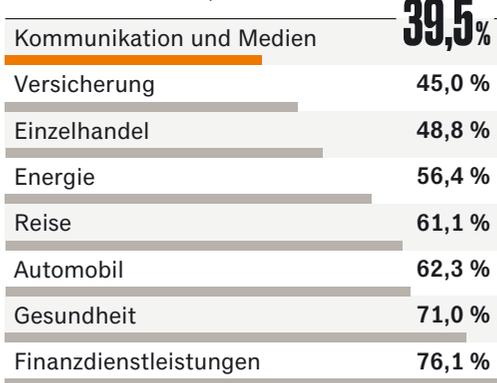
Steigendes Risiko im Alter

Menschen mit Behinderung in Europa in der jeweiligen Altersgruppe Anteil 2022 in Prozent

52,2 %



Barrierefreiheit: Zu wie viel Prozent die Unternehmen die Mindestanforderungen¹ erfüllen, nach Branchen



HANDELSBLATT • 1) Standard AA nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz; Durchschnittswerte • Quellen: Eurostat, Accenture



E+/Getty Images

Hilfe bei der Bestellung: Für Menschen mit Behinderung ist der Zugriff auf Webshops nicht immer gegeben.

in Deutschland künftig Beschwerden bei der Marktüberwachung einreichen.

Was für Unternehmen ab dem 28. Juni 2025 rechtlich vorgeschrieben ist, können sie in den international anerkannten Web Content Accessibility Guidelines (WCAG) nachlesen. Die dort präzisierende Konformitätsstufe AA ist der Mindeststandard, den das Gesetz vorschreibt. Eine extra dafür eingerichtete staatliche Marktüberwachung wird die Einhaltung prüfen.

„Große Probleme gibt es heute noch im visuellen Bereich, beispielsweise bei den verwendeten Schriften oder bei mangelnden Kontrasten“, sagt Webdesign-Experte Müller. Störend sind auch Werbebanner, die sich über wichtige Elemente legen und sich schwer wegklicken lassen. Genau an solchen Punkten arbeitet der Händler Zalando. In einer ersten Phase, die im Oktober abgeschlossen sein soll, soll der Webshop für Tastaturnavigation und Bildschirmlesegeräte zugänglich gemacht werden. Bis spätestens zum Sommer will der Modehändler weitere barrierefreie Funktionen einrichten wie besseren Farbkontrast, Dunkelmodus und anpassbare Schriften.

Die Deutsche Bahn hatte zunächst „konzernübergreifend alle Geschäftsfelder zum BFSG sensibilisiert“. Vergangenen Sommer hatte der Konzern eine interne Leitlinie zur Umsetzung herausgegeben. Die Otto Group hat die Phase der Bestandsaufnahme schon seit einiger Zeit hinter sich. Jetzt konzentriert sie sich vor allem darauf, ihre App barrierefrei zu gestalten, weil man darüber die meisten Kunden erreiche. Die Hamburger überarbeiten aber auch den Webshop Otto.de. Nach eigenen Angaben habe man derzeit 60 Prozent des Weges zurückgelegt. Der Händler gibt sich zuversichtlich, bis zum Stichtag die Anforderungen umgesetzt zu haben.

Lufthansa hat in einem ersten Schritt beteiligte Personen wie Entwickler, Designer und Texter aufgeklärt und geschult. Schon 2016 hatte der Konzern seine Website anpassen müssen, um Vorgaben des US-Verkehrsministeriums zu genügen. Die Airline überprüft gerade, inwieweit weitere Anpassungen nötig sind, um den „leicht abweichenden Anforderungen des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes“ gerecht zu werden.

Die Commerzbank setzt auch auf die Beratung von eigenen Mitarbeitern mit Einschränkungen, um die digitalen Angebote barrierefrei zu gestalten. „Das gibt uns die Möglichkeit, Prozesse immer wieder aus Sicht der Zielgruppe zu beleuchten“, erklärt eine Sprecherin.

Technische Umsetzung der Barrierefreiheit ist kompliziert und teuer

Nachdem das IT-Personal geschult und die Probleme identifiziert wurden, sind viele Konzerne gerade dabei, die Vorgaben technisch zu implementieren. Das ist für die meisten Unternehmen der schwierigste Teil. „Je mehr Vielfalt und Wildwuchs ein Unternehmen in seinen Systemen und Programmen hat, desto aufwendiger und teurer wird die Umstellung auf Barrierefreiheit“, sagt auch Webdesign-Experte Müller.

Rund 50 Prozent der Barrieren sind automatisiert aufspürbar, so seine Erfahrung. Sehr vieles aber muss händisch gemacht werden. So sieht der Touristikkonzern Tui den größten Einsatz „bei der Überarbeitung bestehender Funktionalitäten, da dies nur begrenzt automatisiert erfolgen kann“. Auch die Commerzbank spricht angesichts der vielfältigen Onlineangebote von „Anpassungen an vielen Schnittstellen“.

Ebenso liegt für die Allianz die größte Herausforderung in der technischen Umsetzung. Diese werde noch Zeit in Anspruch nehmen. Der Versicherer hat zunächst alle Grafiken und Texte auf seiner Homepage auf Barrierefreiheit überprüft. Das sei nun abgeschlossen. „Hinzu kommen im Anschluss die laufende Einhaltung der Vorgaben und die regelmäßige Prüfung.“

Tatsächlich müssen Unternehmen künftig immer wieder testen, ob neue Funktionen auf deren Websites und Apps auch barrierefrei sind. „Die Marktüberwachung wird regelmäßig Stichproben durchführen“, erklärt Inklusionsexpertin Lenz. „Die Unternehmen sind aber auch selbst verpflichtet, ihre eigene Website auf Barrierefreiheit zu testen und dies zu dokumentieren.“

”
Wer seine digitalen Angebote nicht barrierefrei zugänglich macht, dem entgeht ein riesiges Kundenpotenzial.

Anke Lenz
Accenture-Beraterin

Deutsche-Bank-Konzern Postbank baut 120 Filialen um

In neu gestalteten Filialen will die Postbank mehr Kunden für ihr digitales Angebot und mobiles Banking gewinnen.

Dennis Schwarz Frankfurt

Die Deutsche Bank will Kunden verstärkt von ihrem digitalen Angebot überzeugen: Das Institut baut 120 Standorte ihrer Tochter Postbank zu Beratungsfilialen um. Das teilte das Geldhaus am Montagmorgen mit. 50 von diesen Filialen sollen bis Ende des kommenden Jahres eröffnen, die erste davon startete am Montag in Neuss.

„Wir bieten den Kundinnen und Kunden der Postbank verschiedene Zugangswege zu unseren Leistungen und setzen dabei immer stärker auf digitale Angebote über unsere App und online“, sagte Dominik Hennen, der als Leiter Personal Banking das breite Privatkundengeschäft der Marken Deutsche Bank und Postbank führt. Die neuen Beratungsfilialen verknüpfen neue digitale Services mit dem persönlichen Bankgeschäft vor Ort.

In den neuen Beratungsfilialen setzt die Bank zu Digitaltrainern geschulte Mitarbeiter ein, die Kunden in der Filiale erklären, wie mobiles Banking gelingt. Außerdem wird ein zentraler Servicepoint die erste Anlaufstelle sein, wo die Kunden etwa Konten eröffnen oder auch Beratungstermine vereinbaren können.

Zudem will die Bank in neu eingerichteten Lounges ihren Kunden etwa Seminare anbieten, um die digitalen Angebote zu erklären. Alle Beratungsfilialen verfügen außerdem über einen Selbstbedienungsbereich.

Die Digitalisierung ist für die Postbank von großer Bedeutung, will sie doch die Zahl der Filialen bis Mitte 2026 von 550 auf 320 verringern. In 200 der verbleibenden Standorte werden auch Postdienstleistungen angeboten, 120 sind reine Bankfilialen.

„Der Weg zu mehr Digitalisierung ist zwar zweifellos richtig, kommt aber um Jahre zu spät“, kritisiert Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies in Frankfurt (CFSF). Die Konkurrenz aus Volks- und Raiffeisenbanken, Sparkassen und auch Neobanken sei schon deutlich digitaler, sagt er. Zudem hat Brühl Zweifel, dass es gelingen wird, klassische Filialkunden zu Online- oder Mobile-Banking-Kunden zu machen.

Für die neuen Beratungsfilialen sucht die Bank teilweise neue Standorte, teils werden auch bereits bestehende Filialen umgebaut. „Wir investieren

aber auch in die anderen 200 Standorte, in denen auch Postdienstleistungen angeboten werden“, sagte Hennen. „Auch diese werden künftig digitaler gemacht“, sagte er.

Hennen hat sich vorgenommen, die Digitalisierung in der Privatkundensparte voranzutreiben. So gibt es etwa bereits das digitale Tagesgeld, das in „fünf Klicks und sechs Sekunden“ abgeschlossen werden kann – so das Versprechen. Ein „hoher zweistelliger Prozentsatz“ der Kunden nutzt dieses Produkt nach eigenen Angaben bereits über einen digitalen Zugang. Zu den Angeboten zählt auch die digitale Signatur, die etwa in der Videoberatung genutzt werden kann, sowie das digitale Onboarding im Onlinebanking, das zuvor nur analog möglich war.

Nun kommt der Umbau zu Beratungsfilialen. „Es sind viele einzelne Leuchttürme auf dem Weg zu mehr Digitalisierung“, sagte Hennen. Der Umbau ist auch ein Kostenfaktor für das Institut. Insgesamt will die Deutsche Bank eine dreistellige Millionen-summe in die Privatkundensparte investieren. „Wir investieren massiv in unsere Postbank-App und das digitale Angebot“, sagte Hennen. „Und für den Umbau unserer Filialen stehen noch ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung“, sagte er.

Im vergangenen Monat hatte die Deutsche Bank angekündigt, bis 2025 elf vollständige Remote-Beratungszentren für die Postbank aufzubauen. In diesen ist Beratung ausschließlich per Video und Telefon möglich.

Um möglichst keine Kunden durch die anstehenden Filialschließungen zu verlieren, setzt die Bank auf Expertenteams. „Wir schicken bereits jetzt Taskforce-Teams in die Filialen, die künftig geschlossen werden“, sagte Hennen. Diese Teams bestünden aus fünf bis acht Mitarbeitern. „Zudem etablieren wir zeitnah digitale Coaches in den Filialen, die dann permanent vor Ort arbeiten werden“, sagte er.

Die digitalaffinen Mitarbeiter seien vor Ort, um die Kunden zu informieren. „Dabei bieten wir diesen grundsätzlich drei Möglichkeiten an: Den Umstieg auf Videoberatung über elf neue Videoberatungszentren, die wir derzeit aufbauen, wir zeigen dem Kunden unsere digitalen Angebote, oder er kann aber natürlich auch zur nächsten Postbank-Filiale wechseln“, sagte Hennen.

Postbank-Filiale in Frankfurt: Mitte 2026 sollen von 550 Zweigstellen noch 320 übrig sein, 120 davon als reine Bankfilialen.



IMAGO/Schöning

Flugzeugbau

So hilft Lufthansa Technik dem Krisen-Konzern Boeing

Wer die Kabine des Dreamliner umbauen wollte, musste bisher zu Boeing gehen. Künftig darf das auch die Lufthansa-Tochter machen. Die Modernisierung ist aber äußerst komplex.



Jens Koenen Frankfurt

Vieflieger kennen das Thema sehr gut. Auch bei intensiver Pflege nutzt sich das Innenleben eines Flugzeugs irgendwann ab. Mal versagt die Sitzverstellung, mal funktioniert die Bordunterhaltung nicht. Überhaupt kann eine Flugzeugkabine nach längerer Einsatzzeit veraltet wirken, etwa im Vergleich zur Konkurrenz. Dann ist es für die Fluggesellschaft an der Zeit, in ein modernes Kabinendesign zu investieren.

Künftig können zumindest die Fluggesellschaften, die die Boeing 787 (Dreamliner) einsetzen, diesen Umbau auch woanders als bei Boeing planen und durchführen lassen: bei Lufthansa Technik. Einen entsprechenden Vertrag haben Vertreter der Lufthansa-Tochter und von Boeing am Montag auf der Luftfahrtshow in Farnborough (Großbritannien) unterzeichnet. Lufthansa Technik ist damit das erste von Boeing lizenzierte Service Center – im Luftfahrtjargon BLSC genannt. Das klingt nach einer Selbstverständlichkeit, ist es aber nicht.

In der Regel haben die Hersteller wie Boeing die Hand auf einen solchen Umbau. Sie haben die Kabine vor der Erstausslieferung des Jets nach den Wünschen der Kunden eingebaut. Sie sind es auch, die das modernisierte Innenleben entwickeln. Auch wenn dabei weder die Flugzeugsteuerung noch die Antriebe angefasst werden, ist ein solcher Umbau ein tiefer Eingriff in das Flugzeug.

Wer bisher die 787er-Kabine verändern wollte, musste zu Boeing gehen, bestätigte Andrew Muirhead, Vice President of OEM and Special Engineering Services bei Lufthansa Technik, dem Handelsblatt. Der Flugzeugbauer übernehme in solchen Fällen das Engineering. „Erst danach konnten die Fluggesellschaften zu einem zugelassenen Betrieb gehen, der den Umbau vornimmt“, so Muirhead: „Lufthansa Technik übernimmt nun auch das Engineering. Das kann kein anderer. Denn man braucht dazu Zugang zu bestimmten Daten.“

Dass Boeing sich für den Lufthansa-Ableger als Partner entschied, hat einen Grund: Lufthansa Technik ist unter anderem ein Spezialist, wenn



es darum geht, Langstreckenflugzeuge an die Wünsche der zum Teil sehr anspruchsvollen, vermögenden Kunden anzupassen. „Wir haben viel Erfahrung mit solchen Umbauten durch unser VIP-Geschäft“, sagt Muirhead.

Diese Erfahrung ist wichtig, denn was ein wenig nach der simplen Renovierung einer Wohnung klingt, ist deutlich anspruchsvoller. Eine Kabinenmodernisierung sei nicht trivial, betont Muirhead: „Wenn neue Sitze eingebaut werden, muss man zum Beispiel auf die richtige Gewichtsverteilung achten. Ein neues Infotainment-System kann zum Beispiel ganz andere Anforderungen an die Bordelektrik stellen.“ Und mit dem Umbau ist es nicht getan. Da jedes Teil, was in ein Flugzeug eingebaut wird, zugelassen werden muss, übernimmt Lufthansa Technik auch die

“
Wir haben viel Erfahrung mit solchen Umbauten durch unser VIP-Geschäft.

Andrew Muirhead
Vice President of
OEM bei Lufthansa
Technik

Zertifizierung des modernisierten Jets. „Wir müssen dazu bestimmte Tests durchführen und Nachweise erstellen“, so Muirhead.

Lufthansa Technik wartet nicht nur Flugzeuge. Das Unternehmen arbeitet auch an neuen Technologien, etwa um die Jets nachhaltiger zu machen. Das Management hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Umsatz und Ergebnis sollen sich bis 2030 fast verdoppeln.

Zwar läuft das Kerngeschäft mit der Wartung von Verkehrsflugzeugen gut. Weil Boeing und Airbus wegen Engpässen in der Lieferkette derzeit Probleme haben, neue Jets fristgerecht zu übergeben, müssen viele Fluggesellschaften älteres Fluggerät länger als geplant in der Luft halten.

Das spiegelt sich in Zahlen von Lufthansa Technik wider. 2023 legte der Umsatz um 18 Prozent auf 6,5 Milliarden Euro zu. Bei einem bereinigten Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern von 628 Millionen Euro ergibt das die stattliche Ergebnismarge von 9,6 Prozent. Auch gehen Analysten von RBC Capital Markets oder der Bank of America davon aus, dass der Lieferengpass bei Airbus und Boeing noch mindestens zwei Jahre, wenn nicht sogar länger, andauern wird.

Doch um die ehrgeizigen Ziele zu erreichen, expandiert Lufthansa Technik auch in neue Geschäftsfelder. Unter anderen will das Unternehmen künftig auch militärisches Gerät warten. Die nun geschlossene Partnerschaft mit Boeing schafft zusätzliches Wachstumspotenzial.

Kabinenumbauten meist nach sieben Jahren

Über das Marktvolumen im Bereich der Kabinenmodernisierung gibt es keine öffentlich zugänglichen Daten. Doch Hinweise auf das Potenzial liefert das Orderbuch von Boeing. Danach wurden bisher 1132 Flugzeuge vom Typ Dreamliner an Kunden übergeben, die ersten davon sind seit 2011 im Einsatz. Weitere 786 Dreamliner sind bestellt. Unter anderem setzt Lufthansa seit Kurzem auf das moderne Langstreckenflugzeug.

„Unsere Erfahrung besagt, dass eine Kabine im Schnitt nach etwa sieben Jahren modernisiert wird“, sagte der Manager weiter: „Die Nachfrage ist groß, in der Pandemie haben viele Fluggesellschaften nicht in die Kabine investieren können.“ Gleichzeitig seien die Erwartungen des Marktes gestiegen. „Es gibt einen Markt für diese Umbauten. Der ist auch groß genug“, sagt Muirhead, ohne konkrete Zahlen zu nennen.

Die starke Nachfrage dürfte mit ein Grund sein, warum sich die Boeing-Führung dazu entschlossen hat, ein externes Unternehmen für solche Kabinenumbauten hinzuzuziehen. Der Airbus-Rivale hat mit massiven internen Problemen zu kämpfen. Schon länger gibt es immer wieder teils erhebliche Qualitätsmängel. Seit Anfang des Jahres beim Steigflug einer 737-9 Max ein komplettes Seitenpanel herausgerissen wurde, steht der Konzern unter strenger Aufsicht der US-Behörden.

Gleichzeitig haben US-Unternehmen in der Pandemie sehr schnell sehr viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entlassen. In den USA gibt es keine Kurzarbeit wie in Deutschland. Nun fehlt es an Personal, um die Produktion bei entsprechender Qualität sicherzustellen. Deshalb sind auch die Kapazitäten für die Modernisierung von Kabinen begrenzt.

Das Abkommen mit Lufthansa Technik hilft also auch Boeing. „Wir freuen uns, 787-Besitzern und -Betreibern zusätzliche Kapazitäten für Innenraummodifikationen anbieten zu können“, wird Doug Backhus, Vice President Modifications und Maintenance bei Boeing in einer Mitteilung von Lufthansa Technik zitiert.

Lufthansa Technik:
In Halle 7 in
Frankfurt (oben)
finden Arbeiten an
einer Boeing 747-8
Intercontinental
statt. Unten:
Reparatur an
einem Triebwerk in
Hamburg.

Lufthansa/Jean Brandes, dpa



Chipproduktion bei Onsemi: Das US-Unternehmen ist führend bei SiC-Chips.

IMAGO/CTK Photo

Halbleiter

US-Konzern Onsemi schnappt Infineon Auftrag für VW weg

Der Chiphersteller aus Arizona steckt Milliarden in ein neues Werk in Tschechien. Von dort bekommt VW Chips, die zwei Verbesserungen bringen sollen.

Joachim Hofer München

Zwei Milliarden Dollar investiert Hassane El-Khoury in den Bau eines Chipwerks in Tschechien. Das hat der Chef des amerikanischen Halbleiterherstellers Onsemi vor vier Wochen angekündigt. Jetzt wird klar, warum der Manager so viel Geld in Europa investiert: Onsemi ergatterte einen Großauftrag von Volkswagen. Das teilte Onsemi an diesem Montag mit.

Der Konzern aus Arizona soll VW mit Leistungshalbleitern für die nächste Generation der Elektroautos versorgen. Konkret: Onsemi sei „primärer Lieferant“ von Chips für sogenannte Traktionsumrichter. Diese Geräte sind für die Steuerung der elektrischen Energie zwischen der Batterie und dem Elektromotor verantwortlich.

Onsemi hat sich gegen den Dax-Konzern Infineon durchgesetzt, Deutschlands größten Chiphersteller und Weltmarktführer bei Autochips. Es geht um hohe Stückzahlen: Onsemi beliefert VW mit Halbleitern für die neue Einheitsplattform namens „Scalable Systems Platform“. Sie soll in allen Fahrzeugsegmenten des Konzerns zum Einsatz kommen.

Das System soll Ladezeiten von um die zwölf Minuten ermöglichen und das automatisierte Fahren auf Level vier beherrschen, die Vorstufe zum komplett autonomen Fahren, bei der ein Fahrzeug überwiegend selbstständig navigiert. VW-Markenchef Thomas Schäfer sagte im Juni: „Das ist unsere neue Architektur, mit der wir ab voraussichtlich 2028 planen.“ Bis dahin wird auch das neue Werk von Onsemi in Tschechien fertig sein.

Dass Onsemi die Ausschreibung gewann, liegt laut El-Khoury an der flexibel einsetzbaren Technologie des Konzerns. „Wir decken das komplette Spektrum ab, von den niedrigsten Leistungsklassen bis ganz oben“, sagte der Manager dem Handelsblatt. VW könne dieselbe Lösung vom Kleinwagen bis zur Luxuslimousine einbauen.

Onsemi ist wenig bekannt in Europa. Bei Leistungshalbleitern für die Stromversorgung ist das Unternehmen mit seinen rund 30.000 Beschäftigten aber einer der wichtigsten Konkurrenten von Infineon. Im Geschäft mit Stromsparchips aus dem innovativen Material Siliziumkarbid (SiC) liegt Onsemi vor den Münchenern. Auch bei dem VW-Auftrag geht es um SiC-Chips.

Pionier bei diesen Halbleitern war der Elektroautohersteller Tesla. Als dessen Lieferant ist Onsemi stark gewachsen. Die Analysten von Jefferies beurteilen das SiC-Geschäft so: „Die beiden größten Anbieter von SiC-Chips, Onsemi und STMicroelectronics, sind hauptsächlich bei Tesla engagiert, während der drittgrößte, Infineon, vor allem an Hyundai/Kia liefert.“ SiC-Chips ermöglichen längere Reichweiten von Elektroautos, sind aber teurer als die herkömmlichen Bauelemente aus Silizium.

Aus einer Präsentation für Analysten geht hervor, dass Onsemi die größten deutschen Autozulieferer beliefert, also Bosch, Continental und ZF. Darüber hinaus sind die Amerikaner mit ei-

nigen Autokonzernen direkt im Geschäft, darunter BMW, BYD, Hyundai/Kia, Mercedes und Nio.

Bei einem zügigen Start der Bauarbeiten in Tschechien würde Onsemi dem US-Rivalen Wolfspeed zuvorkommen. Die Firma hatte im Frühjahr 2023 den Bau eines SiC-Werks im Saarland verkündet. Partner bei dem mehr als zwei Milliarden Euro schweren Vorhaben ist ZF. Nach wie vor feilscht der Konzern aber mit der Bundesregierung um Fördergelder. Konzernchef Gregg Lowe hat einen schnellen Baubeginn jüngst ausgeschlossen.

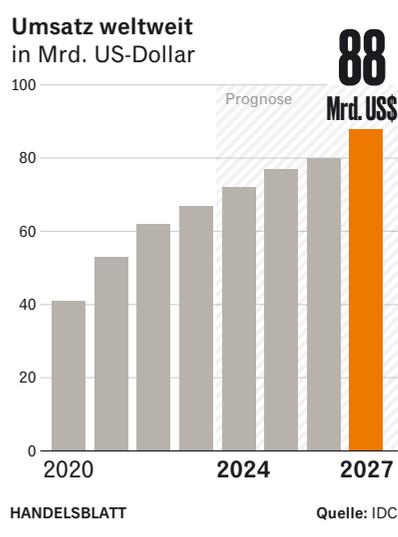
Im Gegensatz zu den meisten Konkurrenten will Onsemi in Tschechien die gesamte Wertschöpfungskette abdecken, von der Produktion der SiC-Scheiben, auf denen die Chips entstehen, bis hin zum Verpacken und Testen. Üblicherweise findet die Weiterverarbeitung in Asien statt.

Der Konzern rechnet dabei mit staatlicher Unterstützung in bislang nicht genannter Höhe. Üblich sind in der EU zwischen 20 und 50 Prozent der Investitionssumme, bei Onsemi wäre das also bis zu einer Milliarde Dollar.

Im ersten Quartal hat Onsemi einen Umsatz von knapp 1,9 Milliarden Dollar erzielt, rund fünf Prozent weniger als im Vorjahr. Der Gewinn ist um etwa ein Fünftel auf 453 Millionen Dollar (415 Millionen Euro) gesunken. Zum Vergleich: Konkurrent Infineon erzielte im selben Zeitraum fast doppelt so viel Umsatz. Unterm Strich blieben bei den Bayern aber lediglich 394 Millionen Euro übrig. Infineon ist also nicht annähernd so profitabel wie Onsemi.

Bis sich der neue VW-Auftrag in den Ergebnissen niederschlägt, werden allerdings noch einige Jahre vergehen. Zuletzt wurde bekannt, dass VW wegen Softwareproblemen bei seiner neuen Plattform den Start mehrerer Modelle verschieben muss. So soll etwa der Nachfolger des ID.4 nun 15 Monate später und damit frühestens 2029 auf den Markt kommen, der Elektro-SUV T-Sport nicht vor 2031.

Markt für Autochips



Fluggesellschaft

Gewinn von Ryanair bricht ein

Ticketpreise bei Europas größter Billigairline bleiben trotz hoher Nachfrage niedrig.

London. Eine Gewinnwarnung der irischen Fluggesellschaft Ryanair hat am Montag die Aktienkurse vieler Fluggesellschaften unter Druck gesetzt. Der Kurs von Ryanair sank im frühen Handel um mehr als 13 Prozent, die Notierungen der Rivalen Easyjet und Wizz Air gingen jeweils um etwa sechs Prozent zurück. Aber auch die Kurse der Muttergesellschaft von British Airways und von Lufthansa wurden nach unten gezogen.

Ryanair hatte einen Gewinneinbruch im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres um fast 50 Prozent auf 360 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr gemeldet. Analysten hatten mit einem Profit von knapp 540 Millionen Euro gerechnet. Der wesentliche Grund für den Einbruch war der Rückgang bei den Ticketpreisen, die in den drei Monaten bis Ende Juni durchschnittlich um 15 Prozent auf 49 Euro pro Passagier gefallen sind. Die Erlöse blieben mit 3,63 Milliarden Euro in etwa auf Vorjahresniveau.

„Das Preisumfeld verschlechtert sich weiter, während wir uns auf die Sommerspitze zubewegen“, sagte Konzernchef Michael O’Leary. Europas größter Billigflieger war bislang davon ausgegangen, dass die Flugpreise unverändert bleiben oder sogar leicht steigen würden. Jetzt rechnet Ryanair damit, dass die Ticketpreise in den Sommermonaten „wesentlich niedriger“ sein werden. „Wir haben in den letzten Wochen versucht, einige Billigangebote vom Markt zu nehmen



Bloomberg

Ryanair-Jet in Prag: Sinkende Ticketpreise führten zu einem Gewinnrückgang.

und die Preise für die Passagiere zu erhöhen, sind aber auf Widerstand gestoßen“, erklärte O’Leary.

Die Warnung von Ryanair verstärkt die Sorgen in der Luftfahrtbranche, dass die rapide Erholung nach dem Ende der Pandemie deutlich an Schwung verliert. „Wir erwarten ein erhebliches Abwärtsrisiko“, schrieb Gerald Khoo, Analyst beim Vermögensverwalter Liberum Capital.

Eine aggressivere Preisgestaltung des Marktführers werde wahrscheinlich negative Folgen für die anderen europäischen Fluggesellschaften haben. „Die Leute wollen raus, aber sie sind einfach ein bisschen vorsichtiger, wie sie ihr Geld ausgeben“, sagte Ryanair-Finanzvorstand Neil Sorahan.

T. Riecke

Frau Clark, haben Sie auch das Gefühl, mit Ihrer Arbeit niemals richtig fertig zu sein?

Oh ja, leider. Das können wir besonders bei Wissensarbeitern beobachten: Es gibt in der hybriden Welt keine klare Grenze mehr, an der Arbeit anfängt oder aufhört. Dazu kommt, dass die meisten Menschen sich vorstellen, andere wären gerade viel produktiver als sie selbst. Beispielsweise die Kollegin nebenan oder der Vorgesetzte. Jeder ist ständig im Glauben, hinter anderen zurückzufallen.

Gilt das für Manager und Mitarbeitende ohne Führungsaufgaben gleichermaßen?

Für Führungskräfte kann dieses Gefühl noch schlimmer sein. Menschen, die zum Manager aufgestiegen sind, sind in der Regel sehr ehrgeizig. Sie haben viel investiert, um in ihre Position zu kommen. Weil sie mehr zu verlieren haben als beispielsweise ein Berufsanfänger, nimmt es sie auch stärker mit, wenn sie das Gefühl haben: „Ich komme nicht hinterher.“ Außerdem haben Führungskräfte einfach mehr Aufgaben zu erledigen als die meisten anderen. Sie müssen oft fachlich arbeiten und noch dazu ihre Teammitglieder managen.

Und dann kommt auch noch die Transformation dazu.

Ja, der ständige Veränderungsdruck verstärkt den Stress. Die meisten Führungskräfte haben sowieso viele Aufgaben gleichzeitig. Bis vor ein paar Jahren waren das aber meistens Dinge, in denen sie Routine hatten. Jetzt müssen sie parallel zu ihrer hohen Arbeitsbelastung eine steile Lernkurve hinlegen. Es ist, als müsstest du für jede deiner Aufgaben erst eine Bedienungsanleitung lesen. Und ob das, was da drinsteht, morgen noch gilt, weißt du auch nicht. Transformation ist für die Psyche eine wahnsinnige Zusatzbelastung.

Bitte sagen Sie mir, dass Sie für all das eine Lösung parat haben.

Ein paar Tipps habe ich. In der Recherche für mein Buch habe ich mich gefragt: Wie schaffen wir es, in dieser schnelllebigen Arbeitswelt cool zu bleiben und erfolgreich zu sein? Meine Antwort ist: Wir müssen alle strategischer denken.

Was heißt das konkret?

Im Alltagsstress vergessen wir vieles, was langfristig wichtig für unsere Karriere wäre. Ein gutes Beispiel dafür ist das Netzwerken. Wer sich keine Zeit für regelmäßige Kontaktpflege freischaufelt, wird irgendwann dumm dastehen. Zum Beispiel, wenn er seinen Job verliert und kaum jemanden kennt, der ihm die Tür zu einer neuen Stelle öffnen könnte. Das Gleiche gilt für die Weiterbildung. Für manche wäre es hilfreich, sich im Umgang mit einer bestimmten Software schulen zu lassen. Andere täten gut daran, sich neue Führungsmethoden anzueignen oder ein Rhetorik-Training zu absolvieren. So ein Ass sollte jeder im Ärmel haben, wenn er sich beruflich mal umorientieren will – oder muss.

Aber statt uns weiterzubilden oder unser Netzwerk zu vergrößern, sind wir zu beschäftigt damit, E-Mails zu beantworten und Deadlines hinterherzuhecheln?

Ganz genau. Verstehen Sie mich nicht falsch, niemand kann zu einhundert Prozent langfristig-strategisch denken. Es wird immer Aufgaben geben, die Sie kurzfristig erledigen müssen. Aber die meisten Menschen machen es genau umgekehrt: Sie denken zu einhundert Prozent kurzfristig. Sie sind ständig unheimlich beschäftigt, hetzen von Meeting zu Meeting, von E-Mail zu E-Mail. Mein Appell lautet: Lasst uns versuchen, den Anteil der strategisch wichtigen Arbeit zumindest auf zehn oder zwanzig Prozent zu steigern.

Wie räume ich mir diese Zeit frei? Bei einer 40-Stunden-Woche müsste ich dann immerhin vier bis acht Stunden in strategische Aufgaben investieren.

Ja, den meisten fällt das erst mal wahnsinnig schwer. Sie denken dann an diese acht Stunden und sagen sich: „Oh Gott, wie soll ich das nur machen?“ Dabei reichen schon fünfzehn Minuten täglich.



Dorie Clark

„Sie müssen Ihren Kalender aggressiv beschützen“

Die Professorin für Executive Education von der Columbia Business School berät Konzerne wie Google und Microsoft. Im Interview verrät sie, wie Manager sich in der Transformation strategisch klug aufstellen.

Was kann man denn in fünfzehn Minuten Strategisches tun?

In den eigenen Kalender schauen zum Beispiel. Ich empfehle, das an jedem ersten Tag im Monat zu tun. Und dann misten Sie aus! Sie glauben gar nicht, wie viele sinnlose Meetings Sie finden werden. Termine, bei denen einfach jemand entschieden hat, dass man dafür zwei Stunden braucht, obwohl eine halbe reichen würde. Termine, bei denen Sie jemand nur nicht außen vor lassen wollte. Sie müssen Ihren Kalender vor so etwas aggressiv beschützen. Damit kaufen Sie sich Zeit zurück.

Was ist, wenn ich mir nicht sicher bin, welche Meetings wirklich wichtig sind und welche ich absagen kann?

Oft hat man da ein richtiges Bauchgefühl. Im Zweifel würde ich eine Mail an den Initiator des Meetings schreiben: „Hey, gibt es einen speziellen Grund, warum du mich im Meeting dabei haben willst? Welche Rolle spiele ich da genau?“ Oft ge-

”

Du musst erklären, erklären, erklären, warum du so handelst, wie du handelst. Jeff Bezos, der ehemalige Amazon-Chef, hat das vorbildlich gemacht.

nug wird dann eine Antwort kommen wie: „Ach, ich wollte dich nur auf dem Laufenden halten.“ Dann sagen Sie freundlich: „Nicht nötig.“

Wie nutze ich die gewonnene Zeit dann clever – im Sinne meiner eigenen strategischen Entwicklung?

Wenn klar ist, was Sie aussortieren können, kommt Frage zwei: Welchen Dingen muss ich nicht weniger, sondern mehr Zeit einräumen? Um das zu beantworten, müssen Sie wissen, wo Sie in fünf bis zehn Jahren stehen wollen. Nehmen wir an, wir hätten es mit einem Versicherungsvertreter zu tun, der sagt, er möchte in fünf Jahren Führungsverantwortung haben, weiter im Sales bleiben, aber gern in die Autobranche wechseln.

Was muss diese Person tun?

Vertriebserfahrung hat sie – das ist nicht das Problem. Aber sie braucht Kontakte in die Autobranche, muss also in diese Richtung netzwerken.

Vita

Die Professorin Dorie Clark ist Professorin für Executive Education an der Columbia Business School. In ihrer Rolle als Managementexpertin berät sie zum Beispiel Google, die Yale University oder die Weltbank. Als Gastprofessorin lehrt sie außerdem an der Fuqua School of Business der Duke University im US-Bundesstaat North Carolina. Sie ist Absolventin der Harvard Divinity School.

Die Autorin Vier Bücher hat Dorie Clark bisher veröffentlicht. Sie beschäftigt sich darin zum Beispiel mit der Frage, wie es gelingt, eine Marke aus der eigenen Person zu machen („Reinventing You“) oder strategisch an die eigene Karriere heranzugehen („The Long Game“). Clark schreibt regelmäßig Beiträge für die „Harvard Business Review“, ein renommiertes Management-Magazin.

Auch um Coachings könnte sie sich kümmern. Das sind konkrete Dinge, die dieser Mensch sofort angehen kann, um seinem langfristigen Ziel näher zu kommen.

Nehmen wir an, ich bin kein einfacher Vertreter, sondern Vorstand oder Geschäftsführer eines Unternehmens. Wie stelle ich sicher, dass ich möglichst strategisch denke?

Für Topmanager ist wichtig zu verstehen: Du kannst in so einer Position nicht einfach damit loslegen. Dafür gibt es viel zu viele Menschen, denen du Rechenschaft ablegen musst: der Belegschaft, den Aktionären, dem Aufsichtsrat. Sie alle wollen erst mal kurzfristigen Erfolg sehen. Wenn du als Topmanager zum Beispiel ein Investment tätigt, das sich nicht sofort auszahlt, sondern von dem du dir langfristig etwas versprichst, dann wird es um dich herum tönen: „Warum machst du uns nicht jetzt sofort profitabel?“ Von dieser Haltung musst du die Leute förmlich runterzwingen.

Wie geht das?

Du musst erklären, erklären, erklären, warum du so handelst, wie du handelst. Jeff Bezos, der ehemalige Amazon-Chef, hat das vorbildlich gemacht. In seinem allerersten Brief an die Amazon-Aktionäre schrieb er sinngemäß: „Hey, bitte erwartet nicht, dass wir bald schon profitabel sein werden. Wir reinvestieren jetzt erst mal, und zwar aus dem und dem Grund.“ Diesen ersten Brief hat er dann jedes Jahr wieder an seinen jeweils aktuellen Brief angehängt – als Erinnerungsstütze. Heute ist Amazon unheimlich erfolgreich. Ich glaube, das Erfolgsgeheimnis liegt auch in Bezos' Kommunikation.

Wie viele Leader gibt es, die diese Art der Kommunikation beherrschen?

Nicht viele. Aber nicht, weil sie nicht können, sondern, weil die meisten sich nicht trauen. Als Manager musst du wieder und wieder sagen: „Ich treffe jetzt Entscheidung X. Ich tue das, weil ich langfristig in die Zukunft des Unternehmens investieren will. Wir wollen damit eure Jobs erhalten, der Konkurrenz zuvorkommen, die Kunden zufriedener machen.“ Führungskräfte müssen diese Botschaft in die Köpfe hämmern.

Welche Fehler beobachten Sie bei Führungskräften in Transformationsprozessen?

Ganz oben auf der Fehlerliste steht die mangelhafte Kommunikation. Was mir noch auffällt: Viele vergessen völlig die interne Politik. Eine Transformation kann auf dem Papier noch so viel Sinn ergeben. Wenn es dabei aber bestimmten Gruppen an den Kragen geht, wenn sie zum Beispiel Mitarbeitern Entscheidungsbefugnisse wegnehmen, an die sie jahrelang gewöhnt waren – dann werden sie die Veränderung höchstwahrscheinlich blockieren.

Wie beugt man dem vor?

Bevor sie überhaupt anfangen zu transformieren, sollten Manager eine politische Analyse machen. Da müssen sie alle berücksichtigen, die von der Veränderung betroffen wären. Sie müssen viele intensive Gespräche führen mit den Leuten an der Basis. Topmanager sollten außerdem mit vielen untergeordneten Führungskräften sprechen. Die haben die wirklich wichtigen Einblicke, die Sie ganz oben niemals haben werden.

Besteht da nicht die Gefahr, dass ich mich zwischen lauter Befindlichkeiten und Bedürfnissen verkämpfe?

Klar. Sie müssen Ihre Kämpfe als Führungskraft weise wählen. Die Frage ist immer: Wie wichtig sind bestimmte Menschen für den Erfolg der Transformation? Auf manche sind Sie stärker angewiesen, auf andere weniger. Manchmal sagen Sie vielleicht: „Mit diesen Menschen aus Abteilung X kann ich es mir nicht verscherzen. Die sind so produktiv, effizient oder gut vernetzt, dass ich sie brauche, wenn meine Transformation glücken soll.“ Wenn solche Menschen gegen Ihre Pläne opponieren, kann es sinnvoll sein, als Führungskraft auch mal klein beizugeben.

Frau Clark, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Julia Beil.



Energiespeicher: Für Wind- und Sonnenergie müssen Speicher zur Verfügung stehen.

Energie

Sinkender Lithium-Preis befeuert Batterieboom

Der Markt für Stromspeicher kommt in Gang. Hersteller profitieren von hoher Nachfrage und niedrigen Rohstoffkosten.

Kathrin Witsch Düsseldorf

Nach sieben Jahren schreibt das Batteriespeicher Start-up Fluence zum ersten Mal schwarze Zahlen. „Der Markt läuft gerade so gut, dass wir unsere Marge im Vergleich zum Vorjahresquartal fast verdoppeln können und dieses Jahr das erste Mal ein positives Ebitda erwarten“, sagt CEO Julian Nebreda im Gespräch mit dem Handelsblatt.

Fluence ist ein Gemeinschaftsunternehmen des Münchener Elektrotechnikspezialisten Siemens und des nordamerikanischen Energiekonzerns AES. Es hat sich auf die Produktion von Großspeichern für das Stromnetz spezialisiert. Allein 2023 haben sich die Kosten für die Herstellung von Batterien um etwa 40 Prozent reduziert. „Das liegt vor allem an gesunkenen Rohstoffpreisen, besonders von Lithium“, erklärt Nebreda.

Dieser Rohstoff wird insbesondere für die Herstellung von Zellen für Lithium-Ionen-Batterien genutzt und macht einen großen Anteil der Herstellungskosten aus. Verwendet werden sie unter anderem für Elektroautos, in Smartphones und bei Netzspeichern. Noch vor einigen Monaten war Lithium knapp und teuer, getrieben wurde der Boom unter anderem durch die hohe Produktion von Elektroautos.

Weil die Nachfrage nach ihnen aber aktuell stark sinkt, geht auch der Preis des Rohstoffs zurück. Innerhalb von einem Jahr ist der Kurs für eine Tonne Lithium von über 75.000 US-Dollar auf 12.325 Dollar gesunken.

Im Stromsektor jedoch wächst die Nachfrage. Windkraft- und Solaranlagen produzieren auch dann Strom, wenn ihn gerade niemand braucht. Das unterscheidet sie etwa von Kohle- oder Atomkraftwerken, deren Produktion sich flexibel steuern lässt. Um das Netz bei einem zunehmendem Anteil der grünen Energien trotzdem stabil zu halten, braucht es daher große Speicher, die überflüssigen Strom kurzzeitig vorhalten können und ihn dann liefern, wenn es windstill ist und die Sonne nicht ausreichend scheint.

Auch für solche Großspeicher wird die Lithium-Ionen-Technologie eingesetzt. Alternativen sind Pumpspeicherkraftwerke und Redox-Flow-Batterien, die Energie mithilfe großer Flüssigkeitstanks speichern. Zudem gibt es die Power-to-X-Technologie, die überschüssigen Strom in Form von Gas zwischenspeichert und bei Bedarf zurück in Strom umwandelt und wieder ins Netz einspeist. „Es ist absolute Goldgräberstimmung im Batteriebereich“, beobachtet Till Stenzel, Partner bei dem europäischen Innovations-Investmentfonds Set Ventures.

Fast 16 Milliarden Euro erwirtschaftete die Speicherbranche im vergangenen Jahr in Deutschland. Im Vergleich zu 2022 war das ein Wachstum von 46 Prozent. Deutschlandweit dürfte der Großspeicher bis 2037 auf eine Leistung von rund 24 Gigawatt (GW) kommen. Das ergeben die Berechnung der Bundesnetzagentur.

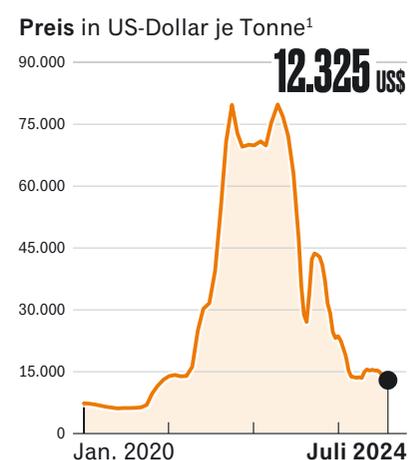
Gesetzliche Vorgaben, wie viele Batteriespeicher bis wann entstehen sollen, gibt es nicht. Erst im Dezember hatte die Bundesregierung eine Batteriestrategie veröffentlicht, die lange erwartet worden war. Dazu führte man nun Detailgespräche mit der Branche, hieß es aus der Bundesregierung.

Bislang habe sich „der Markt auch ohne viel Unterstützung aus der Politik entwickelt“, sagt Fluence-CEO Nebreda. Neben den USA und Australien sei die Bundesrepublik heute der Markt mit der größten Nachfrage und dem größten Wachstumspotenzial.

Einige Großprojekte in Deutschland sind aktuell in der Planung. So baut der ostdeutsche Stromproduzent Leag in der Lausitz einen Großspeicher mit einer Leistung von 750 Megawatt. Und die Betreiber der Stromübertragungsnetze arbeiten an mehreren der sogenannten „Netzbooster“-Projekte. Diese sollen sekundenschnell an- und ausgeschaltet werden können und so das Netz stabilisieren und als Sicherheitspuffer dienen können.

Die deutlich steigende Nachfrage nach Stromspeichern sorgt auch für einen härteren Wettbewerb. Aber die Anlagen seien so sehr standardisiert, dass die Firmen kaum Differenzierungsmöglichkeiten haben, sagt Investmentexperte Stenzel. Auch in der europäischen Speicherbranche haben sich günstigere Anbieter aus China längst einen Namen gemacht.

Lithiumcarbonat



¹⁾ Batteriequalität; Stand: 10. Juli 2024
HANDELSBLATT Quelle: Bloomberg

MANAGEMENT SUMMER SCHOOL

Die Management Summer School

Idee „Wie führe ich richtig in der Transformation?“: Diese Frage beantwortet die Handelsblatt-Redaktion im Rahmen ihrer Management Summer School. Der Themenschwerpunkt richtet sich an Führungskräfte, die den Change-Prozess nicht nur überstehen, sondern mitgestalten wollen.

Protagonisten Das Handelsblatt spricht dazu mit Vorständen, Aufsichtsräten, Beraterinnen, Business Coaches, Forscherinnen und vielen weiteren Größen aus dem Managementbereich. Was sie empfehlen, wovon sie abraten und welche Trends sie beobachten, erfahren Sie in unseren Artikeln, Podcasts und Videoformaten.

Übersicht Alle Artikel, Serien, Podcasts und Videos finden Sie auch auf unserer Übersichtsseite zur Management Summer School unter www.handelsblatt.com/mss

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Redaktion

Chefredakteur: Sebastian Matthes
Stv. d. Chefredakteurs: Peter Brors, Kirsten Ludowig
Mitglied der Chefredaktion: Charlotte Haunhorst
 (Head of Digital)

Textchef: Christian Rickens (Morning Briefing)**Wochenende & Report:** Sven Prange**Kommentarchef:** Dr. Jens Münchrath**Podcast, Live & Video:** Kevin Knitterscheidt**Chefökonom:** Prof. Dr. Bert Rürup

Ressortleiter: Thomas Sigmund (Politik),
 Jürgen Flauger, Ina Karabasz (Unternehmen),
 Michael Maisch (Finanzen), Nicole Bastian (Ausland),
 Sönke Iwersen, Martin Murphy (Investigative Recherche),
 Tobias Böhnke (Performance Desk)

Chefs vom Dienst: Stefan Kaufmann (Leitung),
 Tobias Döring, Andreas Dörnfelder, Tom Körkemeier,
 Marc Renner,
 Claus Baumann, Claudia Panster (Redigatur),
 Daniel Klager (Ltg. News),
 Susanne Wesch (Ltg. Print), Anja Holtschneider

Art Direction: Michel Becker, Ralf Peter Paßmann

International Correspondents:
 Torsten Riecke

Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die
 jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die
 Chefredaktion.

Handelsblatt Research Institute

Tel.: 0211 - 887-0, Telefax: 0211 - 887-97-0,
 E-Mail: info@handelsblatt-research.com
 Dr. Jan Kleibrink (Managing Director)

Verlag

Handelsblatt GmbH

(Verleger im Sinne des Presserechts).

Geschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitz),
 Sebastian Christensen

**Verantwortlich für Herstellung
 und Anzeigen:** Christian Wiele

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.
 Anschrift von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung:
 Toulouse Allee 27, D-40211 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887-0
 Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte
 Manuskripte, Unterlagen und Fotos.
 Axel Springer SE, Offsetdruckerei Kettwig,
 Im Teelbruch 100, 45219 Essen; Pressedruck Potsdam GmbH,
 Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam;
 Süddeutscher Verlag Zeitungsdruk GmbH,
 Zamdorfer St. 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf:

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, www.tagesspiegel.de

Kundenservice:

Postfach 103345, 40024 Düsseldorf, Telefon: 0211 887 3602,
 Aus dem Ausland: 0049 211 887 3602
 E-Mail: kundenservice@handelsblatt.com
 Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung
 übermittelt an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH
 & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main.

Anzeigen:

Anzeigenverkauf Handelsblatt

Tel.: 0211 - 887-0, Fax: 0211 - 887-33 59
 E-Mail: info@iqm.de; Internet: www.iqm.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt.com

Tel.: 0211 - 887-26 26, Fax: 0211 - 887-97 26 56
 E-Mail: info@iqdigital.de; Internet: www.iqdigital.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt Personalanzeigen

Tel.: 040 - 3280-5800
 E-Mail: angelika.brandenstein-wendt@zeit.de
 Internet: https://talent.zeit.de/

Anzeigendisposition Handelsblatt

Tel.: 0211 - 887-26 60, Fax: 0211 - 887-97 26 60
 E-Mail: dispo.hb@iqm.de

Redaktion:

Telefax: 0211 - 887-97 12 40

E-Mail: handelsblatt@vhb.de

Politik

Tel.: 030 - 61 68 61 92, Fax: 0211 - 887-97 80 27

E-Mail: hb_berlin@vhb.de

Unternehmen

Tel.: 0211 - 8 87 13 65, Fax: 0211 - 887-97 12 40

E-Mail: hb_um@vhb.de

Finanzen

Tel.: 069 - 2424 4002, Fax: 0211 - 887-97 41 90

E-Mail: hb_fz@vhb.de

Handelsblatt Veranstaltungen

Tel.: 0211 - 887 0, Fax: 0211 - 887 43-40 00

E-Mail: info@euroforum.com

www.handelsblatt.com/veranstaltungen

Das Handelsblatt wird ganz oder in Teilen im Print und digital
 vertrieben. Alle Rechte vorbehalten.
 Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung
 des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses
 Verbot fällt insbesondere auch die Vervielfältigung per Kopie,
 die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die
 Vervielfältigung auf CD-ROM.

Nutzungsrechte:

Telefon: 0211 - 2054-4640 (Dieser Service steht Ihnen

Mo-Fr zu den üblichen Bürozeiten zur Verfügung) E-Mail:

nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Sonderdrucke:

Tel.: 0211 - 887-1748, Fax: 0211 - 887-97-1748

E-Mail: sonderdrucke@vhb.de

Bezugspreise Inland und EU:

Monatlich € 69,90 (Inland inkl. € 4,57 MwSt./EU zzgl. der

jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis: € 839,- (Inland inkl. €

54,89 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).

Vorzugspreis für Studenten (gegen Vorlage einer gültigen

Bescheinigung): Monatlich € 34,95 (Inland inkl. € 2,29 MwSt./

EU zzgl. der jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis € 419,-

(Inland inkl. € 27,41 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).

Lieferung jeweils frei Haus.

Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage.

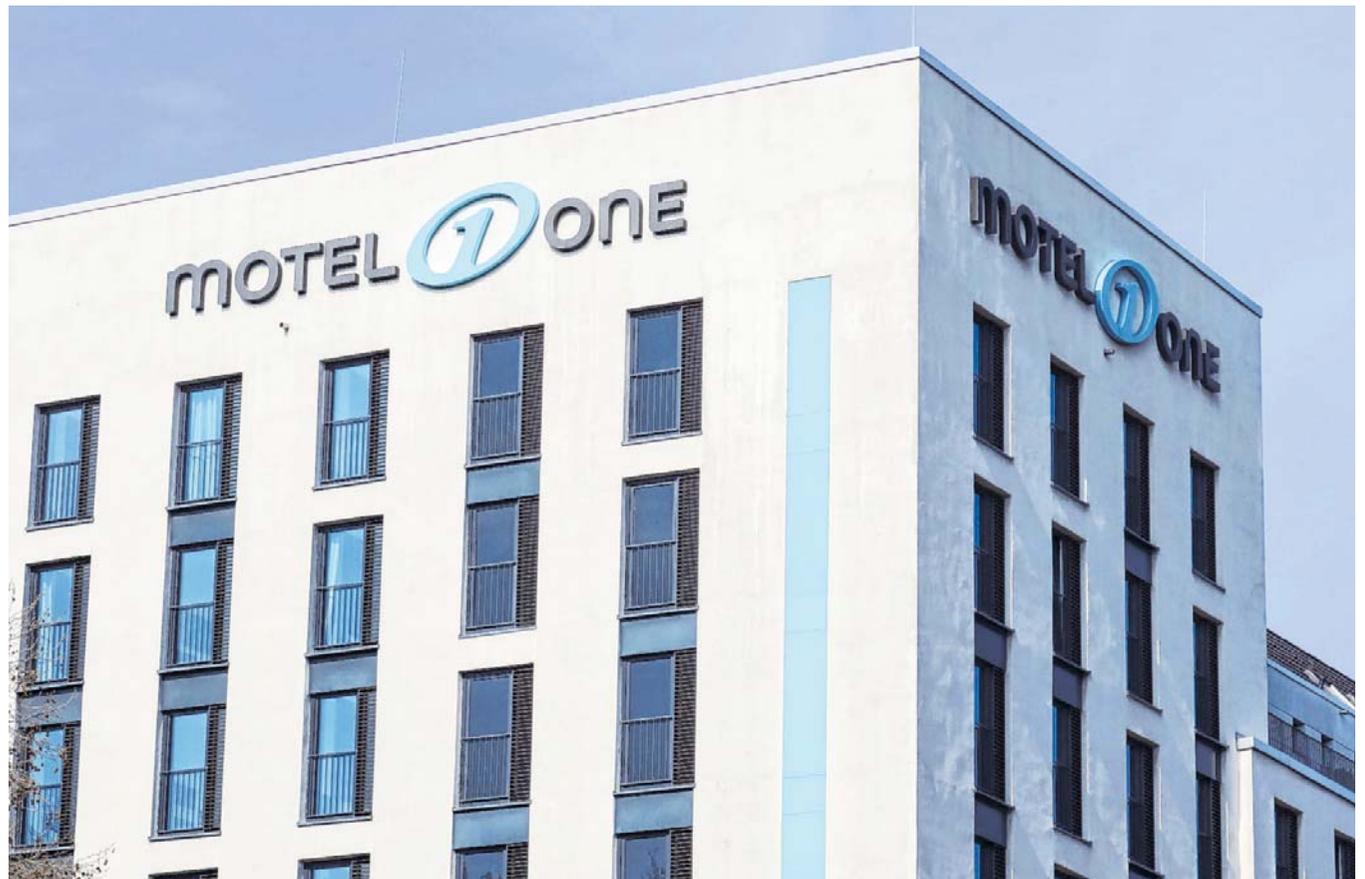
Abbestellkündigungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 21
 Tagen zum Ende des berechneten Bezugszeitraumes möglich,
 solange keine andere Regelung vorgesehen ist. Im Falle höherer
 Gewalt (Streik oder Aussperrungen) besteht kein Belieferungs- oder
 Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand:
 Düsseldorf. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte
 Manuskripte, Unterlagen und Fotos. Für die Übernahme von Artikeln
 in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen
 Rechte über die PMG Presse-Monitor GmbH. Telefon:
 030/284930 oder www.presse-monitor.de

Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017-7296

David Kelly

Hilton macht Motel One Konkurrenz

Der US-Konzern startet mit der Budgetkette „Spark“ in Deutschland – und betritt damit einen Markt, in dem auch andere Angelsachsen expandieren. Deutsche Hotelketten zieht es hingegen lieber ins Ausland.



Christoph Schlaumann Düsseldorf

Bislang ist es meist gediegener Luxus, für den der US-Hotelriese Hilton mit seinen 43 Häusern in Deutschland steht. Dessen „Waldorf Astoria“ in Berlin und ab 2025 das „Conrad“ in Hamburg bedienen die Spitzenklasse. Umso mehr dürfte die dem Handelsblatt exklusiv vorliegende Nachricht überraschen, dass die Amerikaner hierzulande ihr erstes europäisches Budget-Hotel starten werden – in der Heimat des Konzeptfinders Motel One.

Europachef David Kelly verrät den Namen der Hotelmarke, die ab Oktober über einem aktuell im Umbau befindlichen Haus in Stuttgart-Sindelfingen leuchten soll: „Spark by Hilton“. Die Herberge mit 103 Zimmern untersteht dem Berliner Hotelbetreiber Aspire, der das Konzept per Franchisevertrag übernimmt.

Der US-Konzern, der schon vor dieser Ankündigung 17 deutsche Häuser in der festen Planung besaß, verstärkt damit in der Bundesrepublik seine Aktivitäten zusätzlich. „Wir sehen Deutschland als Eckstein und Fundament für unsere Wachstumschancen in Kontinentaleuropa“, sagt Kelly.

Die Zahl der in Europa geplanten „Spark“-Hotels, die mit praktischer Ausstattung, hellen Bädern, einem Frühstücksbuffet und kleinen 24-Stunden-Supermärkten glänzen sollen, hält der US-Konzern unter Verschluss. Einen Anhaltspunkt könnte das Tempo in den USA geben. Dort startete das erste „Spark“ im vergangenen Jahr, seither folgten 49 Häuser. „Aktuell haben wir für die neue Premium-Economy-Marke 50 Hotels in Betrieb, der Großteil davon in den USA, 175 Häuser zudem in der Entwicklung“, sagt Kelly.

Auch der britische Hotelkonzern Intercontinental Hotel Group (IHG), weltweit nach Hilton die Nummer vier, legt in Deutschland kräftig zu. Und zwar mit einem ambitionierten Projekt: Mitte April verkündete Vorstandschef Elie Maalouf, er werde die gut 100 Häuser der Hamburger Novum-

Münchener Hotelkette Motel One:

Auch Hilton will nun mit Budget-Hotels in Deutschland Geld verdienen.



Wir sehen Deutschland als Eckstein und Fundament für unsere Wachstumschancen in Kontinentaleuropa.

David Kelly
 Hilton-Europachef



Gruppe per Franchise-Vertrag unter sein Markendach nehmen. Der Konzern verdoppelt damit seine Präsenz in Deutschland.

In der Folge firmieren 52 „Niu“-Hotels künftig unter „Holiday Inn – the niu“. Weitere Novum-Häuser, die mit Namen wie „Yggotel“ oder „Select“ um Kundschaft werben, werden in die IHG-Marke „Garner“ überführt. Andere Hotels des Novum-Firmeneigentümers David Etmenan nennen sich demnächst „Candlewood Suites“.

„Deutschland ist seit Langem ein wichtiger Wachstumsmarkt für IHG Hotels & Resorts“, begründete Europachefin Karin Sheppard die Expansion. Er sei geprägt durch starke Inlandsnachfrage sowie ein- und ausgehenden Reiseverkehr. „Derzeit erleben wir im deutschen Markt einen echten Aufschwung“, sagte sie dem Handelsblatt.

Gleichzeitig überzieht der britische Whitbread-Konzern Deutschland seit der Coronapandemie mit Budget-Häusern, die er unter der Marke „Premier Inn“ vermarktet. 58 von ihnen gebe es bereits, betonte kürzlich Ex-Tui-Hotelchef Erik Friemuth, der seit Jahresbeginn die Deutschlandexpansion vorantreibt. Fünf weitere sollen bis Jahresende eröffnen. Die Angelsachsen wie Hilton, IHG oder Whitbread profitieren von der Schwäche deutscher Wettbewerber. Das gilt auch für Novum-Eigentümer Etmenan, der während der Finanzkrise 2009 zahlreiche renditeschwache Hotels zum Schnäppchenpreis übernahm und damit ein Imperium aufbaute.

Während der Coronakrise gingen den Hamburgern die Kundschaft und das Kapital aus. Nach einem Konzernverlust von insgesamt 122 Millionen Euro in den Jahren 2020 und 2021 stand das Eigenkapital am Ende bei null. „Viele Häuser leiden unter einem Investitionsstau“, berichtet ein Wettbewerber. Die Kooperation mit IHG werten Branchenbeobachter daher als Rettungsanker.

Vorbild dürfte der Deal der Düsseldorfer Hotelgruppe Lindner gewesen sein, deren Eigenkapital ebenfalls aufgezehrt

war. Die familiengeführte Aktiengesellschaft hatte sich nach den verlustreichen Jahren 2020 und 2021 vor zwei Jahren an Hyatt gewandt. Der US-Hotelgigant verabredete mit Lindner, dessen 25 deutsche und weitere zehn ausländische Häuser unter das Dach des US-Konzerns zu nehmen. Die Amerikaner liefern den Düsseldorfern reichlich Fremdkapital für Renovierungen und weitere Expansionen, stützen ihnen dafür aber ihr eigenes Hotelkonzept über und beteiligen sie am Bonusprogramm „World of Hyatt“. Im Gegenzug zahlt ihnen Lindner nun eine Franchisegebühr.

Der börsennotierte Übernachtungskonzern aus Chicago, der zwischen Hamburg und München bis Herbst 2022 auf gerade einmal neun Häuser kam, will die Zahl seiner deutschen Standorte auf etwa 66 steigern, wie Hyatt-Europa-Chef Javier Aguila verriet.

50

Hotels

der Hilton-Budgetmarke „Spark“ gibt es bereits in Amerika. Nun kommt das Format nach Deutschland.

Quelle: Unternehmen

Die heimische Konkurrenz hält sich dagegen mit der Expansion im eigenen Land auffällig zurück. So investiert etwa die Kölner Hotelgruppe Dorint, einer der umsatzstärksten deutschen Übernachtungsanbieter, ihr Geld vorzugsweise im deutschsprachigen Ausland. Dass man zum Jahreswechsel in Jena ein Haus von Steigenberger übernahm, gilt fast schon als Ausnahme.

„Der Schwerpunkt unserer kontrollierten Expansion liegt mehr und mehr in der Schweiz“, erläutert Dorint-Geschäftsführer Jörg T. Böckeler. Häusern in Basel, Zürich, Bad Zurzach, Beatenberg und seit Mai in Interlaken wird im August ein weiteres im Tessin folgen, und zwar in direkter Umgebung des Lago Maggiore. Zudem sei ein Dorint-Hotel nahe St. Gallen geplant.

Der Markt in der Schweiz sei sicher und hochpreisiger als in Deutschland, heißt es im Unternehmen. Auch die Standorte in Österreich liefen hervorragend. Das Dorint im hochwassergeschädigten Bad Neuenahr steht dagegen selbst drei Jahre nach der Flutkatastrophe immer noch leer und wird vermutlich nicht mehr bezogen.

Auch die Steigenberger-Dachgesellschaft, die seit Kurzem unter „H World International“ firmiert, expandiert hierzulande allenfalls verhalten – mit zuletzt einem Steigenberger in Bielefeld und einem Intercity-Hotel in Paderborn.

Weitaus mehr Geld steckt der Konzern ins Ausland. So eröffnete er neulich das erste Steigenberger-Hotel in Thailand, schloss dort eine Vereinbarung für den Markteintritt der Marke „Maxx by Steigenberger“ und unterzeichnete einen Vertrag für den Neubau eines Steigenberger-Resorts in Ägypten, das zu den bestehenden 16 Steigenberger Resorts im Land hinzukommt. Mit der Marke „Intercity-Hotels“ expandiert man zudem in Oman. Weitere Häuser gehen in Usbekistan, Dänemark, den Niederlanden und in der Schweiz an den Start.

Dass die deutschen Hotelketten den Übernachtungsmarkt zwischen Flensburg und Garmisch weitaus zurückhaltender bewerten als die ausländischen Konkurrenten, hat einen Grund. Steigende Lohn- und Bewirtschaftungskosten machten der Branche zu schaffen, berichtet Michael Lidl, Geschäftsführer der Münchener Unternehmensberatung Treugast.

Zudem wachsen die Erlöse nur verhalten. Zwar wird die Zimmerauslastung nach Vorhersage des Hotelberatungsunternehmens MRP in diesem Jahr um drei Prozent steigen und die Zimmer werden im Schnitt um vier Prozent teurer. Die Belegungsrate, so erwartet MRP, liege dann aber immer noch sechs Prozent unter dem Wert von 2019. Obwohl die Zimmernachfrage steige, bleibe das Wachstum für die einzelnen Häuser schwach, ermittelte die Beratungsfirma. Als Grund nennen die Experten vor allem eines: das „neu hinzugekommene Angebot“.



Sanierer Schmitz und Werft-Chef Eikens: 2,4 Milliarden Euro an Bankkrediten und 400 Millionen Euro Eigenkapital fehlen.

Ralf Schmitz, Bernd Eikens

„Sanierungsfähig und sanierungswürdig“

Das Gutachten einer Beratungsgesellschaft bescheinigt der angeschlagenen Meyer Werft zukunftsfähig zu sein. Sanierer und Werftchef erklären, was das genau bedeutet.

Jens Koenen Frankfurt

Zuversicht, aber noch kein Grund für Euphorie – so könnte man die aktuelle Stimmung bei der angeschlagenen Meyer Werft beschreiben. Ende vergangener Woche hatte die Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Deloitte ein Gutachten vorgelegt, das dem Unternehmen eine Zukunft bescheinigt. Gesichert ist das Unternehmen damit allerdings noch nicht. „Das Gutachten ist ein wichtiger Meilenstein, es ist aber noch nicht der finale Meilenstein. Den haben wir erst, wenn die Refinanzierung steht“, sagte Ralf Schmitz, der als Sanierer zur Werft geholt wurde, dem Handelsblatt.

Das fast 230 Jahre alte Unternehmen ist vor allem auf den Bau von Kreuzfahrtschiffen konzentriert. Das Geschäft lief blendend bis Ende 2019. Dann kam die Pandemie, und die Schiffe mussten im Hafen bleiben. Die Reedereien nahmen Schiffe verspätet ab, neue wurden nicht mehr bestellt. Das brachte die übliche Finanzierung durcheinander. Erst bei Übergabe des Schiffs werden 80 Prozent des Kaufpreises beglichen, der bei 1,5 Milliarden Euro und mehr liegen kann. Die etwa vierjährige Bauzeit finanziert die Werft selbst – mit den Anzahlungen aus den Neubestellungen und Bankkrediten.

Genau diese Mittel fehlen der Meyer Werft, um bestellte Schiffe weiterzubauen. Es geht um rund 2,4 Milliarden Euro an Bankkrediten. Daneben muss das Eigenkapital aufgestockt werden. Hier geht es um 400 Millionen Euro – für die Eigentümer, die Familie Meyer, zu viel. Deshalb sind Staatshilfen und auch ein Einstieg des Landes Niedersachsen und vom Bund im Gespräch.

Eine der Voraussetzungen für ein Engagement der öffentlichen Hand ist das Gutachten von Deloitte. Doch auch wenn dem Traditionsunterneh-

men mit rund 3300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Stammwerk in Papenburg eine Zukunft bescheinigt wird, muss der Inhalt sehr genau gelesen werden. „Das Gutachten ist ein Entwurf“, sagt Sanierer Schmitz. „Es besagt, dass das Unternehmen sanierungsfähig und sanierungswürdig ist, wenn bis September einige Maßnahmen systematisch angegangen und umgesetzt werden.“

In dem Entwurf seien viele positive Dinge aufgeführt, zum Beispiel die gute Marktentwicklung und die gute wirtschaftliche Substanz und Innovationsfähigkeit der Werft, sagte Schmitz weiter: „Er zeigt aber auch viele Dinge auf, die verbessert werden können.“

Tatsächlich mangelt es der Meyer Werft nicht an Aufträgen. Zwar ist die Fertigung einige Monate lang nicht voll ausgelastet, weil in der Pandemie keine neuen Aufträge reingekommen sind. Doch in der Zeit danach füllt sich das Orderbuch schon wieder. Vor wenigen Wochen bestellte die japanische Oriental Land Company (OLC) ein neues Kreuzfahrtschiff. Bereits im Februar und März hatte die Carnival Corporation zwei Schiffe in Auftrag gegeben.

„Auch wenn unsere Kunden noch mit den Folgen der Pandemie wie hohen Schulden kämpfen, sind die Zahlen wieder gut. Es wird in die Zukunft investiert“, sagte Bernd Eikens, der Geschäftsführer der Werft, dem Handelsblatt. Es würden nicht nur neue Schiffe bestellt, auch die bestehende Flotte werde modernisiert. „Davon profitiert die Meyer Werft“, sagte Eikens. „Wir führen gute Gespräche mit Kunden über neue Aufträge.“

Verträge mit Preisklauseln

Mittlerweile wurde auch ein Systemfehler der Vergangenheit korrigiert. Risiken wie etwa steigende Materialkosten lagen bisher allein beim Schiffbauer. Für die Ozeanriesen wurden

Festpreise vereinbart. Weil gerade in der Pandemie die Kosten für den Material- und Energieeinkauf deutlich gestiegen waren, belastete das die Bilanz der Werft zusätzlich. „Der jüngste Auftrag aus Japan ist der erste mit neuen Konditionen und einer Preisgleitklausel, bei der das Risiko etwa aus Preissteigerungen nicht einseitig aufseiten der Werft liegt“, sagte Eikens. „Auch bei den beiden zu Jahresanfang von der Carnival Corporation bestellten Schiffen haben wir nun eine bessere Verhandlungsposition.“

Doch das allein wird die Werft nicht retten. Auch nicht der vor wenigen Wochen mit Betriebsrat und IG Metall erreichte Kompromiss, nach dem statt 440 nun 340 Stellen möglichst ohne betriebsbedingte Kündigungen abgebaut werden sollen. Entscheidend ist die Finanzierung der Bauzeit, die bis September stehen muss. Dafür muss noch einiges getan werden, auch das zeigt das Gutachten. Unter anderem sind nach Angaben von Schmitz Maßnahmen definiert, die das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen um 220 Millionen Euro verbessern können. „Diese Maßnahmen zu er härten, ist nun bis September unsere Aufgabe.“ Erst dann könnten sie in die finale Version des Gutachtens aufgenommen werden.

Indirekt sind diese Maßnahmen auch eine Kritik an der langjährigen Führung unter der Familie Meyer. Dennoch unterstützte die Familie alle geplanten Schritte voll, heißt es in Unternehmenskreisen. Ob sich das Land Niedersachsen und der Bund am Ende engagieren werden, ist noch nicht entschieden. Eines ist Schmitz aber wichtig: „Wir reden hier über eine Standardfinanzierung, wie man sie zum Schiffsbau benötigt. Uns wird nichts geschenkt. Das gilt auch für das Eigenkapital. Dafür bekommt die öffentliche Hand Anteile an der Werft.“

Kriminalität

Betrug mit Karten und Konten nimmt zu

Verbraucherschützer kritisieren die Sicherheitslücken von Banken. Sie würden Phishing vereinfachen. Das auf diesem Weg erbeutete Geld erstatten die Institute ihren Kunden nur selten zurück.

Elisabeth Atzler Frankfurt

Wer Kunde bei den Sparkassen, der Hypo-Vereinsbank (HVB) oder der Neobank N26 ist, den erreichen in diesen Tagen womöglich sogenannte Phishing-Nachrichten. Per E-Mail, SMS oder WhatsApp fordern Betrüger die Verbraucher dazu auf, ihre Konto- oder Zahlungsdaten zu aktualisieren. Gängige kriminelle Maschen sind auch die Aufforderung zu Überweisungen oder das Freischalten virtueller Bankkarten.

Dem Bundeskriminalamt (BKA) zufolge hat der Betrug mit Karten und Konten deutlich zugenommen. So registrierte das BKA im vergangenen Jahr gut 90.000 Fälle, wie die polizeiliche Kriminalstatistik zeigt. Das sind 14 Prozent mehr als 2022 und ein Plus von 45 Prozent gegenüber

Die Finanzaufsicht Bafin betont, dass die Wachsamkeit der Kundinnen und Kunden von entscheidender Bedeutung sei, um den Betrug durch Phishing einzudämmen. „Die Banken und Sparkassen rüsten kontinuierlich auf, die Kriminellen ebenfalls“, sagt die Deutsche Kreditwirtschaft. Durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) werden Betrugsversuche raffinierter – gleichzeitig verschärften Zahlungen in Echtzeit das Problem.

Auch der Einkauf mit gestohlenen Bankkarten fließt in die polizeiliche Statistik zum Bankkunden-Betrug ein. Doch die Angaben deuten darauf hin, dass vor allem Phishing-Angriffe zunehmen, bei denen Passwörter und Sicherheitscodes abgefischt werden. Einige Landeskriminalämter nennen spezifische Daten zu Angriffen auf das Onlinebanking. Die Fallzahlen sind hier zuletzt teils deutlich gestiegen, wie auch eine Han-



Unser Eindruck ist, dass Anzahl der Fälle und die Schadenssummen zugenommen haben.

Claudio Zeitz-Brandmeyer
Verbraucherschützer

2018. Dabei kann es auch um den Einkauf mit gestohlenen Bankkarten gehen, doch die Angaben deuten darauf hin, dass besonders Phishing-Angriffe, bei denen Passwörter und Sicherheitscodes abgefischt werden, zunehmen.

Oft bleiben Kunden auf dem Schaden durch Phishing sitzen. Banken würden gestohlenen Geld nur dann ersetzen, wenn der Verbraucher nicht grob fahrlässig gehandelt habe, sagt Claudio Zeitz-Brandmeyer vom Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV). Was das bedeute, werde im Einzelfall entschieden, so die Banken. Für die Kunden ist das schwierig. Auch Achim Tiffe von der Hamburger Anwaltskanzlei Just+Oprecht sagt, dass es „kein Selbstläufer“ sei, Erstattungen zu erhalten. „In manchen Fällen bieten Banken, wenn Verbraucher sich beschweren oder klagen, rasch an, die Hälfte des Schadens zu erstatten.“

Die europäische Bankenaufsicht Eba hat ermittelt, dass Bankkunden beim Betrug rund ums Onlinebanking fast 80 Prozent der Schäden selbst tragen. Beim Kartenbetrug seien es etwa 50 Prozent. Diese Zahlen variieren je nach Land. Die Banken verweisen dabei auf die gesetzlichen Vorschriften. Sie würden Kunden nie per Telefon, SMS oder E-Mail nach den Onlinebanking-Zugangsdaten fragen. Die Deutsche Kreditwirtschaft, Interessenvertretung der Banken, erklärt, Banken und Sparkassen würden jeden Fall einzeln und individuell prüfen.



delsblatt-Umfrage zeigt. Naheliegender ist zudem, dass bei Weitem nicht alle Taten gemeldet werden. „Unser Eindruck ist, dass Anzahl der Fälle und die Schadenssummen zugenommen haben“, sagt auch Verbraucherschützer Zeitz-Brandmeyer. Es gebe mehr Beschwerden zum Thema, und es gehe dabei um höhere Beträge. Über das „Phishing-Radar“ informiert die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen online über aktuelle Betrugsversuche, wie derzeit bei den Sparkassen, der HVB und der N26.

So gehen die Betrüger beim Phishing vor

► 1. Konto: Die Betrüger versuchen, zunächst an die Zugangsdaten zum Onlinebanking zu gelangen. Anschließend wollen sie Verbraucher dazu bewegen, Überweisungen mit einer Sicherheitsnummer (TAN) freizugeben. Ausgangspunkt für diesen Angriff ist meist eine E-Mail oder eine SMS mit einem Link zu einer gefälschten Website, die der echten Homepage der Bank oder eines Onlineshops ähnlich sieht. Manchmal folgt der Anruf eines vermeintlichen Bankmitarbeiters,



Wachsende Gefahr für Bankkunden: Oft bleiben sie auf dem Schaden durch Phishing sitzen.

der erneut Dringlichkeit vortäuscht und den Betrugspfer eine TAN entlockt, mit der eine Überweisung vom Konto erfolgt.

► 2. Karte: Auch hier erschleichen sich die Betrüger zunächst die Zugangsdaten zum Onlinebanking. Später versuchen sie, die Betroffenen dazu zu bringen, die Freigabe für das Hinterlegen einer virtuellen Bezahlkarte in einer Smartphone-App zu erteilen. Oft ist das die Bezahl-App Apple Pay.

Sicherheitslücken bei Banken

Grund für die Zunahme der Phishing-Angriffe sind nach Meinung von Verbraucherschützer Zeitz-Brandmeyer Sicherheitslücken bei Banken. „Als eine Sicherheitslücke sehen wir zum Beispiel, wenn die Betragslimits für Überweisungen einfach aufgehoben werden können“, sagt er. Zudem ist es aus seiner Sicht wichtig, dass Kunden bei ihrer Bank anrufen können. „Zum Beispiel, um eine betrügerische Überweisung noch aufhalten zu können.“ Das verstehe er unter Sorgfaltpflicht.

Auch Anlegeranwälte üben Kritik an den Geldinstituten. Tillmann Spörel, Partner der Kanzlei Rotter, meint, dass manche Banken schon bei der Eingabe von Benutzernamen und Passwort im Onlinebanking zu viele Daten nennen würden, wie zum Beispiel Telefonnummer und E-Mail der Kunden. „Unserer Ansicht nach darf das aber nur angezeigt werden, wenn Kunden zuvor auch eine TAN, also ein weiteres Sicherheitsmerkmal, eingegeben haben.“ Tiffe berichtet von Fällen, in denen Konten komplett leer geräumt würden, „ohne dass Kunden einen Hinweis über die Kontobewegungen bekommen“ oder Banken die Überweisungen zurückgehalten hätten.

Einige Experten warnen, dass Echtzeitzahlungen (Instant Payments) Betrüger anziehen. Darunter versteht man Überweisungen binnen zehn Sekunden. Weil eine Echtzeitzahlung so schnell ausgeführt wird, bleibt keine Zeit, um das Ausführen der Überweisung noch zu stoppen,

80

Prozent
der Schäden tragen
Bankkunden beim Betrug rund
ums Onlinebanking selbst.

Quelle: Eba



IMAGO/YAY Images, IMAGO/YAY Images

was den Betrugern sichere Erfolge verspricht. Die Bankenaufsicht Eba hat festgestellt, dass die Betrugsraten bei solchen Sofortüberweisungen deutlich höher sind als bei üblichen Überweisungen, die meistens einen Bankarbeitstag brauchen.

Noch werden laut der Branchenvereinigung European Payments Council nur 17 Prozent des Zahlungsvolumens in Europa als Instant Payments ausgeführt. Doch der Anteil dürfte weiter steigen, auch weil Banken in der EU bald Echtzeitzahlungen ohne separate Gebühr anbieten müssen.

Die ersten Banken reagieren bereits auf die vielen Betrugsfälle bei Sofortüberweisungen. Die niederländische Smartphonebank Bunq hält seit Anfang Juni bestimmte Echtzeitzahlungen ihrer Kunden für 24 Stunden auf. Sie begründet den Schritt mit zahlreichen Phishing-Angriffen.

EU plant mehr Vorgaben für Banken

Tobias Czekalla, Deutschlandchef des US-Finanzkonzerns Visa, erwartet, dass die Fallzahlen in den kommenden Monaten noch weiter zunehmen werden. „Betrugsversuche, die auf das Täuschen von Menschen zielen, werden durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Instant Payments wahrscheinlich steigen.“ Es gebe im Darknet mehr und mehr Angebote für KI-generierte fingierte Nachrichten, die echt wirkten.

In der Europäischen Union werden daher derzeit neue Vorgaben für Banken diskutiert, um Phishing-Betrug zu verhindern. Die Bankenaufsicht Eba allerdings mahnt, dass noch weitere Sicherheitsmaßnahmen nötig seien, die über die bisherigen Überlegungen hinausgingen. Verbraucherschützer wiederum fordern, dass Bankkunden nicht mehr länger pauschal grobe Fahrlässigkeit vorgeworfen werden könne, wenn sie Opfer von Betrug geworden seien. Bei der Frage der Freigabe von Zahlungen müssten immer die Umstände betrachtet werden. „Zum Beispiel: Wurde der Kunde getäuscht oder unter Druck gesetzt?“, verlangt VZBV-Experte Zeitz-Brandmeyer.

Ozan Demircan Frankfurt

Versicherungen für Autos und andere Kraftfahrzeuge werden auch in diesem Jahr deutlich teurer. Der Hannoveraner Versicherer HDI erhöht Berichten von Verbraucherinnen und Verbrauchern zufolge die Preise um bis zu 70 Prozent. Auch andere Versicherungskonzerne kündigen an, künftig die Prämien in dem Segment anzuheben. Im Gegenzug bereinigt der Konkurrent Rhion einen Teil seines Bestands und wird über einen Makler Tausende Policen zum Ende des Jahres kündigen. Denn die Kosten für versicherte Autoreparaturen waren innerhalb eines Jahres von 50 auf 76 Millionen Euro gestiegen.

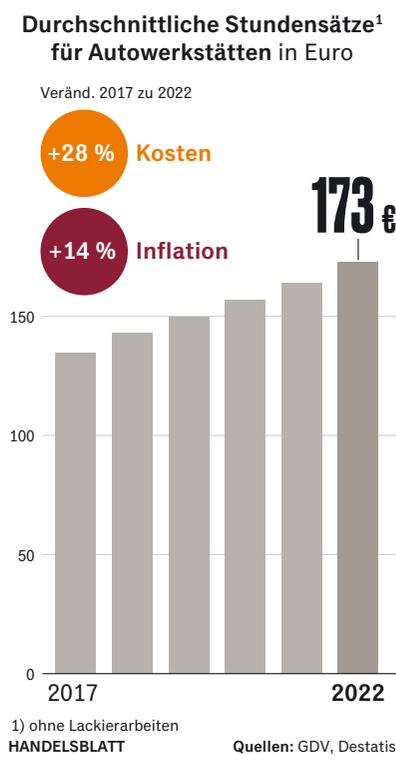
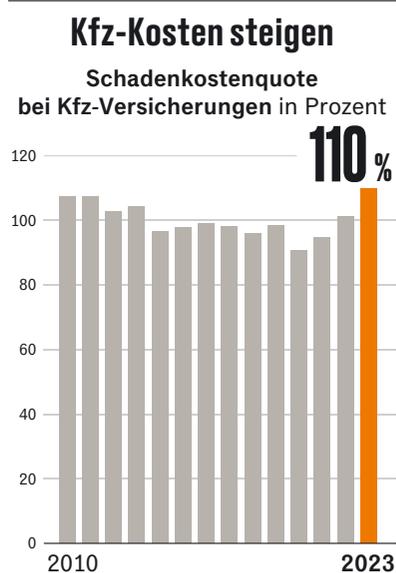
Noch sind das Einzelmeldungen, aber der Trend ist eindeutig: Verbraucherinnen und Verbraucher dürften selbst bei einem Wechsel des Anbieters kaum Chancen haben, das eigene Fahrzeug so günstig zu versichern wie in der Vergangenheit. Denn nahezu alle Gesellschaften werden höhere Prämien verlangen – der Gesamtverband der Versicherer geht von Preiserhöhungen von knapp acht Prozent aus. Für die meisten Versicherer ist das Geschäft mit Kfz-Policen ein Verlust – und die Finanzaufsicht mahnt die Branche, das zu ändern.

Die Kfz-Versicherung stellt für viele Anbieter seit einiger Zeit eine große Herausforderung dar. In der gesamten Branche lag das Minus im vergangenen Jahr bei drei Milliarden Euro. Die Konzerne müssen gegensteuern – zum Nachteil der Kunden. So lag beim Versicherer „Die Bayerische“ die Schadenkostenquote, die das Verhältnis von Einnahmen zu Ausgaben angibt, im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 120 Prozent für ihre rund 100.000 Kfz-Versicherungsverträge. Unternehmenschef Herbert Schneidemann will daher einen Großteil des Bestandes an zwei Rückversicherer abgeben. Die

Versicherung

Kfz-Versicherer erhöhen Preise – Autofahrer haben kaum eine Wahl

HDI erhöht die Prämien um bis zu 70 Prozent, und Konkurrenten reduzieren ihren Bestand. Versicherte müssen die Mehrkosten wohl akzeptieren.



Versicherer leiden unter drastisch gestiegenen Kosten für Ersatzteile oder Reparaturen in Werkstätten, erklärt der Bundesverband der Verbraucherzentralen. So seien beispielsweise allein im dritten Quartal des vergangenen Jahres die Preise für versicherte Autoreparaturen um acht Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. „Dies geben die Versicherer an ihre Kunden weiter.“

Es gebe nur eine Möglichkeit, sich gegen drastische Preiserhöhungen zu wehren, empfehlen die Verbraucherschützer: Autobesitzer „können die Preise vergleichen und zu einem anderen Anbieter wechseln“. Dabei sollten sie nicht nur auf Online-Vergleichsportalen suchen. Diese Portale erhalten ebenfalls Provisionen von Versicherern und bildeten oft nur einen Teil des gesamten Angebots ab.

Trotz Preiserhöhungen sei ein Wechsel jedoch nicht immer sinnvoll. Wer nach einem Unfall von der Versicherung in der Schadenfreiheitsklasse (SF-Klasse) zurückgestuft wird, erhält ohnehin eine Beitragserhöhung.

Kein Ausgleichsgeschäft mehr bei Versicherern

Auf die Sparte Kfz-Versicherung entfällt rund ein Zehntel aller Beiträge im deutschen Versicherungsgeschäft mit Endkunden. Früher konnten die Unternehmen hoffen, dass Inhaber ihrer Kfz-Policen sich später auch für andere Produkte aus ihren Häusern entscheiden, etwa für eine Hausrat-, Lebens- oder Krankenversicherung. Das Verlustgeschäft in der Kfz-Sparte konnten die Firmenlenker gedanklich mit einem Neugeschäft ausgleichen.

Deshalb bemühte sich ein Großteil der Branche lange darum, das Geschäft mit den Kfz-Policen eher noch auszubauen. Der HDI etwa verzeichnete besonders dynamisches Wachstum bei Versicherungen für Wohnmobile, bevor er die Preise nun drastisch anhub. Mit dem Aufstieg der Vergleichsportale geht das alte Kalkül aber nicht mehr auf. Heute suchen sich Verbraucher im Internet den jeweils günstigsten Tarif aus dem gesamten Spektrum der Angebote heraus.

Für die Versicherer ist das ein Problem. Die branchenweite Schadenkostenquote, ein Quotient aus Einnahmen und Ausgaben in einer bestimmten Sparte, lag zuletzt laut Versichererverband bei 110 Prozent. Das heißt: Für jeden Euro, den ein Kfz-Versicherer einnimmt, muss er schlussendlich 1,10 Euro ausgeben.

Die Finanzaufsicht Bafin mahnt die Branche seit Monaten, die Preise für Autoversicherungen zu erhöhen. Die Versicherer hätten „teils zu optimistische Annahmen“ über die Höhe der zukünftigen Schadeninflation getroffen. In einer Mitteilung an die Versicherungswirtschaft fordern die Aufseher ungewohnt deutlich Preiserhöhungen: „Dauerhaft defizitäre Versicherungszweige sind nicht akzeptabel.“



imago images/Westend61

Autopanne: Die Versicherungen erhöhen wegen gestiegener Reparaturkosten ihre Prämien.

Votum

Bei ESG Resilienz einbeziehen

Nachhaltigkeit in der Taxonomie muss neu gedacht werden.

Das Thema ESG durchzieht viele Rechtsbereiche und mit der Fokussierung auf Nachhaltigkeitsziele entsteht eine neue unternehmerische Verantwortungskultur. Aber wir müssen nach dem russischen Überfall auf die Ukraine in der Verteidigungspolitik neu denken. Die geografisch näheren Armeen wie die Polens oder Rumäniens haben dies verstanden und in modernste Technik für die Verstärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit investiert. Wir brauchen deshalb zusätzlich ein „R“, das nicht für „Rüstung“, aber für „Resilienz“ stehen soll. Resilienz gegen Cyber-Angriffe, Wirtschaftsspionage und Sabotage – dieses „R“ darf nie mehr anders als auf Augenhöhe mit dem bisherigen ESG gedacht werden.

Aus ESG muss RESG werden. Eine RESG-Unternehmenskultur kennt keine Beschränkungen für Investitionen, wenn Rüstungsunternehmen involviert sind. Gleiches gilt für Kreditvergaben der Banken; auch Rüstungs-ETFs fehlen. In der Drittmittelforschung müssen die fragwürdigen Zivilklauseln abgeschafft werden. Nachhaltigkeit in der Taxonomie muss neu gedacht und anders bewertet werden. Investmentstrategien, Geldanlagen und sonstige harte Wirtschaftsentscheidungen, die sich an weichen (bisherigen) ESG-Kriterien ausrichten, müssen sich zukünftig auch an RESG-Architekturen messen lassen. Sie dürfen nicht an einer „R“-Involvierung scheitern.



Thomas Klindt ist Professor und Partner der Kanzlei Noerr sowie Autor bei der Fachzeitschrift „Betriebs-Berater“.



Moment/Getty Images

Entscheidungen im Arbeitsverhältnis

KI braucht Überwachung

Maßnahmen im Personalwesen verlangen ein besonderes Maß an sozialem Feingefühl.

Tobias Neufeld Düsseldorf

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) verändert die Arbeitswelt grundlegend. KI-gestützte Rekrutierungstools analysieren Bewerberdaten und schlagen geeignete Kandidaten vor. Sie identifizieren Leistungsstärken und Entwicklungspotenziale der Mitarbeiter, unterstützen das Leistungsmanagement und die Personalentwicklung durch gezielte Maßnahmen, bis hin zum Exit-Management durch eine Kündigungsliste.

Die Technologie verspricht erhebliche Effizienzgewinne und offenbart zugleich ein großes Dilemma. Gary Marcus, ein bekannter KI-Forscher, fasst es in einem Interview zusammen: „Künstliche Intelligenz kann die Welt dümmer machen, indem sie die Entscheidungen von Menschen ersetzt, ohne dass diese verstehen, wie die Entscheidungen getroffen werden.“

Ein zentrales Problem beim Einsatz von KI ist die Intransparenz der Entscheidungsfindung. KI-Systeme, insbesondere solche, die auf komplexen Algorithmen und tiefen neuronalen Netzwerken basieren, treffen Entscheidungen auf Basis von Mustern und Korrelationen in Daten, die selbst für Experten oft nicht vollständig nachvollziehbar sind – Black-Box-Problematik.

Lösungsansätze einer erklärbaren KI – Explainable AI – sind noch nicht ausrei-

chend, um diese Risiken zu eliminieren. Entscheidungen im Arbeitsverhältnis verlangen zudem ein besonderes Maß an sozialem Feingefühl, das KI nicht abbilden kann.

Es bedarf daher stets einer menschlichen Überwachung und Letztentscheidung, wenn Unternehmen KI im Arbeitsverhältnis einsetzen. Artikel 22 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) macht hier zwingende Vorgaben. Er schützt Mitarbeiter vor Entscheidungen, die ausschließlich auf automatisierter Datenverarbeitung durch KI beruhen. Mitarbeiter müssen nicht nur darüber informiert werden, sondern haben auch ein Recht auf menschliche Intervention und eine Erklärung der Entscheidung. Die neue EU-KI-Verordnung betont ebenfalls die Notwendigkeit von Transparenz und menschlicher Überwachung von KI-Systemen, die im Arbeitsverhältnis eingesetzt werden.

Wie genau die menschliche Intervention und Letztentscheidung auszugestalten ist, wird gesetzlich nicht im Detail vorgegeben. Es reicht aber nicht, wenn die Personalleitung die Versetzungsliste der KI einfach abhakt. Die automatisierte Entscheidung muss überprüft und gegebenenfalls geändert werden. Dies erfordert zunächst ein tiefes Verständnis der Entscheidungslogik der KI durch den Menschen. Die konkret nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten müssen vorhanden sein oder geschult werden, um die

Entscheidungen der KI zu verstehen und zu bewerten.

Deshalb müssen auch die Kriterien und Parameter der automatisierten Entscheidung zuvor klar definiert und dokumentiert werden. Kern der menschlichen Überprüfung ist es dann, Verzerrungen und Voreingenommenheit der KI – Bias – und Diskriminierungen in den automatisierten Entscheidungen zu erkennen und zu korrigieren. Erforderlich ist also eine spezifische Richtigkeits- und Plausibilitätskontrolle des überwachenden Menschen. Er muss sicherstellen, dass die KI-Systeme gemäß den Anweisungen verwendet werden und dass alle Eingabedaten relevant und repräsentativ sind. Der überprüfende Mensch muss schließlich auch einen echten Entscheidungsspielraum haben, die KI-Entscheidung zu ändern.

Zum erstmaligen KI-Einsatz im Betrieb sind Arbeitgeber also aufgerufen, das Stellenprofil des „KI-Intervenienten“ zu schaffen und mit qualifizierten und befähigten Mitarbeitern zu besetzen. Nur so ist rechtmäßiger KI-Einsatz möglich.

Tobias Neufeld ist Partner der Kanzlei ARQIS und Autor der Fachzeitschrift „Betriebs-Berater“. Diese Seite erscheint in Kooperation mit den Fachredaktionen der dfv-Mediengruppe.

Betriebs-Berater

Bundesgerichtshof

Vererben leichter gemacht

Urteil gestattet Testamentsvollstreckung an KG-Teilbeteiligung.

Karlsruhe. Familienunternehmen sind häufig als Kommanditgesellschaft organisiert. Ein wesentliches Kennzeichen dieser Rechtsform ist, dass die Beteiligung an ihnen unteilbar ist. Erwirbt ein Gesellschafter also einen neuen Anteil, so vereinigt sich dieser mit seinem bisherigen Anteil, der dadurch einen höheren Beteiligungswert erhält.

Dies führt zu Herausforderungen, wenn ein Gesellschafter seine Beteiligung an Mitgesellschafter vererben und dabei unter Testamentsvollstreckung stellen möchte. Die Testamentsvollstreckung kann sich nicht auf Beteiligungen erstrecken, die der Erbe schon vor dem Erbfall innehatte. Doch wie sollte die Testamentsvollstreckung auf den

vererbten Anteil beschränkt werden, wenn dieser sich umgehend mit dem alten Anteil vereinigt?

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat nunmehr entschieden, dass die Anordnung der Testamentsvollstreckung der Vereinigung der Anteile vorgehe. Voraussetzung ist, dass sie im Gesellschaftsvertrag zugelassen wird oder alle weiteren Gesellschafter mit ihr einverstanden sind.

Mit seinem Beschluss hat der BGH Rechtssicherheit und Flexibilität für die Übertragung von Kommanditanteilen von Todes wegen geschaffen. Ob sich ähnliche Konstellationen für Übertragungen unter Lebenden ermöglichen lassen, bleibt indes weiterhin ungeklärt. Daniel Otte

Hinweisgeberschutzgesetz

Meldesystem funktioniert

Zahlen der externen Meldestelle sind auf niedrigem Niveau.

Bonn. Die Erwartungen an das Hinweisgeberschutzgesetz waren groß. Das Bundesamt für Justiz schätzte die Anzahl der Meldungen auf 3000. Die Europäische Kommission ging gar von einer Steigerung des Meldeaufkommens in einem Zeitraum von fünf Jahren um 200 Prozent aus.

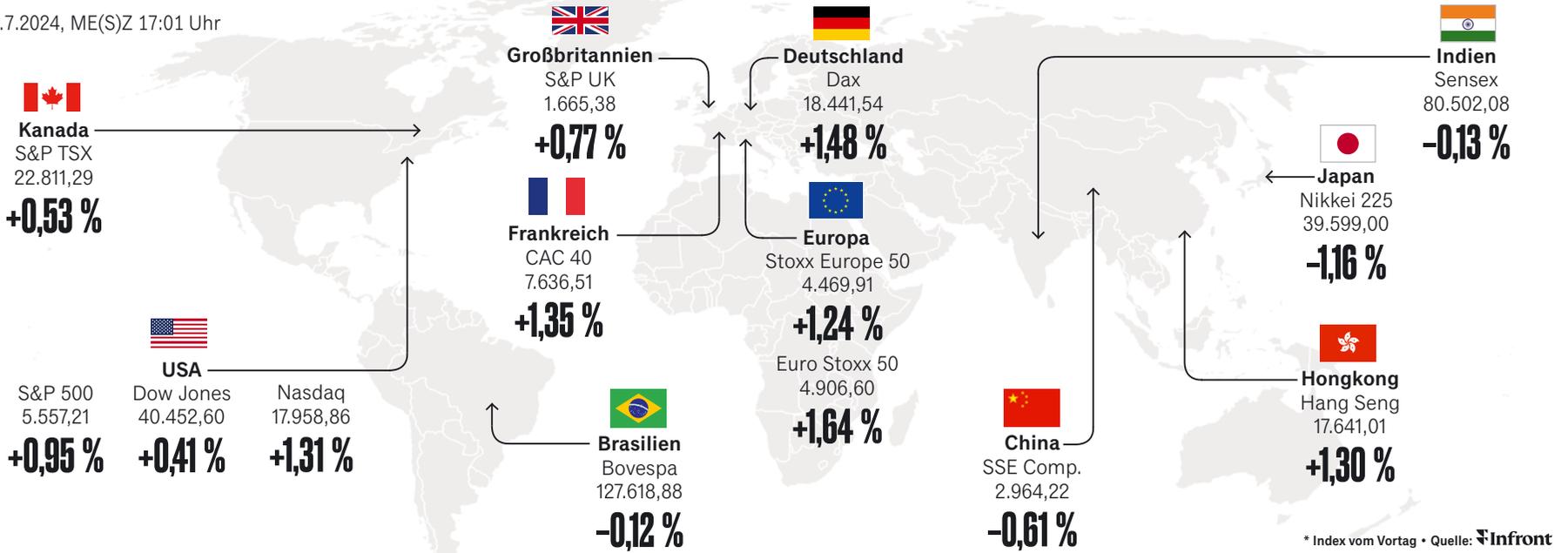
Für die externe Meldestelle des Bundes wurde ein Personalbedarf von 29,5 Vollzeitäquivalenten für notwendig erachtet. Die Kostenschätzung belief sich auf 13,4 Millionen Euro für Personalbedarf und 5,4 Millionen Euro für den jährlichen Betriebsbedarf. Bisher sind seit Einrichten der externen Meldestelle am 2. Juli 2023 nur 418 Meldungen eingegangen. Davon waren 168 Meldungen anonym.

Über die Qualität der Meldungen ist nichts bekannt. Gänzlich unbekannt ist die Anzahl von Meldungen an die Meldestellen der Bundes- und Landesverwaltungen und Unternehmen der öffentlichen Hand. Die Zahlen zeigen, dass die Vermutung des Vorkommens von Gesetzesverstößen und korruptem Verhalten in großem Ausmaß in der deutschen Wirtschaft nicht zutreffend zu sein scheint.

Die Compliance-Strukturen der deutschen Wirtschaft funktionieren. Insoweit passt es nicht ins Bild, dass der Gesetzgeber Meldeplattformen unterschiedlichster Inhalte fördert, die zum Teil von Nichtregierungsorganisationen betrieben und öffentlich finanziert werden. Michael Stahlschmidt

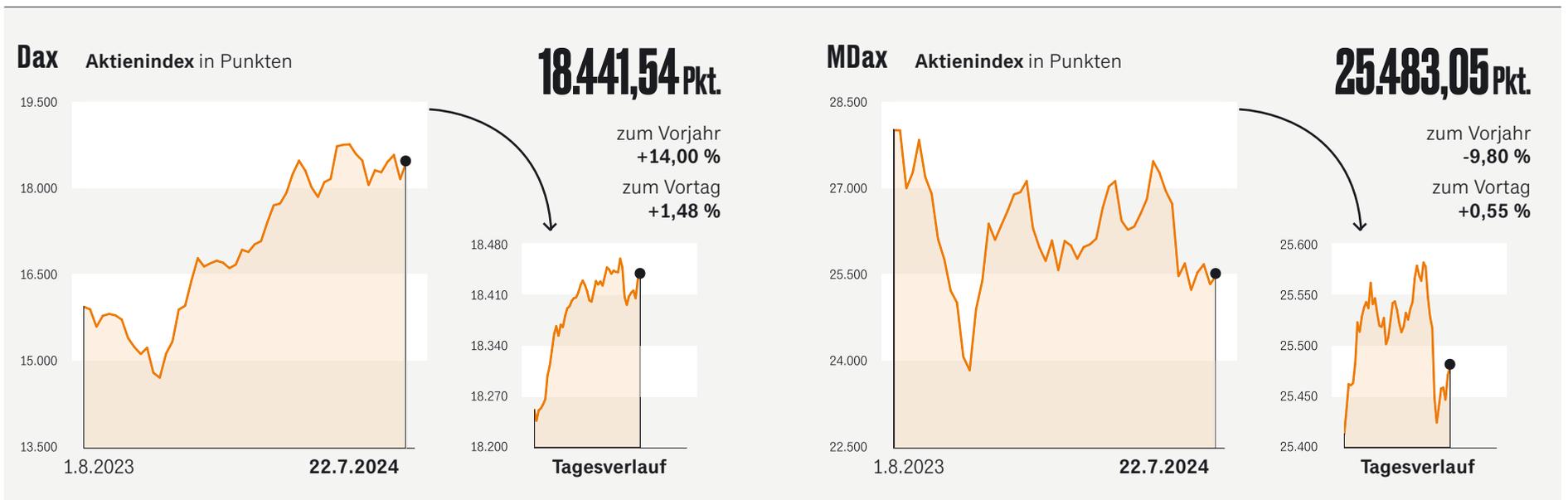
Leitbörsen im Überblick

22.7.2024, ME(S)Z 17:01 Uhr



* Index vom Vortag • Quelle: Infront

Deutsche Indizes



Dax (auch im ¹ Euro Stoxx 50, ² Stoxx 50, ³ TecDax) **18441,54** | +1,48 % | 52-Wochen-Hoch **18.892,92** | 52-Wochen-Tief **14.630,21**

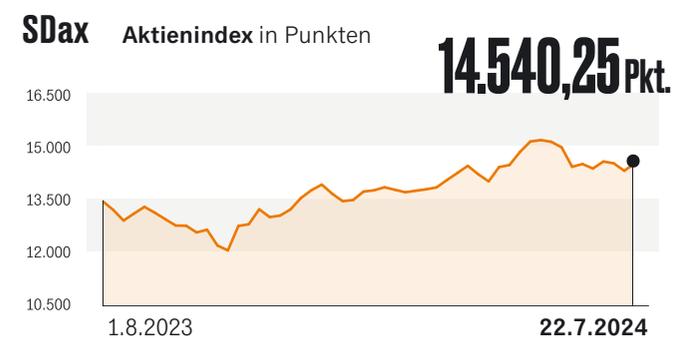
| TOPS des Jahres | 52-Wochen-Hoch | Dividendenrendite | Jahresdiv. | Ex-Tag | KGV | Ergebnis | |
|----------------------|----------------|---------------------|------------|---------|----------|----------|-------|
| Rheinmetall | +93,39 | 571,80 am 9.4.2024 | 8,5 % | 9,06 € | 30.05.24 | 2,7 | 16,17 |
| Siemens Energy | +68,86 | 27,91 am 11.7.2024 | -1,35 | 5,30 € | 09.05.24 | 3,7 | 29,04 |
| SAP | +51,95 | 190,98 am 8.7.2024 | 7,6 % | 3,40 € | 26.04.24 | 5,3 | 5,13 |
| Deutsche Bank NA | +51,81 | 17,01 am 26.4.2024 | 6,6 % | 6,00 € | 16.05.24 | 5,5 | 11,79 |
| Heidelberg Materials | +43,16 | 103,60 am 13.5.2024 | 6,0 % | 2,56 € | 12.06.24 | 5,5 | 16,47 |
| Commerzbank | +39,83 | 15,83 am 22.5.2024 | 5,3 % | 13,80 € | 09.05.24 | 7,4 | 7,88 |
| Vonovia NA | +35,74 | 30,21 am 16.5.2024 | 5,0 % | 1,90 € | 16.05.24 | 7,7 | 2,03 |

| | Tages-Hoch | Tages-Tief | Verlauf | ± % Vortag | ± % 1 Jahr | 52 Wochen-Hoch | 52 Wochen-Tief | Umsatz Letzte | HV Div. | Div.s | Ergebnis | KGV | MK | Streu. |
|---|------------|------------|---------|------------|------------|----------------|----------------|---------------|---------|----------|----------|-------|-------|--------|
| 22.7.2024 / 17:01 h | | | | | | | | Stück | Termin | 2024 | 2024 | 2025 | 2024 | 2025 |
| Adidas NA ¹⁾ | 229,20 | 226,70 | 229,10 | +0,88 | +32,66 | 240,40 | 154,64 | 166.717 | 0,70 | 16,05.24 | 0,3 | 1,30 | 3,15 | 6,96 |
| Airbus ^{1) 2)} | 133,36 | 131,60 | 132,66 | +0,76 | -1,35 | 172,82 | 120,24 | 110.102 | 2,80 | 10.04.24 | 2,1 | 2,11 | 5,54 | 7,45 |
| Allianz vNA ^{1) 2)} | 263,60 | 258,10 | 262,70 | +1,27 | +22,41 | 280,00 | 210,35 | 300.853 | 13,80 | 08.05.24 | 5,3 | 14,90 | 24,80 | 27,21 |
| BASF NA ^{1) 2)} | 44,98 | 44,17 | 44,90 | +1,83 | -5,41 | 54,93 | 40,25 | 637.178 | 3,40 | 25.04.24 | 7,6 | 3,40 | 3,42 | 4,24 |
| Bayer NA ¹⁾ | 27,40 | 26,47 | 27,26 | +3,81 | -47,52 | 53,80 | 24,96 | 2.391.074 | 0,11 | 25.04.25 | 0,4 | 0,11 | 5,13 | 5,40 |
| Beiersdorf | 139,20 | 137,95 | 138,65 | +1,13 | +19,84 | 147,80 | 115,65 | 49.678 | 1,00 | 18.04.24 | 0,7 | 1,00 | 4,37 | 4,84 |
| BMW St. ¹⁾ | 91,56 | 89,98 | 91,24 | +1,97 | -15,19 | 115,35 | 86,54 | 386.647 | 6,00 | 14.05.25 | 6,6 | 6,00 | 16,47 | 16,26 |
| Brenntag NA | 65,66 | 64,62 | 65,56 | +1,55 | -4,29 | 87,12 | 62,42 | 70.475 | 2,10 | 23.05.24 | 3,2 | 2,20 | 5,02 | 5,57 |
| Commerzbank | 15,61 | 15,36 | 15,61 | +2,43 | +39,83 | 15,83 | 9,12 | 2.271.368 | 0,35 | 30.04.24 | 2,2 | 0,54 | 2,03 | 2,36 |
| Continental | 58,08 | 57,16 | 57,94 | +0,98 | -19,82 | 78,40 | 51,58 | 146.940 | 2,20 | 26.04.24 | 3,8 | 2,30 | 7,88 | 10,13 |
| Covestro | 55,34 | 54,66 | 55,18 | +0,8 | +12,66 | 55,66 | 44,57 | 175.009 | k.A. | 17.04.24 | k.A. | 0,30 | 0,86 | 2,60 |
| Daimler Truck | 38,34 | 37,48 | 38,21 | +2,28 | +14,4 | 47,64 | 27,97 | 239.736 | 1,90 | 15.05.24 | 5,0 | 1,90 | 4,53 | 5,08 |
| Deutsche Bank NA | 15,48 | 15,07 | 15,48 | +3,14 | +51,81 | 17,01 | 9,44 | 2.987.108 | 0,45 | 16.05.24 | 2,9 | 0,68 | 1,95 | 2,62 |
| Deutsche Börse NA ¹⁾ | 190,00 | 186,80 | 189,85 | +1,69 | +13,51 | 194,85 | 152,60 | 91.400 | 3,80 | 14.05.24 | 2,0 | 4,00 | 10,14 | 10,80 |
| Deutsche Post NA ^{1) 2)} | 40,74 | 40,10 | 40,68 | +2,08 | -12,26 | 47,05 | 36,04 | 587.737 | 1,85 | 02.05.25 | 4,5 | 1,85 | 3,01 | 3,50 |
| Deutsche Telekom NA ^{1) 2) 3)} | 24,41 | 24,22 | 24,29 | +0,41 | +23,5 | 24,41 | 18,50 | 2.798.417 | 0,77 | 10.04.24 | 3,2 | 0,85 | 1,82 | 2,04 |
| E.ON NA | 12,49 | 12,40 | 12,48 | +0,81 | +7,73 | 13,48 | 10,43 | 1.190.788 | 0,53 | 16.05.24 | 4,2 | 0,55 | 1,11 | 1,08 |
| Fresenius | 30,23 | 29,98 | 30,08 | +0,4 | +5,66 | 31,22 | 23,93 | 278.154 | k.A. | 17.05.24 | k.A. | 0,93 | 2,86 | 3,32 |
| Hannover Rück SE NA | 231,00 | 225,90 | 230,10 | +1,37 | +17,94 | 256,60 | 188,70 | 59.595 | 7,20 | 07.05.25 | 3,1 | 8,20 | 18,57 | 20,07 |
| Heidelberg Materials | 102,80 | 100,85 | 102,50 | +1,89 | +43,16 | 103,60 | 65,24 | 74.036 | 3,00 | 16.05.24 | 2,9 | 3,20 | 11,41 | 12,34 |
| Henkel Vz. | 83,14 | 82,56 | 82,74 | +0,24 | +16,86 | 85,74 | 65,88 | 85.613 | 1,85 | 22.04.24 | 2,2 | 1,90 | 5,06 | 5,45 |
| Infinion NA ^{1) 3)} | 34,53 | 33,11 | 34,44 | +4,05 | -6,65 | 40,27 | 27,07 | 1.627.946 | 0,35 | 23.02.24 | 1,0 | 0,35 | 1,84 | 2,34 |
| Mercedes-Benz Group ^{1) 2)} | 64,87 | 63,77 | 64,53 | +1,57 | -9,37 | 77,45 | 55,08 | 1.072.733 | 5,30 | 08.05.24 | 8,2 | 4,95 | 11,79 | 12,09 |
| Merck | 150,90 | 148,15 | 149,25 | -0,23 | -3,86 | 176,25 | 134,30 | 78.589 | 2,20 | 26.04.24 | 1,5 | 2,25 | 8,70 | 9,99 |
| MTU Aero Engines NA | 249,60 | 246,40 | 248,00 | +0,08 | +9,98 | 257,20 | 158,20 | 27.167 | 2,00 | 08.05.24 | 0,8 | 2,25 | 12,33 | 14,04 |
| Münchener Rück vNA ^{1) 2)} | 452,90 | 442,60 | 451,00 | +1,44 | +32,06 | 473,60 | 335,30 | 89.969 | 15,00 | 30.04.25 | 3,3 | 16,03 | 44,01 | 45,09 |
| Porsche AG Vz. | 73,40 | 71,68 | 72,94 | +1,87 | -34,41 | 113,60 | 65,66 | 197.291 | 2,31 | 07.06.24 | 3,2 | 2,31 | 5,04 | 5,83 |
| Porsche Vz. | 43,07 | 42,60 | 42,93 | +0,94 | -20,5 | 54,94 | 41,60 | 552.669 | 2,56 | 11.06.24 | 6,0 | 2,56 | 16,17 | 18,19 |
| Qiagen ¹⁾ | 38,78 | 38,00 | 38,50 | +2,35 | -9,95 | 44,73 | 33,75 | 155.248 | 1,32 | 21.06.24 | k.A. | 0,00 | 2,12 | 2,29 |
| Rheinmetall | 497,70 | 488,00 | 494,70 | +0,92 | +93,39 | 571,80 | 226,50 | 65.539 | 5,70 | 14.05.24 | 1,2 | 7,75 | 21,35 | 29,21 |
| RWE St. | 33,34 | 33,00 | 33,21 | +1,28 | -17,12 | 42,33 | 30,08 | 680.616 | 1,00 | 03.05.24 | 3,0 | 1,10 | 2,75 | 2,03 |
| SAP ^{1) 2) 3)} | 184,42 | 180,58 | 183,98 | +1,37 | +51,95 | 190,98 | 118,52 | 462.094 | 2,20 | 13.05.25 | 1,2 | 2,25 | 4,45 | 5,97 |
| Sartorius Vz. ¹⁾ | 212,40 | 204,50 | 205,70 | -1,63 | -41,23 | 383,70 | 199,50 | 142.406 | 0,74 | 28.03.24 | 0,4 | 0,77 | 4,85 | 6,41 |
| Siemens Energy | 26,30 | 25,54 | 26,03 | +2,36 | +68,86 | 27,91 | 6,40 | 1.594.155 | k.A. | 26.02.24 | k.A. | 0,00 | 0,05 | 0,84 |
| Siemens Healthineers ¹⁾ | 54,10 | 53,30 | 53,64 | +0,11 | +4,48 | 58,14 | 44,39 | 418.885 | 0,95 | 18.04.24 | 1,8 | 1,00 | 2,19 | 2,61 |
| Siemens NA ^{1) 2)} | 175,20 | 171,60 | 173,84 | +1,99 | +14,67 | 188,88 | 119,48 | 409.552 | 4,70 | 08.02.24 | 2,7 | 5,00 | 10,50 | 11,57 |
| Symrise Inh. | 114,40 | 112,55 | 113,95 | +1,7 | +17,57 | 116,90 | 87,38 | 70.535 | 1,10 | 15.05.24 | 1,0 | 1,16 | 3,45 | 3,92 |
| Volkswagen Vz. ¹⁾ | 107,10 | 105,65 | 106,80 | +1,14 | -14,51 | 128,60 | 97,83 | 340.402 | 9,06 | 29.05.24 | 8,5 | 9,02 | 29,04 | 33,72 |
| Vonovia NA | 28,87 | 28,44 | 28,60 | +1,53 | +35,74 | 30,21 | 19,19 | 535.105 | 0,90 | 08.05.24 | 3,1 | 1,20 | 1,97 | 2,05 |
| Zalando | 23,64 | 23,07 | 23,37 | +0,34 | -24,64 | 32,17 | 15,95 | 186.416 | k.A. | 17.05.24 | k.A. | 0,00 | 0,82 | 1,12 |

Tops Flops

| Dax | Flops |
|--------------------------|----------------------------|
| Infinion NA +4,05 | Sartorius Vz. -1,63 |
| Bayer NA +3,81 | Merck -0,23 |
| Dt. Bank NA +3,14 | MTU Aero +0,08 |

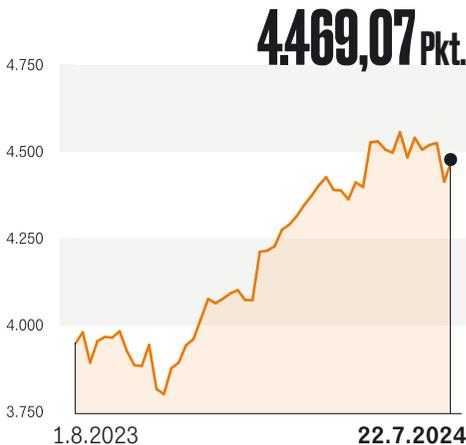
| MDax | Flops |
|---------------------------|-----------------------|
| Aixtron +4,60 | TUI -4,37 |
| Evotec +4,16 | Aurubis -3,23 |
| Hugo Boss NA +4,10 | Hensoldt -1,68 |



Europäische Indizes

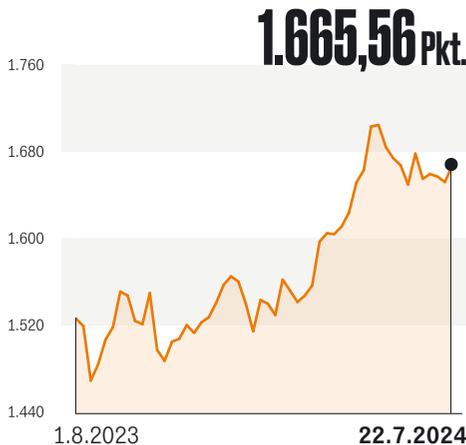
Stoxx Europe 50

Aktienindex Europa in Punkten



S&P Großbritannien

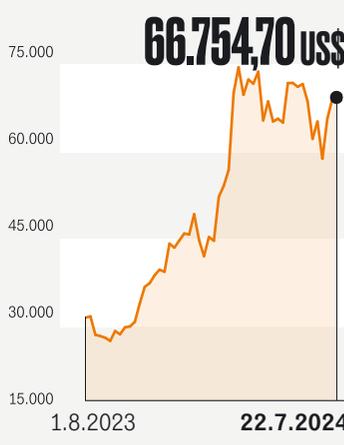
Aktienindex Großbritannien in Punkten



Währungen

Bitcoin

Kurs in US-Dollar



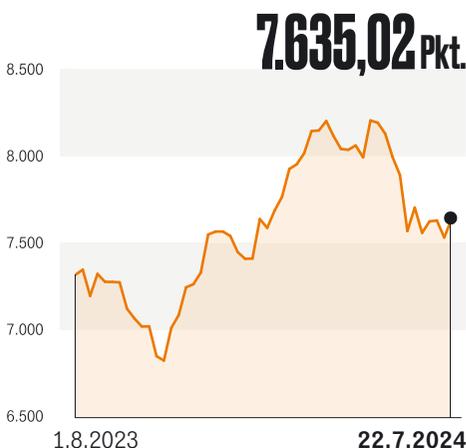
Ethereum

Kurs in US-Dollar



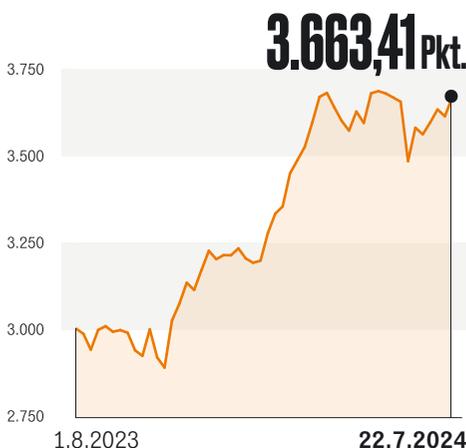
CAC 40

Aktienindex Frankreich in Punkten



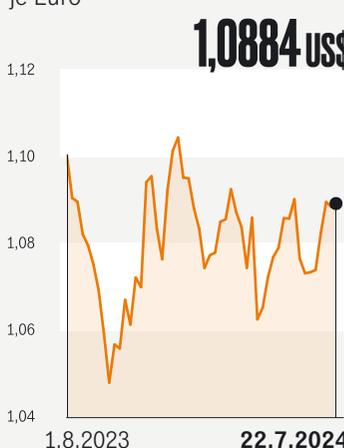
Dow Jones Italy Titans 30

Aktienindex Italien in Punkten



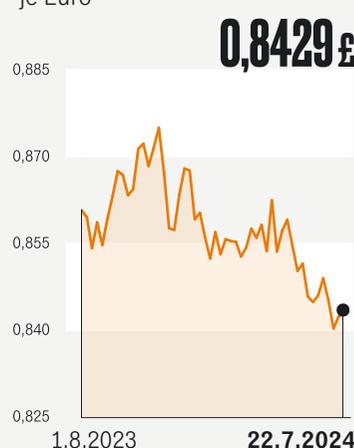
Euro/US-Dollar

Wechselkurs in US-Dollar je Euro



Euro/Britisches Pfund

Wechselkurs in brit. Pfund je Euro



Rohstoffe

Gold

Preis in US-Dollar je Feinunze



Kupfer

Preis in US-Dollar je Tonne



Staatsanleihen

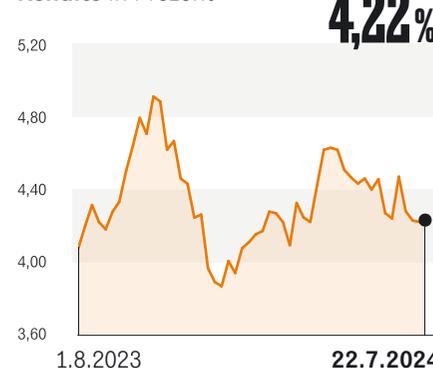
Bundesanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent



US-Staatsanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent



GSCI

3609,47 | +0,02 %

52-W.-Hoch 3857,44 | Tief 3218,98



DEUTSCHE EDELMETALLE

| | 22.7.2024 | 18.7. |
|-------------------|-----------------|-----------------|
| Silber | 839,57 - 926,63 | 872,40 - 962,87 |
| Silber verarb. | 969,73 | 1.008 |
| Platin Barren | 30,74 | 31,86 |
| Platin verarb. | 31,89 | 33,05 |
| Palladium Barren | 29,20 | 30,26 |
| Palladium verarb. | 30,31 | 31,41 |
| Gold | 69,75 - 75,17 | 71,21 - 76,74 |
| Gold verarb. | 78,73 | 80,38 |

Silber Euro / kg; Platin, Palladium und Gold, Euro / g.
Die Preise gelten nur für industrielle Abnehmer (ohne MwSt.)
Quelle: Heraeus

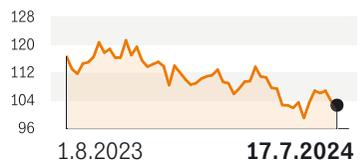
DEUTSCHE METALLPREISE

| Kassa Basis London (€/100 kg) | 22.7.2024 | 19.7. |
|-------------------------------|-------------------|-------------------|
| Aluminium, hochgrädig | 207,5 - 207,5 | 212,2 - 212,2 |
| Aluminium, Legierung | 240,5 - 241,4 | 250,6 - 251,5 |
| Blei | 188,3 - 188,4 | 192,6 - 192,8 |
| Kupfer (A) | 838,4 - 838,5 | 845,8 - 845,9 |
| Kobalt | 2.358,5 - 2.404,5 | 2.358,4 - 2.404,3 |
| Nickel | 1.455,5 - 1.456,0 | 1.478,0 - 1.478,5 |
| Zink, spezial-hochgrädig | 244,3 - 244,4 | 249,2 - 249,4 |
| Zinn | 2.765,0 - 2.774,2 | 2.816,9 - 2.817,9 |

Heizöl

(Ø 15 Städte) 104,04 | -1,97 %

52-Wochen-Hoch 128,93 | Tief 98,07



HEIZÖLPREISE

eid HAMBURG. Ermittelte Angebotspreise des EID für Lieferungen von 3000 l (Premium-Qualität) frei Verwendertank in €/100 l einschl. 19% MwSt., EBV und IWO:

| | 17.7.2024 | 10.7. | 17.7.2024 | 10.7. | |
|------------|-----------|--------|-----------|--------|--------|
| Berlin | 103,25 | 106,48 | Karlsruhe | 100,95 | 101,15 |
| Bremen | 113,63 | 113,20 | Kiel | 102,40 | 107,25 |
| Dresden | 102,89 | 105,13 | Leipzig | 102,82 | 105,65 |
| Düsseldorf | 101,45 | 103,17 | Lübeck | 105,26 | 108,06 |
| Frankfurt | 101,70 | 104,02 | München | 101,87 | 102,73 |
| Hamburg | 106,16 | 109,63 | Rostock | 105,55 | 106,48 |
| Hannover | 105,25 | 106,52 | Stuttgart | 102,67 | 104,25 |

Schalterkurse Edelmetalle

| Goldbarren und -münzen in Euro (Mehrwertsteuerfrei) | Ankauf 22.7.2024 | Verkauf 22.7. | Rendite in % 21.7.2023 | 52-Wochen Hoch | Tief |
|---|------------------|---------------|------------------------|----------------|-----------|
| Gold (kg) | 68.697,00 | 71.849,00 | +17,84 | 72.559,00 | 55.592,00 |
| 500 g Goldbarren | 33.783,00 | 36.277,00 | +15,25 | 36.172,50 | 27.879,00 |
| 100 g Goldbarren | 6.756,00 | 7.289,50 | +14,58 | 7.251,50 | 5.592,75 |
| 1 oz Goldbarren | 2.101,50 | 2.255,50 | +13,95 | 2.249,40 | 1.744,50 |
| 10 g Goldbarren | 675,50 | 750,50 | +10,47 | 736,00 | 570,00 |
| 1/2 oz Krügerand | 212,00 | 220,00 | +13,00 | 224,00 | 175,75 |
| 1/4 oz Krügerand | 105,00 | 119,90 | +8,47 | 116,65 | 89,55 |
| 1/4 oz Krügerand | 528,00 | 618,00 | +4,60 | 591,00 | 458,70 |
| 1/10 oz Krügerand | 211,00 | 255,00 | +0,38 | 240,15 | 187,55 |
| 1/2 oz Maple Leaf | 1.056,00 | 1.198,90 | +8,47 | 1.163,65 | 899,55 |
| 1 Österreichischer Dukat | 231,80 | 246,50 | +14,75 | 247,15 | 196,60 |
| 10 Österreichische Kronen | 204,50 | 219,50 | +12,36 | 219,25 | 169,75 |
| 20 Österreichische Kronen | 409,40 | 435,50 | +14,84 | 436,15 | 334,55 |
| 100 Österreichische Kronen | 2.044,00 | 2.152,00 | +17,88 | 2.166,00 | 1.658,00 |
| 20 Francs Leopold | 391,10 | 417,00 | +9,86 | 422,35 | 329,25 |
| 20 Francs Marianne | 391,10 | 416,90 | +11,81 | 419,15 | 329,95 |
| 1 DM Deutschland | 823,00 | 929,70 | -11,13 | 904,80 | 738,85 |
| 20 Mark Wilhelm I | 489,60 | 590,00 | +2,43 | 557,60 | 430,10 |
| 20 Mark Wilhelm II | 489,60 | 521,70 | +9,41 | 522,90 | 407,25 |
| 50 Chilienische Pesos | 610,00 | 677,50 | +11,42 | 664,50 | 512,25 |
| 2 Rand | 492,30 | 518,50 | +15,56 | 522,15 | 403,35 |
| 20 Kronen Dänemark | 546,70 | 671,00 | +0,50 | 628,15 | 481,50 |
| 20 Franken Vreneli | 396,60 | 417,50 | +7,19 | 420,25 | 339,95 |

Die Quelle der An- und Verkaufspreise (gültig für sehr gut erhaltene Stücke) ist die Degussa Goldhandel GmbH. Die Rendite entspricht dem Preis, den die Quelle dem Anleger bei einem Goldverkauf bezahlt, abzüglich der Anschaffungskosten, die ihm beim Kauf vor einem Jahr entstanden sind.

Ausgewählte Einzelwerte

MDax (auch im Euro Stoxx 50, Stoxx 50, TecDax) 25506,91 | +0,65% | 52-Wochen-Hoch 28.889,94 | 52-Wochen-Tief 23.626,97

Table with 7 columns: Topsis des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, Jahresdiv., Ex-Tag, KGV, Ergebnis. Includes companies like Traton, United Internet NA, Bilfinger, Ströer & Co.

Main table for MDax with columns: Tages-, Hoch, Tief, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz Letzte, Div., HV, Div., Divs., Ergebnis, KGV, MK, Streu. Includes companies like Aixtron, Aroundtown, Aurubis, Bechtle, Bilfinger, etc.

S&P500 5552,09 | +0,86% | 52-W.-Hoch 5.669,67 | 52-W.-Tief 4.103,78

Main table for S&P500 with columns: (Auswahl, ohne DJ-Indextitel), Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Letzte, KGV, 2024, 2025, 2024, 2025, MK, Streu. Includes companies like Abbott Laboratories, AbbVie Inc, Adobe, AirBnB, Alphabet Inc. A, etc.

SDax (auch im Euro Stoxx 50, Stoxx 50, TecDax) 14552,52 | +1,36% | 52-Wochen-Hoch 15.337,24 | 52-Wochen-Tief 11.973,73

Main table for SDax with columns: Tages-, Hoch, Tief, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz Letzte, Div., HV, Div., Divs., Ergebnis, KGV, MK, Streu. Includes companies like 1&1, adesso, Adtran Hold., Adtran Networks, Amadeus Fire, etc.

Ausgewählte Einzelwerte

EuroStoxx50

4904,69 | +1,60% | 52-Wochen-Hoch 5.121,71 | 52-Wochen-Tief 3.993,10

| TOPS des Jahres | 52-Wochen-Hoch | Dividendenrendite | KGV |
|-------------------|----------------|-----------------------|----------------------|
| UniCredit | +74,69 | 38,83 am 22.7.2024 | Nordea Bank AB 8,5% |
| Intesa Sanpaolo | +46,92 | 3,77 am 17.5.2024 | Stellantis 8,2% |
| Safran | +41,69 | 218,90 am 27.5.2024 | Intesa Sanpaolo 8,0% |
| BBVA | +41,45 | 11,28 am 4.4.2024 | BNP Paribas 7,1% |
| Schneider Electr. | +39,16 | 239,00 am 16.5.2024 | ENI 6,7% |
| ASML Hold. | +36,56 | 1.021,80 am 11.7.2024 | Enel 6,5% |
| Ferrari | +35,47 | 410,10 am 27.3.2024 | ING Groep 6,5% |
| | | | Stellantis 3,8% |
| | | | Banco Santander 6,1% |
| | | | ENI 6,6% |
| | | | BBVA 6,8% |
| | | | TotalEnergies 6,8% |
| | | | BNP Paribas 7,0% |
| | | | UniCredit 7,3% |

| (ohne deutsche Indextitel) | Verlauf | ± % Vortag | ± % 1 Jahr | 52 Wochen | Umsatz | Letzte | Div. | Ergebnis | KGV | MK Streu. |
|----------------------------|----------|------------|------------|-----------|----------|------------|-------|----------|-------|-----------|
| 22.7.2024 / 17:10 h | | | | Hoch | Stück | Div. | Rend. | 2024 | 2024 | in Mrd |
| AB Inbev | 56,20 | +1,3 | +6,64 | 62,16 | 49,17 | 364.740 | 0,82 | 1,5 | 3,32 | 16,93 |
| Ayden | 1.135,40 | +1,72 | -26,53 | 1.699,20 | 602,80 | 28.369 | k.A. | k.A. | 28,17 | 40,31 |
| Ahold Delhaize | 29,83 | +1,32 | -5,38 | 31,88 | 25,40 | 802.612 | 0,61 | 3,7 | 2,53 | 11,79 |
| Air Liquide | 165,00 | +1,2 | +12,82 | 179,47 | 137,60 | 176.224 | 2,91 | 1,8 | 6,25 | 26,40 |
| ASML Hold. | 854,20 | +2,98 | +36,56 | 1.021,80 | 534,40 | 482.872 | 1,52 | 0,3 | 18,97 | 45,03 |
| AXA | 32,37 | +1,35 | +16,86 | 35,19 | 26,76 | 840.458 | 1,98 | 6,1 | 3,51 | 9,22 |
| Banco Santander | 4,53 | +2,13 | +28,35 | 4,93 | 3,33 | 10.901.380 | 0,10 | 3,9 | 0,74 | 6,12 |
| BBVA | 10,08 | +2,02 | +41,45 | 11,28 | 6,69 | 2.916.897 | 0,39 | 4,7 | 1,49 | 6,77 |
| BNP Paribas | 64,35 | +2,06 | +10,93 | 73,08 | 52,82 | 1.155.491 | 4,60 | 7,1 | 9,21 | 6,99 |
| Danone | 58,94 | +0,75 | +4,17 | 63,80 | 50,59 | 382.846 | 2,10 | 3,6 | 3,53 | 16,70 |
| Enel | 6,58 | -2,4 | +3,91 | 6,93 | 5,47 | 24.839.438 | 0,22 | 6,5 | 0,67 | 9,83 |
| ENI | 14,10 | +0,16 | +3,39 | 15,83 | 13,38 | 5.132.041 | 0,23 | 6,7 | 2,15 | 6,56 |
| EssilorLuxottica | 197,05 | +2,18 | +10,39 | 212,40 | 159,68 | 190.323 | 3,95 | 2,0 | 7,04 | 27,99 |
| Ferrari | 388,40 | +1,22 | +35,47 | 410,10 | 268,20 | 101.502 | 2,44 | 0,6 | 7,805 | 54,20 |
| Hermes Intern. | 2.095,00 | +1,6 | +9,4 | 2.436,00 | 1.641,00 | 31.925 | 21,52 | 1,2 | 44,50 | 47,08 |
| Iberdrola | 11,75 | -0,04 | +6,71 | 12,17 | 9,44 | 2.869.795 | 0,00 | 0,0 | 0,80 | 14,68 |
| Inditex | 45,45 | +0,49 | +30,6 | 47,68 | 32,32 | 373.124 | 0,68 | 4,5 | 1,73 | 26,27 |
| ING Groep | 17,07 | +1,45 | +28,6 | 17,13 | 11,43 | 3.753.242 | 0,76 | 6,5 | 1,91 | 8,94 |
| Intesa Sanpaolo | 3,72 | +2,02 | +46,92 | 3,77 | 2,31 | 54.517.038 | 0,15 | 8,0 | 0,47 | 7,91 |
| Kering | 319,05 | +1,27 | -41,06 | 546,80 | 299,20 | 93.322 | 9,50 | 4,4 | 16,75 | 19,05 |
| L'Oréal | 409,85 | +1,34 | -0,32 | 461,85 | 372,00 | 60.884 | 6,75 | 1,6 | 12,96 | 31,62 |
| LVMH | 694,60 | +2,18 | -19,97 | 886,40 | 644,00 | 135.488 | 7,50 | 1,9 | 31,37 | 22,14 |
| Nokia | 3,46 | +2,62 | -3,34 | 3,80 | 2,70 | 3.758.513 | 0,03 | 3,8 | 0,34 | 10,19 |
| Nordea Bank AB | 10,80 | +2,61 | +4,31 | 11,79 | 9,75 | 3.631.920 | 0,92 | 8,5 | 1,44 | 7,50 |
| Pernod Ricard | 127,60 | +2,2 | -36,77 | 204,90 | 123,70 | 150.278 | 2,35 | 3,7 | 8,06 | 15,83 |
| Prosus | 32,96 | +2,54 | +7,67 | 36,63 | 23,76 | 1.112.493 | 0,06 | 0,2 | 2,06 | 16,00 |
| Safran | 200,80 | +1,57 | +41,69 | 218,90 | 141,28 | 142.130 | 2,20 | 1,1 | 7,00 | 28,69 |
| Saint Gobain | 78,58 | +1,39 | +34,65 | 82,76 | 48,87 | 275.382 | 2,10 | 2,7 | 6,30 | 12,47 |
| Sanofi S.A. | 93,68 | +1,43 | -5 | 104,32 | 80,60 | 405.343 | 3,76 | 4,0 | 7,62 | 12,29 |
| Schneider Electr. | 226,25 | +1,5 | +39,16 | 239,00 | 134,38 | 293.128 | 3,50 | 1,5 | 8,34 | 27,13 |
| Stellantis | 18,86 | +1,47 | +14,22 | 27,35 | 16,15 | 3.406.426 | 1,55 | 8,2 | 4,95 | 3,81 |
| TotalEnergies | 63,31 | +0,92 | +17,26 | 70,11 | 52,82 | 1.405.368 | 0,79 | 4,8 | 9,27 | 6,83 |
| UniCredit | 38,79 | +3,38 | +74,69 | 38,83 | 20,44 | 5.935.776 | 1,80 | 4,6 | 5,33 | 7,28 |
| Vinci | 107,00 | +1,37 | -0,94 | 120,62 | 97,44 | 434.040 | 3,45 | 4,2 | 8,50 | 12,59 |
| Wolters Kluwer | 153,15 | +1,73 | +35,17 | 156,60 | 107,00 | 126.088 | 1,36 | 1,4 | 4,92 | 31,13 |

Dow Jones

40390,21 | +0,25% | 52-Wochen-Hoch 41.376,00 | 52-Wochen-Tief 32.327,20

| 22.7.2024 / 17:10 h | Verlauf | ± % Vortag | ± % 1 Jahr | 52 Wochen | Umsatz | Letzte | Div. | Ergebnis | KGV | MK Streu. |
|---------------------|---------|------------|------------|-----------|--------|------------|-------|----------|-------|-----------|
| | | | | Hoch | Stück | Div. | Rend. | 2024 | 2024 | in Mrd |
| 3M | 103,75 | -0,17 | +18,94 | 106,04 | 71,35 | 920.051 | 0,70 | 4,5 | 7,16 | 15,77 |
| Amazon.com | 183,56 | +0,23 | +41,2 | 201,20 | 118,35 | 12.425.572 | k.A. | k.A. | 4,57 | 43,72 |
| American Express | 244,32 | +0,74 | +43,53 | 253,73 | 137,80 | 914.398 | 0,70 | 0,9 | 12,98 | 20,49 |
| Amgen Inc. | 334,75 | +1,04 | +42,56 | 338,98 | 228,21 | 355.310 | 2,25 | 2,4 | 19,49 | 18,69 |
| Apple Inc. | 224,94 | +0,28 | +17,19 | 237,19 | 164,08 | 14.004.917 | 0,25 | 0,4 | 6,61 | 37,04 |
| Boeing | 179,73 | +0,11 | -15,14 | 267,54 | 159,70 | 1.724.848 | 2,06 | 4,1 | -1,85 | 0,00 |
| Caterpillar | 343,69 | -1,13 | +33,39 | 382,01 | 223,76 | 940.294 | 1,41 | 1,3 | 21,66 | 17,27 |
| Chevron Corp. | 158,06 | -0,69 | -0,4 | 171,70 | 139,62 | 1.918.384 | 1,63 | 3,5 | 12,64 | 13,61 |
| Cisco Systems | 47,13 | -0,41 | -10,46 | 58,19 | 44,95 | 3.504.739 | 0,40 | 3,1 | 3,71 | 13,83 |
| Coca-Cola | 64,60 | -1,08 | +3,45 | 65,81 | 51,55 | 2.857.114 | 0,49 | 2,6 | 2,82 | 24,93 |
| Disney Co. | 94,13 | -1,68 | +7,97 | 123,74 | 78,73 | 4.147.165 | 0,45 | 0,3 | 4,75 | 21,57 |
| Dow Inc. | 54,36 | +0,85 | +2,47 | 60,69 | 47,26 | 759.341 | 0,70 | 4,8 | 2,92 | 20,26 |
| Goldman Sachs | 487,29 | +0,49 | +38,45 | 509,48 | 289,36 | 496.567 | 3,00 | 2,0 | 36,35 | 14,59 |
| Home Depot | 363,66 | +0,13 | +13,48 | 396,87 | 274,26 | 799.645 | 2,25 | 2,1 | 15,11 | 26,20 |
| Honeywell | 215,42 | +0,36 | +3,27 | 220,79 | 174,88 | 453.282 | 1,08 | 1,8 | 10,23 | 22,92 |
| IBM | 183,69 | +0,23 | +32,21 | 199,18 | 135,87 | 650.479 | 1,67 | 3,3 | 9,94 | 20,11 |
| Intel | 32,91 | -0,29 | -3,26 | 51,28 | 29,73 | 14.730.340 | 0,13 | 2,1 | 1,09 | 32,86 |
| Johnson&Johnson | 154,69 | 0 | -9,11 | 175,97 | 143,13 | 1.247.799 | 1,24 | 2,8 | 10,01 | 16,82 |
| JP Morgan Chase | 210,61 | +0,36 | +35,92 | 217,56 | 135,19 | 2.180.482 | 1,15 | 1,8 | 17,72 | 12,94 |
| McDonald's | 258,77 | +0,56 | -12,46 | 302,39 | 243,53 | 737.641 | 1,67 | 2,2 | 12,16 | 23,16 |
| Merck & Co. | 125,49 | -0,26 | +13,67 | 134,63 | 99,14 | 1.055.745 | 0,77 | 2,2 | 8,14 | 16,78 |
| Microsoft | 441,90 | +1,1 | +28,54 | 468,35 | 309,45 | 4.654.530 | 0,75 | 0,6 | 11,81 | 40,73 |
| Nike | 74,49 | +2,43 | -31,7 | 123,39 | 71,24 | 7.789.836 | 0,37 | 1,8 | 3,74 | 21,68 |
| Procter & Gamble | 168,29 | +0,17 | +10,04 | 170,92 | 141,45 | 1.644.452 | 1,01 | 2,1 | 6,55 | 27,97 |
| Salesforce Inc. | 253,90 | +2,54 | +11,33 | 318,72 | 193,68 | 1.752.157 | 0,40 | 0,1 | 8,22 | 33,62 |
| Travelers Comp. | 204,79 | +0,62 | +18,5 | 232,75 | 157,33 | 267.851 | 1,05 | 1,8 | 17,14 | 13,00 |
| UnitedHealth | 563,08 | -0,42 | +11,16 | 581,50 | 436,38 | 1.211.111 | 2,10 | 1,2 | 27,59 | 22,21 |
| Verizon | 39,07 | -6,13 | +15,32 | 43,42 | 30,14 | 21.579.520 | 0,67 | 6,2 | 4,59 | 9,26 |
| VISA Inc. | 266,39 | +0,35 | +11,34 | 290,96 | 227,68 | 1.349.183 | 0,52 | 0,7 | 9,95 | 29,14 |
| Walmart Inc. | 70,48 | -0,39 | +33,51 | 71,33 | 49,85 | 2.312.168 | 0,21 | 1,5 | 2,22 | 34,56 |

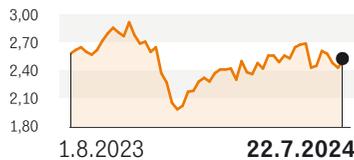
Aktuelle Kursinformationen finden Sie unter

<http://finanzen.handelsblatt.com>

Zinsen

Umlaufrendite

2,50 | +0,06
52-Wochen-Hoch 2,95 | Tief 1,95



INTERNATIONALE RENDITEN

| 10-j. Staatsanleihen | 22.7.2024 | ± in % | 19.7. |
|----------------------|-----------|--------|-------|
| Australien | 4,31 | +0,35 | 4,29 |
| Belgien | 3,02 | +0,1 | 3,01 |
| Dänemark | 2,44 | +0,33 | 2,43 |
| Deutschland | 2,47 | +0,28 | 2,46 |
| Frankreich | 3,13 | +0,16 | 3,12 |
| Griechenland | 3,40 | -0,7 | 3,42 |
| Großbritannien | 4,23 | +0,26 | 4,22 |
| Hongkong | 3,28 | -0,03 | 3,28 |
| Irland | 2,85 | +0,21 | 2,85 |
| Italien | 3,75 | -0,43 | 3,76 |
| Japan | 1,06 | +1,74 | 1,04 |
| Kanada | 3,37 | -0,36 | 3,38 |
| Neuseeland | 4,42 | +1,08 | 4,37 |
| Niederlande | 2,75 | +0,44 | 2,74 |
| Österreich | 2,95 | +0,2 | 2,94 |
| Portugal | 3,05 | 0 | 3,05 |
| Schweden | 2,09 | -0,81 | 2,10 |
| Schweiz | 0,56 | -0,88 | 0,57 |
| Spanien | 3,19 | +0,13 | 3,19 |
| USA | 4,22 | -0,23 | 4,23 |

Devisenmärkte

US \$ je Euro

1,0884 | -0,01%
52-W.-Hoch 1,1150 | Tief 1,0448



Devisen- und Sortenkurse für 1 Euro

| 22.7.2024 | Devisen ¹⁻³⁾ | 3 Monate ⁴⁾ | | 6 Monate ⁵⁾ | | Ref.kurse | Bankschalter ⁶⁾ | |
|------------|-------------------------|------------------------|----------|------------------------|---------|-----------|----------------------------|----------|
| | | Geld | Brief | Geld | Brief | | EZB | Verkauf |
| Australien | A \$ | 1,6394 | 1,6396 | +35,45 | +35,84 | 1,6370 | 1,5546 | 1,7357 |
| Dänemark | dkr | 7,4417 | 7,4817 | -75,57 | -73,30 | 7,4617 | 7,1166 | 7,9281 |
| Großbrit. | £ | 0,8395 | 0,8435 | +31,00 | +31,53 | 0,8422 | 0,8048 | 0,8946 |
| Hongkong | HK \$ | 8,4970 | 8,4979 | +151,36 | +171,16 | 8,5006 | 7,9347 | 9,6297 |
| Japan | ¥ | 170,4200 | 170,9000 | -159,41 | -159,23 | 170,8000 | 161,7814 | 181,1093 |
| Kanada | kan \$ | 1,4906 | 1,5026 | +27,95 | +28,23 | 1,4971 | 1,4207 | |

In Deutschland zugelassene Qualitätsfonds

Name Wshr. ISIN Rückn. Perf. 31. in % Montag, den 22.7.2024

INVESTMENTFONDS

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)



Telefon +49 69 7147-652 www.deka.de

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

METZLER ASSET MANAGEMENT GMBH

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

ODDO BHF ASSET MANAGEMENT

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



Telefon +49 2103 28410

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



Telefon 069 58998-6060 www.union-investment.de

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

ADEPT INVESTMENT MANAGEMENT PLC

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

Alpen Privatbank

alpenprivatbank.com Telefon +43 5517 202-01

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

ALTE LEIPZIGER

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

COMMERZ REAL

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

DAVIS FUNDS SICAV

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



Telefon +49 69 7147-652 www.deka.de

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

DEKA INTERN. (LUX) (DEKA-GRUPPE)

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

DEKA IMMOBILIEN INVESTMENT

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

DEKA-VERMÖGENSMANAGEMENT GMBH

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

DWS

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



www.guinnessgi.com/de info@guinnessgi.com

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

GUTMANN KAPITALANLAGE

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



www.hal-privatbank.com

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



www.hwb-fonds.com | info@hwb-fonds.com

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

IFM INDEPENDENT FD. MANAGEMENT AG

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

INKA INTERN. KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



Die Fonds-Designer www.ipconcept.com

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

KANAM GRUND KAPITALANLAGEGES.MBH

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

LILUX

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

LLB INVEST KAPITALANLAGEGES.MBH

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



Telefon +49 69 78808 137 fonds@mainfirst.com www.mainfirst.com

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



www.meag.com privat@meag.com

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

tägliche Anteilspreisveröffentlichungen - mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

METZLER ASSET MANAGEMENT GMBH

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

ODDO BHF ASSET MANAGEMENT

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

PAYDEN & RYDEL GLOBAL LTD.

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

QUINT:ESSENCE CAPITAL S.A.

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



Telefon: 0800 1685555 www.sauren.de

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

SECURITY KAPITALANLAGE AG

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

SEMPER CONSTANTIA INVEST GMBH

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

STATE STREET

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

UNIVERSAL-INVESTMENT-LUXEMBOURG S.A.

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

WARBURG INVEST

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

W&W ASSET MANAGEMENT DUBLIN

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.



Telefon 069 58998-6060 www.union-investment.de

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

UNION INVESTMENT (LUXEMBURG)

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

UNION INVESTMENT REAL ESTATE

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

UNIVERSAL-INVESTMENT-LUXEMBOURG S.A.

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

WARBURG INVEST

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

W&W ASSET MANAGEMENT DUBLIN

Table with 5 columns: Fund Name, ISIN, Value, Change, and other metrics.

* Fondspreise/ETF-Preise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar

2) NAV: Nettoinventarwert

Währungsangabe: AU=Australischer Dollar, CH=Schweizer Franken, CA=Canadischer Dollar, DK=Dänische Krone, EU=Euro, GB=Brit. Pfund, JP=Japanische Yen, NO=Norwegische Krone, PL=Polnische Zloty, SE=Schwedische Krone, SG=Singapur-Dollar, US=US-Dollar

Bei der ausschüttenden Tranche ist die Währung gefestigt.

Weitere Fonds-Infos unter: http://handelsblatt.com/boerse/fonds Fondsinformationen für Profis im IPT https://www.infrontfinance.com/products/infront-professional-terminal/

Alle Angaben ohne Gewähr, keine Anlageberatung oder -empfehlung



+49 69 26095760 fundservice@infrontfinance.com Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.

Markus Hinterberger München

Andere Währungen, andere Risiken: Beim Geldanlagen könne es sich durchaus lohnen, das Depot nicht nur am Euro auszurichten, sagen Fachleute. Denn aktuell zeigt sich deutlich, dass sich bestimmte Anlageklassen etwa im Dollar-Raum anders entwickeln – teils besser. So bringt beispielsweise eine Bundesanleihe mit zehn Jahren Laufzeit gerade einmal rund 2,5 Prozent. US-Treasuries mit derselben Laufzeit versprechen aktuell 4,3 Prozent.

Nun wäre es naheliegend, sich mit amerikanischen Staatsanleihen einzudecken. Doch da gibt es schon die erste Sache zu beachten: Je nachdem, wie sich das Verhältnis von Euro und Dollar entwickelt, kann es sein, dass die höheren Zinsen durch einen ungünstigen Wechselkurs völlig aufgezehrt werden. Hinzu kommen noch verschiedene Entwicklungen bei den Leitzinsen und die politische Lage.

Wie können Anleger also in Anlehnung an eine Börsenweisheit ihre Eier in mehrere Körbe legen? Einen gewissen Teil des Vermögens in Dollar, Schweizer Franken oder einer anderen Währung zu halten ist technisch einfach, sollte aber wohlüberlegt sein. „Wer auf Währungen setzt, muss stets auch die geopolitische Situation im Blick haben“, sagt Stefanie Dyballa. Die Weltpolitik wirke sich zwar auch auf Aktienmärkte aus, aber lange nicht so direkt wie auf Währungen, erklärt die Portfoliomanagerin bei der Nürnberger Vermögensverwaltung KSW.

Wann sind Fremdwährungen sinnvoll?

„Grundsätzlich sind Fremdwährungen aus Gründen der Risikostreuung für jeden Anleger sinnvoll“, erklärt Dyballa. Und ergänzt, dass Fremdwährungen auch als Schutz vor Inflation dienen können, um die Kaufkraft des eigenen Vermögens zu erhalten: „Insbesondere Währungen stabiler Volkswirtschaften wie der USA und der Schweiz werden in Krisenzeiten als sicherer Hafen angesehen.“ Vermögensbetreuer Peter Hoppe bekräftigt das: „In einem Depot sollte stets auch ein Währungsmix enthalten sein.“ Ab einem Depotvolumen von einer Million Euro hält er Fremdwährungen für dringend erforderlich.

Gibt es Unterschiede zwischen einzelnen Währungen?

► Der US-Dollar ist nach Daten verschiedener Onlinebanken meist dabei, wenn Anlegerinnen und Anleger Konten in Fremdwährungen führen oder anderweitig investiert sind. Das liegt daran, dass der Dollar noch immer so etwas wie die Leitwährung der Welt ist. Wenn US-Notenbank Chef Jerome Powell spricht, hören Investoren rund um den Globus zu. Denn die USA sind die größte Volkswirtschaft, der größte Anleiheschuldner der Welt und nach Marktkapitalisierung auch der mit Abstand größte Aktienmarkt.

► Beliebt ist auch der Schweizer Franken. Das liegt vor allem daran, dass die neutrale Schweiz sich aus internationalen Konflikten heraushält und als wohlhabende, stabile Demokratie gilt. Seit mehr als einem Jahrhundert ist der prominente Bankenstandort Zufluchtsort für Geld aus dem Ausland.

► Die Zeit des britischen Pfunds als Weltwährung ist zwar vorbei, aber das Vereinigte Königreich ist Europas zweitgrößte Volkswirtschaft und geopolitisch von großer Bedeutung.

► Der japanische Yen wiederum ist auch für Anleger interessant, die sich intensiv mit Währungen auseinandersetzen. Da die japanischen Notenbanker oft andere geldpolitische Ziele verfolgen als etwas die der Euro-Zone, kann es sich lohnen, hier zu spekulieren.

► Beliebt sind auch die Währungen rohstoffreicher Länder wie Australien, Kanada (beide Dollar) und Norwegen (Krone). Sie sind laut Experten so etwas wie ein indirektes Rohstoffinvestment.



Dollar, Franken, Pfund

Wie sinnvoll ist die Geldanlage in Devisen?

Im Depot können Anlagen in Fremdwährungen eine entscheidende Ergänzung zu Euro-Produkten sein. Doch das gilt nur unter bestimmten Umständen – und nicht für alle.

Wie kann man in Fremdwährungen investieren?

► **Fremdwährungskonten:** Die meisten Onlinebanken bieten neben einem Verrechnungskonto in Euro auch Konten in anderen Währungen an. Hier sind Dollar-Konten die beliebtesten. Vor allem für ambitionierte Anlegerinnen und Anleger, die ihre Papiere teilweise direkt an US-Börsen handeln, kann sich ein solches Konto lohnen.

Broker wie die Commerzbanktochter Comdirect bieten Konten in 13 verschiedenen Währungen an. „Vor einer Währungsanlage sollten Anleger die Kosten für die Umrechnung bei ihrer

70

Prozent

beträgt der US-Dollar-Anteil beim ETF des Aktienindexes MSCI.

Quelle: Vermögensverwalter Hoppe

Bank erfragen. Diese drücken sich über eine Geld-Brief-Spanne des Wechselkurses aus“, sagt Expertin Dyballa. Hier gelte es dann, genau zu rechnen: Diese Kosten können mitunter den Wechselkursgewinn übersteigen.

► **Tagesgeld und Festgeld:** Es gibt einige wenige Anbieter von Tagesgeld- und Festgeldkonten in Fremdwährungen, einer davon ist Willbe. Das Unternehmen gehört zur Liechtensteinischen Landesbank LLB, dem zweitgrößten Institut des Fürstentums. 4,48 Prozent Zinsen gibt es auf das Ein-Jahres-Festgeld in US-Dollar, 3,15 Prozent sind es für die in Euro. Und auch bei den übrigen Laufzeiten liegen die Erträge der Dollar-Konten



Franken, Pfund, Dollar und Yen (v. o.): „Wer auf Währungen setzt, muss stets auch die geopolitische Situation im Blick haben.“

höher. Das Institut bietet neben Festgeldern und Tagesgeldern in Dollar und Euro auch Konten in Schweizer Franken an. Hier müssen sich aber Sparer im Schnitt mit Zinsen zufriedengeben, die zwei Prozentpunkte unter denen der Euro-Konten liegen.

► **Anleihen:** Schuldpapiere von Staaten, aber auch von Unternehmen in Fremdwährungen gelten als klassischer Weg, Fremdwährungen direkt ins Depot zu bekommen. Allerdings kann es auch hier passieren, dass sich die jeweilige Währung ungünstig zum Euro entwickelt. Dieses Wechselkursrisiko lässt sich etwa mit Termingeschäften absichern.

► **Derivate:** „Mit einem Devisentermingeschäft oder einer Devisenoption kann das Währungsrisiko einer bereits bestehenden Währungsanlage eliminiert werden“, sagt Expertin Dyballa. Sie nennt Devisenoptionen, Devisentermingeschäfte oder Zertifikate als Instrumente, um Währungen zu kaufen und zu verkaufen. Und warnt: Die Kosten für eine Währungssicherung können dafür sorgen, dass ein eventueller Zinsvorteil zum Euro komplett aufgezehrt wird.

Stephan Simon hält wenig von Anlageinstrumenten wie Derivaten, die ausschließlich auf die Entwicklung von Fremdwährungen oder Fremdwährungspaaren abzielen. Sie sind aus Sicht des Vorstands des Münchener Vermögenverwalters Vermögenskultur nicht für Privatanleger geeignet: „Solche Produkte dienen oft nicht der Vermögensanlage, sondern in erster Linie der Spekulation.“

Gibt es Alternativen zu direkten Investments in Fremdwährungen?

„Grundsätzlich sind Anleger, die ein breit gestreutes Aktienportfolio besitzen, bereits in verschiedenen Währungsräumen engagiert“, sagt Vermögensverwalter Peter Hoppe. „Wer etwa einen ETF auf den bekannten Aktienindex MSCI World in seinem Portfolio hat, ist bereits zu 70 Prozent in US-Dollar investiert.“ Unternehmen aus dem Euro-Raum machen in diesem und den meisten anderen Weltindizes, wie dem FTSE All World, nur etwa zehn bis 15 Prozent aus.

„Sogar bei einer Investition in den Dax kauft sich der Anleger Fremdwährungsrisiken ein“, weiß Stephan Simon. Ein Großteil der Umsätze der im Dax notierten Unternehmen finden außerhalb Deutschlands statt. Die Umsätze in den jeweiligen Währungen fließen demnach zum aktuellen Umrechnungskurs in den Bilanzen ein. Damit haben Währungsschwankungen indirekt Einfluss auf den Aktienkurs der Unternehmen.

Stefanie Dyballa rät zu prüfen, welche Anlagen direkt oder indirekt über Aktien, Anleihen, Rohstoffe und Fonds bereits in Währungen vorhanden sind. „Es ist durchaus möglich, dass man sich Klumpenrisiken ins Depot holt, die man auf den ersten Blick gar nicht wahrnimmt“, erklärt die Portfoliomanagerin.

Worauf muss ich bei der Steuer achten?

Spekulationsgewinne auf Währungskonten werden bislang noch nicht in der Steuerbescheinigung beziehungsweise Ertragnisaufstellung der Banken ausgewiesen. Peter Hoppe nennt dies eine „Steuerfalle“, denn wer die Gewinne und Zinserträge nicht selbst in seiner Einkommensteuererklärung angibt, macht sich unter Umständen strafbar. Das wird sich 2025 ändern. Wer bislang keine Angaben zu den Erträgen gemacht hat, sollte sich bald am besten mit einem Steuerberater darum kümmern, sagt Hoppe.

Welche Rolle spielen Kryptowährungen?

Auch wenn Bitcoin, Ether und Co. Währungen genannt werden, würde Expertin Dyballa sie nicht zu den etablierten Devisen zählen. So werden Gewinne aus Kryptowährungen etwa wie Gold und nicht wie andere Währungen besteuert. Insgesamt warnen Experten davor, Kryptowährungen mit Zentralbank-Währungen zu vergleichen. Ihre Hauptargumente: die mangelnde Transparenz des Marktes und die im Vergleich zu den Devisenmärkten geringe Größe.

Investments

Buffett verkauft Aktien der Bank of America

Der Starinvestor war seit 2017 bei der zweitgrößten US-Bank investiert.

Düsseldorf. Im Juni trat Star-Investor Warren Buffett noch als Käufer auf. Zeitweise kaufte er mit seiner Beteiligungsgesellschaft Berkshire Hathaway täglich Aktien des Ölkonzerns Occidental Petroleum. Nun geht der 93-Jährige den umgekehrten Weg. Er verkauft Anteile an einem seiner Langfrist-Investments. In der vergangenen Woche verkaufte er von Mittwoch bis Freitag insgesamt knapp 34 Millionen Aktien der Bank of America im Wert von knapp 1,5 Milliarden Dollar. Das zeigen Daten der US-Börsenaufsicht SEC. Dadurch sank der Anteil von Berkshire an der zweitgrößten US-Bank um 3,3 Prozent.

Buffett baute seine Position bei der Bank of America im dritten Quartal 2017 auf – mit damals 679 Millionen Aktien. Zu dem Zeitpunkt war er auch in andere Großbanken investiert, etwa die Nummer eins in den USA, JP Morgan, und bei Goldman Sachs. Während Buffett dort seine Anteile über die Zeit aber wieder verkaufte, stockte er bei der Bank of America immer weiter auf.

Als Buffett zum 31. März 2024 das Aktienportfolio Berkshires offenlegen musste, besaß er 1,03 Milliarden Anteile – mehr als 13 Prozent aller Aktien des Instituts. Damit war Buffett der größte Einzelaktionär der Bank of America. Im Berkshire-Depot war die Bank hinter Apple die zweitgrößte Position und hatte ein Gewicht von zwölf Prozent. Nun verkaufte Buffett zum ersten Mal seit dem dritten Quartal 2022 Aktien der Bank.

Warren Buffett reduziert das Gewicht seiner größten Positionen

Was der Auslöser für die Verkäufe war, ist unklar. Berkshire äußert sich zu seinen Transaktionen nicht. Buffett kommentiert sie lediglich auf Aktionärstreffen oder in seltenen Interviews in den US-Medien. Auffällig ist aber, dass Buffett aktuell die extreme Konzentration seines Portfolios reduziert. Apple-Aktien hatten hier zeitweise ein Gewicht von über 50 Prozent. Durch Verkäufe im vierten Quartal 2023 und im ersten Quartal sank der Anteil auf 40 Prozent. Nun reduziert er auch bei seiner zweitgrößten Position das Gewicht.

Aktuell steht der Kurs der Aktie bei rund 43 Dollar. Das Jahreshoch liegt bei 44,44 Dollar. Damit hat die Aktie ein Niveau erreicht, von dem aus Analysten kaum noch Kurspotenzial sehen, wie Daten des Finanzdienstes LSEG zeigen. Demnach liegt das durchschnittliche Kursziel bei 45,50 Dollar. 15 von ihnen raten zum Kauf, zehn zum Halten, einer zum Verkauf.

Die Bank of America hat am vergangenen Dienstag ihre Quartalszahlen für den Zeitraum von April bis einschließlich Juni vorgelegt. Zwar sanken Erlöse und Gewinn im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, aber weniger stark als von Analysten befürchtet. Zudem teilte die Bank mit, dass sie davon ausgeht, dass die Nettozinsträge steigen werden – eine wichtige Einnahmequelle für Banken. Der Nettozinsbeitrag war im zweiten Quartal um drei Prozent auf knapp 14 Milliarden Dollar gesunken. Er ergibt sich aus der Differenz zwischen dem, was die Bank mit Krediten verdient, und dem, was sie Anlegern für ihre Ersparnisse zahlt. Im vierten Quartal soll dieser Wert auf 14,5 Milliarden Dollar steigen, erklärt die Bank.

Am Aktienmarkt kam diese Nachricht gut an. Die Aktie stieg um bis zu fünf Prozent. Für Buffett möglicherweise ein Zeichen, einen Teil seiner Kursgewinne zu realisieren, tags drauf starteten seine Verkäufe. Als er 2017 einstieg, lag der Kurs bei rund 24 Dollar – seitdem ist die Aktie knapp 80 Prozent gestiegen. Andreas Neuhaus





Handelsblatt Today



REUTERS

Kommt jetzt der Harris-Trade?

Am Ende hat US-Präsident Joe Biden auf seine vielen Kritiker gehört. Der demokratische Präsidentschaftskandidat gab am Sonntag bekannt, sich aus dem Wahlkampf zurückzuziehen. Vorausgegangen waren wochenlange Rücktrittsforderungen, nachdem Biden im TV-Duell gegen den republikanischen Herausforderer Donald Trump einen desaströsen Eindruck hinterlassen hatte.



Wir sehen, dass plötzlich Tech-Konzerne wieder zulegen.

Markus Koch
Wall-Street-Experte

Nun soll Vizepräsidentin Kamala Harris die Demokraten ins Weiße Haus führen. Trotz ihrer Tragweite wurde die Nachricht an den deutschen Märkten allenfalls mit einem Schulterzucken quittiert. Ganz anders in den USA. „Wir sehen, dass plötzlich Tech-Konzerne wieder zulegen“, sagt Wall-Street-Experte Markus Koch in der aktuellen Folge Handelsblatt Today. „Auch die Kurse von Greentech-Unternehmen steigen.“ Langfristig könnte sich eine US-Präsidentin Kamala Harris nämlich sehr positiv auf einige Sektoren auswirken. Welche, verrät Koch im Podcast.

Außerdem: Werden Bankkunden zum Opfer eines Betrugs, ist das ärgerlich – und teuer. Denn meistens bleiben Betroffene auf dem Schaden sitzen.

Moderiert von Kevin Knitterscheidt



Handelsblatt Today ist der börsentägliche Podcast aus dem Newsroom des Handelsblatts und erscheint Montag bis Freitag um 17.30 Uhr.



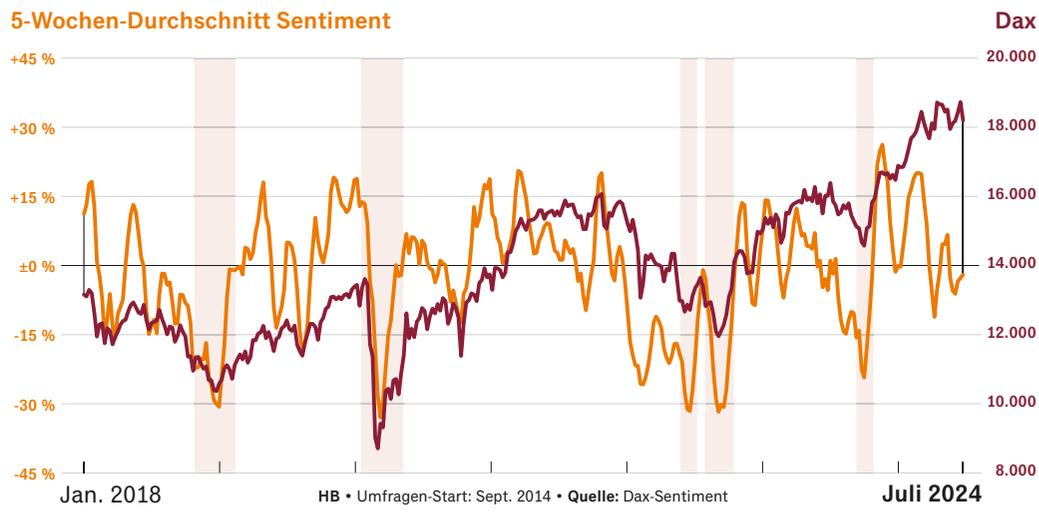
„Gefährlicher Optimismus“

Dax-Umfrage

Private Investoren setzen auf steigende Kurse. Dabei ruht die Hoffnung auf Käufern aus dem Ausland – doch die orientieren sich gerade um.

Dax-Sentiment im Vergleich zum Dax

Der Kurvenvergleich zeigt: Erreicht das fünfwöchige durchschnittliche Sentiment ein extremes Niveau, erfolgt eine Trendwende beim Dax.



Andreas Neuhaus Düsseldorf

Die deutlichen Kursverluste an der deutschen Börse in der vergangenen Woche haben Anlegerinnen und Anleger überrascht. Das zeigt das Ergebnis der Handelsblatt-Umfrage Dax-Sentiment: Demnach ist die Marktstimmung (Sentiment) eingebrochen. Für die Umfrage befragt das Handelsblatt jeden Freitag fast 9000 Privatanlegerinnen und -anleger nach ihrer aktuellen Markteinschätzung. Die Antworten wertet Stephan Heibel, Geschäftsführer des Analysehauses AnimusX, aus und ergänzt sie um weitere Indikatoren. Für die aktuelle Umfrage lautet Heibels Fazit: „Aus Sicht der Sentimentanalyse sind die Aktienmärkte nach oben begrenzt und nach unten gefährlich.“

Oberflächlich betrachtet platze gerade die Blase, die durch die Euphorie rund um die rasanten Fortschritte Künstlicher Intelligenz entstanden sei, erklärt Heibel. „Doch bei näherem Hinschauen gibt es eine ganze Reihe von Auslösern: Donald Trumps harsche Aussage, Taiwan müsse stärker zur Kasse gebeten werden, das sinkende Zinsniveau als Ausdruck aufkeimender Konjunktursorgen und Umschichtungen von Anlegern aufgrund der Wahlergebnisse der vergangenen Wochen.“

Stimmung fällt stärker als die Kurse

Gerade die Portfolioumschichtungen haben zu größeren Bewegungen an den Märkten geführt. Wobei die Auswirkungen in den USA und Deutschland unterschiedlich sind, wie Heibel feststellt: „Im US-Index S&P 500 fielen lediglich die Tech-Giganten, während 70 Prozent aller Titel anstiegen. Im Dax hingegen konnten nur fünf der 40 Aktien ein Plus ausweisen.“ Bei den Umfrageteilnehmern hat das dazu geführt, dass die Anlegerstimmung von plus 1,2 Punkten auf minus 3,4 Punkte eingebrochen ist. Extremwerte beginnen bei plus oder minus vier.

Auch die Selbstzufriedenheit brach ein, von plus 0,8 Punkten auf minus 4,3 Punkte. Das ist der niedrigste Wert seit Ende Oktober 2023. Die Selbstzufriedenheit zeigt an, ob Anleger glauben, dass sie richtig positioniert sind. Auffällig ist, dass die Stimmung so stark fällt, obwohl der Dax aktuell noch deutlich über seinem Jahrestief steht: Der Index notierte zum Wochenschluss bei 18.172 Punkten und ist am Montag wieder über die Marke von 18.300 Punkten gestiegen. Der tiefste Stand seit Jahresbeginn wurde Mitte Juni bei 17.951 Punkten erreicht.

„Dies zeigt, dass viele Anleger auf eine Beendigung der Sommerflaute gesetzt haben und nun

überrascht wurden“, sagt Heibel. Allerdings blicken die Umfrageteilnehmer unverändert optimistisch in die kommenden Börsenmonate. Die Zukunftserwartung ist nur leicht zurückgegangen auf plus 1,9 Punkte. Damit ist sie seit fast zwei Monaten im positiven Bereich. Das ist die längste Phase seit verganginem Herbst, vor dem Start der Jahresendrally.

Geringe Investitionsbereitschaft

Die Investitionsbereitschaft kann hier nicht mithalten. Sie steigt moderat auf 0,8 Punkte und verharrt auf niedrigem Niveau. Das bedeutet: Deutsche Privatanleger erwarten in den kommenden drei Monaten steigende Kurse, wollen selbst aber kaum noch investieren. „Sie setzen offensichtlich darauf, dass ausländische Anleger die Kurse nach oben treiben. Denn wer sonst soll Aktien kaufen, wenn sie es selbst nicht tun wollen?“, fragt Heibel. Er spricht von einem „gefährlichen Optimismus“.

Denn aktuell meiden internationale Anleger Europa, wie in der vergangenen Woche die Fondsmanager-Umfrage der Bank of America zeigte. Es ist die wichtigste Umfrage unter Profianlegern, befragt wurden 242 Fondsmanager, die insgesamt 632 Milliarden Dollar Kundenvermögen managen. Diese haben ihre Investments in Aktien der Euro-Zone auf Monatssicht so stark abgebaut wie zuletzt vor zwei Jahren. Nur noch netto zehn Prozent gewichten europäische Aktien über. Netto bedeutet, dass zehn Prozent mehr Investoren europäische Titel übergewichten als diejenigen, die das nicht machen. Erst im Juni war der Anteil auf netto 30 Prozent gestiegen. „Es müsste hier also ein Umdenken erfolgen, um der Positionierung der Anleger recht zu geben“, sagt Heibel.

Er sieht daher das Aufwärtspotenzial als begrenzt an. „Deutsche Anleger werden nicht mehr für steigende Kurse sorgen. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass sie im Falle von steigenden Kursen Gewinne mitnehmen werden, was eine eventuelle Rally nach oben bremsen würde.“ Gleichzeitig gebe es nur wenige Absicherungen gegen fallende Kurse. Zwar kaufen Privatanleger an der Börse Stuttgart etwas mehr Call-Optionen, die bei steigenden Kursen im Wert steigen, als Put-Optionen, die bei fallenden Kursen an Wert gewinnen. Profianleger kaufen an der europäischen Terminbörse Eurex aber verstärkt Call-Optionen. „Von einer defensiven Haltung ist hier nicht viel zu sehen“, sagt Heibel, der auch den Börsenbrief „Heibel-Ticker“ herausgibt. Er warnt daher: „Sollten die Aktienmärkte nach unten drehen, könnten Panikverkäufe diesen Trend verstärken.“



Viele Anleger haben auf eine Beendigung der Sommerflaute gesetzt und wurden nun überrascht.

Stephan Heibel
Geschäftsführer
des Analysehauses
AnimusX



Textilproduktion in China: Der Konsum in der Volksrepublik schwächtelt.

Geldpolitik

China senkt überraschend Leitzinsen

Immobilienkrise und Konsumflaute belasten die Wirtschaft. Niedrigere Kreditkosten sollen nun die Konjunktur stützen.

Chinas Zentralbank will die schwächelnde Wirtschaft mit einer überraschenden Leitzinssenkung stützen. Sie verringerte am Montag den im Fachjargon als Loan Prime Rate (LPR) bekannten Schlüsselzins, über den die Notenbank die Kosten für Verbraucherkredite und auch für Hypotheken steuert.

Der einjährige Satz wurde auf 3,35 von 3,45 Prozent reduziert und der fünfjährige LPR auf 3,85 von 3,95 Prozent verringert. Die meisten neuen und ausstehenden Kredite basieren auf dem einjährigen LPR, während der fünfjährige für die Baufinanzierung wichtig ist. Angesichts der Immobilienkrise und der Konsumflaute in der Volksrepublik könnten niedrigere Kreditkosten die Wirtschaft beleben.

Die überraschende Zinssenkung der Zentralbank der Volksrepublik (PBoC) sorgte allerdings für Nervosität an den Finanzplätzen in Asien. Die Börse in Shanghai notierte am Montag zum Handelsschluss 1,1 Prozent tiefer.

Gary Ng, Ökonom bei der Investmentbank Natixis in Hongkong, sagte: „Grundsätzlich deuten alle zugrunde liegenden Daten darauf hin, dass China niedrigere Zinsen gut gebrauchen kann.“ Doch zeige der Schritt, dass sich die Behörden gezwungen sähen, die Wirtschaft dringend anzukurbeln.

Chinas Wachstumsdynamik hat nachgelassen

Die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua sprach unter Berufung auf nicht näher genannte Personen im Umfeld der Notenbank von „entschiedenen“ Zinssenkungsschritten. Sie seien Ausdruck der Entschlossenheit, die Konjunkturerholung zu stützen und das diesjährige Wachstumsziel von rund fünf Prozent zu erreichen.

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt nach den USA hat nach der Pandemie deutlich an Wachstumsdynamik eingebüßt und sucht nach Wegen, die Wirtschaft wiederzubeleben. Dazu hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas um Staatschef Xi Jinping jüngst ein Maßnahmenbündel beschlossen, ohne dabei allerdings allzu konkret zu werden.

So soll etwa das politische System verbessert werden, um die Finanzierung nicht staatlicher Firmen zu unterstützen. Demnach sollen die Märkte bei der Ressourcenverteilung eine entscheidende Rolle spielen. Die Behörden sollen den Plänen zufolge die Struktur staatlicher Unternehmen optimieren, ihre wichtigsten Investitionsbereiche klarstellen und die Konzentration auf Schlüsselbereiche im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit und der Volkswirtschaft fördern.

„Die Zinssenkung ist ein unerwarteter Schritt, wahrscheinlich aufgrund der starken Verlangsamung der Wachstumsdynamik im zweiten Quartal“, sagte Larry Hu, Chefvolkswirt für China bei der Bank Macquarie. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Volksrepublik war von April bis Juni mit einem Plus von 4,7 Prozent so langsam gestiegen wie seit über einem Jahr nicht mehr.

3,35

Prozent

beträgt der einjährige Loan Prime Rate in China, der als Schlüsselzins gilt.

Quelle: PBoC

Dass die Notenbank in Peking nun noch vor der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) die Zinsen gesenkt hat, ist aus Expertensicht ein Anzeichen dafür, wie dringend die Konjunktur in China auf Impulse angewiesen ist.

„Die Tatsache, dass die PBoC nicht darauf gewartet hat, dass die Fed zuerst ihre Zinsen senkt, zeigt, dass die Regierung den Abwärtsdruck auf Chinas Wirtschaft erkennt“, sagte Zhang Zhiwei, Chefvolkswirt bei Pinpoint Asset Management. Viele Experten gehen davon aus, dass die Fed die Zinswende nach unten frühestens im September einleiten wird. Reuters

Chart des Tages

Übernahmeaussicht stützt Rentokil

Die Aktie des Schädlingsbekämpfers legt nach einem Bericht zweistellig zu.

Die Aussicht auf eine mögliche Übernahme treibt die Aktie des britischen Schädlingsbekämpfers Rentokil an. Die Papiere legten am Montag an der Börse in London direkt zu Handelsbeginn mehr als 14 Prozent zu. Am späten Nachmittag notierte die Aktie noch etwa neun Prozent im Plus.

Philip Jansen, der ehemalige Chef des Telekommunikationsunternehmens BT, arbeitet einem Medienbericht zufolge an einem Übernahmeangebot für Rentokil. Jansen wolle Rentokil nutzen, um weitere Schädlingsbekämpfungsunternehmen in den USA zu übernehmen und den Markt zu konsolidieren, berichtete die „Sunday Times“.

Demnach könnte Rentokil bei einer Übernahme auf eine Bewertung von etwa 15 Milliarden Pfund kommen.

An der Börse war die Aktie von Rentokil auf längere Sicht unter Druck geraten. Das Papier des Unternehmens hat fast 20 Prozent eingebüßt, seitdem es im Oktober des vergangenen Jahres vor einer schwachen Nachfrage in seinem Geschäft in Nordamerika gewarnt hatte. HB

Rentokil Initial

Aktienkurs in britischen Pence

487,2 Pence



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

Anzeige

**19/20
Sept**
DÜSSELDORF

Handelsblatt Jahrestagung

Deutscher Kartellrechtstag 2024

Kartellrecht im Zeichen von GWB-Novelle, KI und Digitalisierung sowie Nachhaltigkeit

Prof. Dr. Wolfgang Kirchhof
Bundesgerichtshof



Lilie Barski
E.ON SE



Dr. Thorsten Käseberg
Bundesministerium für
Wirtschaft und Klimaschutz



Dr. Christoph Leibenath
Nestlé S.A.



Jetzt anmelden:
live.handelsblatt.com/kartellrecht



Mit freundlicher Unterstützung von






Handelsblatt
Substanz entscheidet.

| | | | | | | | |
|--|--|--|---|--|---|---|--|
| MSCI World Aktien 3.553,76 Pkt. -0,73 % | MSCI Emerging Markets 1.089,61 Pkt. -1,48 % | Yen/Euro 170,69 Yen +0,41 % | CHF/Euro 0,9675 sfr 0,00 % | 10-jährige Bundesanleihe 2,472 % Rendite +0,00 PP | 10-jährige US-Staatsanleihe 4,215 % Rendite -0,02 PP | Silber (Feinunze) 28,91 US\$ -1,07 % | Bitcoin 66.819 US\$ -1,36 % |
|--|--|--|---|--|---|---|--|



— Märkte-Insight —

Das vorläufige Ende der goldenen Börsenzeiten

Die vergangene Woche hat gezeigt, dass die Risiken an den Aktienmärkten größer werden. Die politische Unsicherheit in den USA verschärft die Situation weiter.

Ich wünschte, wir hätten weniger historische Großereignisse – der Stoßseufzer stammt von Wayne Kaufman, dem Chefanalysten von Phoenix Financial Services. Man kann den Mann gut verstehen. Erst vor ein paar Tagen mussten die US-Märkte das Attentat auf den Republikaner Donald Trump verarbeiten, jetzt tauschen die Demokraten nur dreieinhalb Monate vor der US-Wahl ihren Präsidentschaftskandidaten aus – das erste Mal seit 1968. Klar ist, dass der Ausgang der Wahl für die Kapitalmärkte rund um den Globus schwerwiegende Folgen haben kann. Leider ist nur völlig unklar, wie diese Folgen aussehen werden. Klar ist allerdings, dass die ohnehin volatile Situation an den Aktienmärkten sich durch Joe Bidens Rückzug noch einmal verschärfen wird.

Das lässt sich am wichtigsten „Angstbarometer“ für die Börsen ablesen, dem Volatilitätsindex Vix, der die kurzfristige Schwankungsintensität des US-Leitindex S&P 500 misst. Ein hoher Wert weist auf einen unruhigen Markt hin, tiefere Werte lassen eine Entwicklung ohne starke Kursschwankungen erwarten. Anfang Juli stand der Vix noch bei ziemlich niedrigen zwölf Punkten, inzwischen sind es knapp 17 Zähler. Vor allem seit dem Mordanschlag auf Trump ist das Angstbarometer steil angestiegen, tatsächlich hat der Vix den größten Sprung nach oben seit der Krise der US-Regionalbanken im Frühjahr 2023 gemacht.

Dahinter steckt natürlich die immer größere politische Unsicherheit. Nach

dem Rückzug von Biden und seiner Empfehlung für seine Vizepräsidentin Kamala Harris ist der Wahlausgang in den USA nun wieder völlig offen. Bis zur Wahl am 5. November ist noch jede Menge Zeit für neue Irrungen und Wirrungen, vor allem wenn man die vergangenen anderthalb Wochen als Maßstab nimmt.

Das sorgt für Nervosität bei den Investoren. Allerdings ließe sich mit Fug und Recht argumentieren, dass die Politik nicht der wichtigste Unsicherheitsfaktor an den Märkten ist. Genauso bedeutend wie die Präsidentschaftswahl ist die Frage, wann die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) endlich ihre Zinsen senken wird, sowie der Verlauf der aktuellen Gewinnsaison der US-Unternehmen.

Dabei geht es vor allem darum, ob die große Zeit der „Magnificent Seven“ vo-

rüber ist. Die „Glorreichen Sieben“, zu denen die Tech-Konzerne Alphabet, Nvidia, Tesla, Meta, Apple, Amazon und Microsoft gehören, sorgten im ersten Halbjahr für rund die Hälfte der Kursgewinne im S&P 500. Jetzt fragen sich Investoren, ob das Momentum verloren geht und aus der Blase rund um das Boom-Thema Künstliche Intelligenz die Luft entweicht. Allein Nvidia hat in den vergangenen sieben Tagen knapp acht Prozent verloren.

Die Verluste der „Magnificent Seven“ in der vergangenen Woche zeigen, dass die Investoren schreckhafter geworden sind, und die Analysten der Deutschen Bank meinen, dass es für die Nervosität gute Gründe gibt. Diese finden die Experten vor allem in der Börsenhistorie.

Bislang hat der S&P 500 in 28 der vergangenen 38 Wochen Kursgewinne verbucht. Auf eine solch starke Performance folgte in der Vergangenheit meist ein herber Rückschlag. Und: Der Juli mag seinem historischen Ruf als erfolgreicher Börsenmonat zumindest bis zur Mitte noch gerecht geworden sein – aber jetzt steuern die Märkte in Richtung unruhigerer Zeiten.

Historisch gilt das vor allem für den September. Die Deutsche-Bank-Experten rechnen vor, dass dieser Monat in den vergangenen drei Jahren jeweils die Zeit mit den höchsten Kursverlusten im Jahr war. Natürlich habe es dafür jeweils individuelle Gründe gegeben. Aber das Muster finden die Analysten doch „bemerkenswert“.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.40 Uhr

Michael Maisch ist Leiter des Finanzressorts. Sie erreichen ihn unter: maisch@handelsblatt.com



Pablo Castagnola

Börse am Dienstag

Drei Punkte, die für Anleger heute wichtig sind

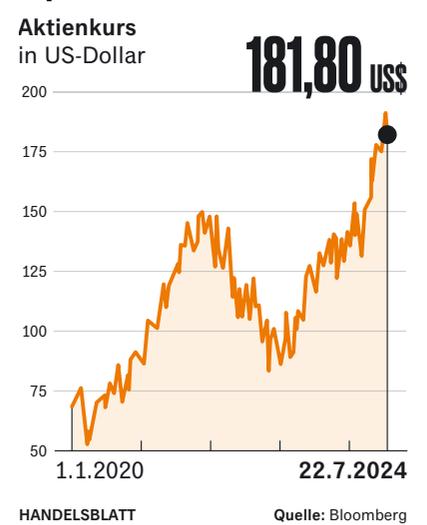
1 Europas Firmen

Unter den europäischen Unternehmen präsentieren einige bekannte Namen ihre Quartalszahlen. Dazu gehören aus Frankreich LVMH, Dassault Aviation und Thales, die niederländischen Randstad und Akzo Nobel, die schweizerische Lindt & Sprüngli, die skandinavischen Norsk Hydro, UPM Kymmene und Alfa Laval. Auf dem deutschen Kurszettel stehen der im MDax geführte Automobilzulieferer Hella sowie der Personaldienstleister Amadeus Fire aus dem SDax.

2 Fokus auf Alphabet

Anleger blicken auf eine Fülle von US-Unternehmensdaten. Die Aufmerksamkeit richtet sich vor allem auf die Quartalszahlen von Alphabet und Tesla. Bei der Google-Mutter Alphabet stammt die optimistischste Kursprognose laut Bloomberg von Wolfe Research, die das Ziel bei 245 Dollar setzen. Der Konzern mit einem Börsenwert von 2,2 Billionen Dollar wird mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis von 27 bewertet. Darüber hinaus öffnen unter den bekannteren Adressen Coca-Cola, Philip Morris, General Motors, UPS, Kimberley-Clark, Lockheed Martin, Mattel und Texas Instruments ihre Bücher. Aus dem Finanzbereich stehen Invesco, First Bancorp, MSCI und Visa auf dem Tageskalender.

Alphabet



3 US-Wirtschaft

In den USA veröffentlicht die regionale Notenbank von Richmond einen Wirtschaftsindex für Juli. Die Ergebnisse spiegeln die Wirtschaftslage in mehreren Bundesstaaten wider und basieren auf einer Umfrage unter den dort aktiven Unternehmen. Auch diese Resultate werden in die Beurteilung der Konjunkturlage und damit in die geldpolitischen Erwartungen einfließen. Zuletzt hatten niedrige Inflationsdaten die Hoffnungen auf eine erste Zinssenkung der Notenbank im September gestärkt.